Nr. 2/1994 9. Jahrgang Einzelpreis 7 DM 1P 4356 F

die randschau

Zeitschrift für Behindertenpolitik

SZENE WOHIN?

ZWISCHEN WIDERSTAND UND PRAGMATISMUS

Vor Euch liegt das zweite Heft dieses Jahres. Wie auch in der letzten Ausgabe erforderte es die Situation, daß wir zwei Themenschwerpunkte behandeln. Da ist zum einen, wie angekündigt, der Komplex 'Szene' mit einem - sicher nur rudimentären - Versuch, die Geschichte der Behindertenbewegung in den letzten 15 bis 20 Jahren Revue passieren zu lassen, den Ist-Zustand zu beschreiben und eine Perspektive für unsere Bewegung anzudenken. Dem/der aufmerksamen LeserIn wird dabei auffallen, daß wir uns vor einer Selbstreflexion (Geschichte und gegenwärtige Situation der 'randschau') erfolgreich herumgedrückt haben ... Als Ersatz dafür, aber vor allem, um mit unseren LeserInnen über die in der 'randschau' behandelten Themen ins Gespräch zu kommen und so ein größeres feedback zu bekommen (LeserInnenbriefe erreichen uns äußerst selten! - vielleicht denken mehrere so oder ähnlich, wie es Jutta Rütter in einem in dieser Ausgabe abgedruckten LeserinnenbriefartikuIiert), kam uns die Idee, LeserInnentreffen zu veranstalten; bei diesen Gelegenheiten könnte auch die 'randschau' an sich und ihre Rolle in der Bewegung thematisiert werden. Näheres hierzu (und vielleicht schon Termine) in der nächsten Ausgabe.
Der zweite Schwerpunkt dieses Heftes wurde uns - wie es leider so oft bei Themen im Behindertenbereich der Fall ist - durch ein aktuelles 'Ereignis' aufgedrängt: 'Das Affentheater' hieß der Beitrag in der März/April-Ausgabe der Zeitschrift EMMA, in dem diese sich für den 'Freund Singer' starkmacht (vgl. Einlegeblatt in der letzten 'randschau'). Im zweiten Teil dieses Heftes dokumentieren wir einen Teil der zahlreichen Reaktionen auf den besagten Artikel.

●

Seit Mai ist die 'randschau'-Redaktion größer geworden. Dieser Schritt war notwendig, weil bisher die meiste Arbeit von Uschi Aurien geleistet wurde und die 'alten' RedakteurInnen vermeiden wollten, daß ein weiteres Erscheinen unmöglich wird, wenn eineR von ihnen als Arbeitskraft ausfällt und somit die anfallende Arbeit gleichmäßiger und auf mehrere Schultern verteilt werden muß. So gehören jetzt auch Volker van der Locht aus Essen (er arbeitet dort bei dem Lokalradiosender 'Essener Welle' und will versuchen, seine Kontakte dort für die 'randschau' nutzbar zu machen), Christoph Rill aus Kassel (er wird sich in die Buchhaltung einarbeiten und ein Fotoarchiv aufzubauen versuchen) und Martin Seidler aus Mannheim (er wird insbesondere die Aboverwaltung übernehmen) zu der Redaktion, die dadurch ein deutliches männliches Übergewicht bekommt.
Auch diese vergrößerte Redaktion ist kein geschlossener Zirkel; weitere Mitarbeiter und besonders Mitarbeiterinnen sind herzlich willkommen!

●

Da wir bei jeder Ausgabe zittern müssen, ob sie finanziert werden kann, bleibt die Werbung für unsere Zeitung und die Vergrößerung unseres AbonnentInnenstammes ein großes Problem. So haben wir ein Werbefaltblatt entworfen, das bei der Redaktion gerne in größerer Zahl angefordert werden kann (s.a. S. 42).

●

Durch die Kritik eines unserer sehbehinderten Leser wurde uns wieder vor Augen geführt, daß die 'randschau' mit ihrer relativ kleinen Schriftgröße für ihn - aber auch für Nicht-Sehbehinderte - schlecht lesbar ist. Da mit der Schriftgröße automatisch eine Erweiterung des Seitenumfanges verbunden wäre, ist dies im wesentlichen eine Kostenfrage. Uns ist bewußt, daß genau das die Argumentation ist, welche viele von uns gegenüber Ämtern und Behörden als nicht stichhaltig abtun, trotzdem ... - Wer eine möglichst finanzierbare Lösung für das Problem weiß, soll diese uns mitteilen! (In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, daß die 'randschau' auch als Cassettenausgabe erhältlich ist.)

Viel Spaß beim Lesen bzw. Hören!

Die Redaktion

P.S.: Ab dieser Nummer arbeitet 'die randschau' mit einem neuen Aboprogramm (dessen Anschaffung durch eine Spende möglich wurde), das uns künftig die Arbeit erleichtern soll. Ob dies mit dieser Nummer bereits gelingt ist zweifelhaft, deshalb: Wenn was nicht klappt, Ihr unberechtigterweise eine Rechnung bekommt, etc. MELDET EUCH!!! Künftig könnt Ihr auf den Adressaufklebern sehen, wieviel Exemplare Ihr noch bei uns gut habt. Bei '0' ist eine Zahlung Euererseits fällig.

P.P.S.: Seit heute, dem 24.5.94, ist es offiziell, die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP befürworten die Aufnahme eine Diskriminierungsverbots für Behinderte im Grundgesetz. Ein riesiger Erfolg für die ADG-Szene. Herzlichen Glückwunsch an alle diejenigen, die sich für eine GG-Änderung stark gemacht haben.

Inhalt

NACHTRAG

In der randschau Nr. 5/93 UNGLEICHE SCHWESTERN? veröffentlichten wir einen Beitrag von Maria Spahn **zur feministischen Selbstverteidigung für behinderte Frauen**. Dabei ist uns ein redaktioneller Fehler unterlaufen. Hinsichtlich der Frage: Was sollte also zu einem SV-Kurs gehören? muß es als Punkt 5 heißen: Körperliche Verteidigungstechniken. (S. 33)

BERICHTIGUNG

In der letzten randschau-Nummer (Schwerpunkt Arbeit/Reha) beförderte Ursula Aurien Reiner Schwarzbach zum Leiter der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Frankfurt. Herr Schwarzbach ist nicht Leiter der gesamten ZAV, sondern der entsprechenden Stelle für Behinderte.

GESUCHT: PORTUGIESISCH SPRECHENDE MITARBEITERIN

Der Verein "Bielefelder Hilfsprojekte für Afrika e.V." setzt sich seit Monaten für die Kinder in Angola ein. Drei Container mit Hilfsgütern sind inzwischen zum Kinderkrankenhaus Josina Machel verschickt worden. Sie enthielten alte Rollstühle, Gehstützen, medizinische Geräte und Kinderbekleidung. In Absprache mit dem Gesundheitsministerium in Luanda und mit der Ärzteorganisation Hammer Forum e.V. soll jetzt eine Gruppe von 30 Kindern, die durch die letzten Bürgerkriegsereignisse verletzt worden sind, hier in der BRD ärztlich behandelt werden. Der Verein sucht also interessierte und aktive, portugiesisch sprechende Mitarbeiter, die sich um das Wohl der Kinder bemühen. Natürlich werden nach wie vor die o.g. Sachspenden entgegengenommen.
Geldspenden: Sparkasse Bielefeld Kto.Nr. 38005260 BLZ 48050161. Michael Hörning Tel. 0521/2017588. Anette Bentrup 0521/66296.

BERLINER CDU GEGEN INTEGRATIONSKLASSEN

"Alle behinderten Kinder haben das gleiche Recht auf sonderpädagogische Förderung. Wir dulden nicht, daß bei ohnehin knappen Kassen die Integrationsklassen bevorzugt werden, die viermal so teuer sind wie andere Fördermaßnahmen." Die Angebotsvielfalt dürfe nicht "auf dem Altar der Ideologie" geopfert werden. Natürlich steht die optimale Förderung jedes behinderten Kindes "im Mittelpunkt aller pädagogischen Maßnahmen". Das meint jedenfalls Cordula Kollotschek, schulpolitische Sprecherin der Berliner CDU-Fraktion anläßlich einer Anhörung im Schulausschuß und hat auch gleich eine entsprechende Pressemitteilung dabei. - Einmal abgesehen davon, daß die Rechnung von Kollotschek so einfach nicht aufgeht, scheint es hier aber gerade um den "Altar der Ideologie" zu gehen, nämlich um den der Unantastbarkeit der Sonderschulen. "Eine integrative Erziehung aller an dieser Beschulung interessierten Kinder und Jugendlichen in den Sekundarstufen I und II" kann sich Kollotschek "aus pädagogischen wie finanziellen Gründen zur Zeit überhaupt nicht vorstellen". Bleibt die Frage, wann Frau Kollotschek (und die CDU und, und, und) so weit wäre, es sich überhaupt vorzustellen.

KIDS Nr. 3/94

Für unsere nächste Nummer (Heft 3/94), die im September erscheinen wird, suchen wir Ideen und Beiträge zum Thema "behinderte Kinder" bzw. "behinderte Jungendliche". Redaktionsschluß ist der ***15.7.94***

Themen könnten u.a. sein:

- kritischen Gedanken zu Integration und Aussonderung
- behinderte Pflege- und Adoptivkinder
- Wo bleibt unser "Szene-Nachwuchs"?
- Früher - als ich einmal jung war...
- ...

Wir freuen uns besonders über Geschichten, Märchen, Fotos, Zeichnungen ... und Zuschriften von KIDS!

Zusendungen an: Ulrike Lux · Wilhelmshöher Allee 24 · 34117 Kassel · ☎ 0561-776915

BUNDESREGIERUNG LEGT DRITTEN BERICHT "ÜBER DIE LAGE DER BEHINDERTEN" VOR.

"Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß das Ziel einer gleichberechtigten Teilnahme behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft noch nicht in allen Bereichen erreicht ist. Einer Ergänzung des Artikels 3 Abs. 3 Grundgesetz in der Weise, daß "niemand wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung benachteiligt oder bevorzugt werden" dürfe, könnte jedoch entnommen werden, daß z.B. Sozialleistungen zur Rehabilitation, die durchweg als "besondere Hilfen" für behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen geleistet werden, in dieser Form kaum noch möglich wären. Zweifelhaft wäre auch die Zulässigkeit der nach dem Schwerbehindertengesetz bestehenden Pflichten zugunsten Schwerbehinderter." Ein "Änderungsbedarf auf Verfassungsebene" wird "nicht gesehen", die Rechte behinderter Menschen seien "bereits durch das Sozialstaatsprinzip abgesichert" und "auch ein Gleichstellungs- oder Antidiskriminierungsgesetz zugunsten behinderter Menschen nach amerikanischem Vorbild würde nach Auffassung der Bundesregierung in der Sache kaum weiterführen". Dieser hochoffizielle Unsinn (vgl. Frehe in die randschau Nr. 4/92, S. 14) kann nachgelesen werden im neuesten "Bericht der Bundesregierung über die Lage der Behinderten und die Entwicklung der Rehabilitation" v. 15.3.94, S. 218. Die "doppelte Benachteiligung" behinderter Frauen findet ebenfalls Erwähnung, vor allem die Chancen auf dem Heiratsmarkt scheinen die Bundesregierung zu bewegen. "Untersuchungen" hätten gezeigt, "daß etwa die Hälfte betroffener Frauen ohne feste Partnerschaft lebt, demgegenüber ist nur jeder vierte behinderte Mann nicht verheiratet" (S. 158). Doch ganz so trostlos ist die Lage auch wieder nicht: "Immer mehr betroffene Frauen wagen es, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, um auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen" (S. 157). Für eine umfassende Würdigung des gesamten Berichts fehlt der Redaktion leider die Zeit.

BERICHT GEGEN GEWALT AN BEHINDERTEN

Das Kieler Forum GEGEN GEWALT an behinderten Menschen hat gerade einen entsprechenden Bericht herausgegeben. Anzufordern beim DPWV, Beselerallee 57, 24105 Kiel

BIBLIOGRAPHIE ZUM THEMA BEHINDERTE FRAUEN

Unter dem Titel "Literatur von - für - über behinderte Frauen" hat das Hessische Koordinationsbüro für behinderte Frauen eine erste umfassende Bibliographie zum Thema behinderte Frauen herausgegeben. Sie umfaßt ca. 450 Zeitungsartikel, Broschüren, Diplomarbeiten bzw. Bücher und begegnet damit dem Umstand, daß über behinderte Menschen in der Regel geschlechtsneutral berichtet wird. Hess. Koordinationsbüro, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561/713387, fax 0561/713132

SCHRIFTENREIHE ZUM SELBSTBESTIMMTEN LEBEN BEHINDERTER MENSCHEN

Das Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben behinderter Menschen (bifos) gibt jetzt eine eigene Schriftenreihe heraus. Noch druckfrisch ist Band 1, eine Dokumentation der Konferenz zum selbstbestimmten Leben in Europa in Birmingham im November 1992: **Independent Living Angebote in Europa.** Bestandsaufnahme, Standards, Perspektiven. Hg.: Gisela Hermes und Ottmar Miles-Paul.

KLEINANZEIGEN

Suche Perkins-Brailler Blindenschreibmaschine! **Tel.: 0521 / 89 54 19**

Verkaufe:

- dreifach höhenverstellbaren Duschrahmen 70 x 160 cm mit stabiler Wandhalterung. Preis Vb.
- Opel Kadett absenkbares Behindertenfahrzeug mit Rollstuhlhalterung und schwenkbarem, herausziehbarem Beifahrersitz, Baujahr 1986. Preis Vb. **Tel. 06421/162373** nach 18.00 Uhr.

DRINGEND:

Zelten in Finnland im Juli!

Wer hat Erfahrung und Ausrüstung, mit Assistentin, E-Rollstuhl und Auto in Finnland zu zelten? Ein hohes Zelt, in das eine Liege reinpaßt, zu leihen gesucht (Tausch-Iglu-Zelt vorhanden). Auch für andere Sachen und Informationen, die das Campingleben erleichtern, bin ich sehr dankbar.
Johanna, c/o Frauenbuchladen, Bismarkstraße 98, 20253 Hamburg

DOKUMENTATION ZUM SOZIALPOLITISCHEN FORUM 1993

Vom 3. - 5. Dezember 1993 fand in Berlin das "Sozialpolitische Forum 1993" statt. Eine Dokumentation dieser Tagung enthält u.a. Beiträge zu den Themen Pflegeversicherung und ambulante Hilfen (Gerlinde Busch), Entwicklung der ambulanten Dienste (Jutta Rütter) und zur Situation behinderter Menschen in der DDR (Petra Stephan). Die Doku, das FORUM Nr. 58/59 1994, kostet DM 10 und ist zu beziehen über: Dieter Koschek, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg am Bodensee.

20 JAHRE LESBENBEWEGUNG

für ein Lesbenjahrbuch 1995 werden gesucht: Coming-out-Geschichten, Gedichte, Kurztexte und -geschichten, Fotos, Selbstdarstellungen sowie Utopien, Wünsche, Träume, Satire, Karikaturen von Lesbenprojekten. Auch Interviewpartnerinnen werden noch gesucht. Meldet Euch bei: Kathrin Lahusen, Horner Str. 97, 28203 Bremen oder Anke Schäfer, Postfach 5266, 65042 Wiesbaden, Tel. 0611/ 371515

ARBEITSGRUPPE ZUR ERFORSCHUNG VON FEHLBILDUNGEN GEGRÜNDET

Nachdem in verschiedenen Orten in Norddeutschland Gliedmaßenfehlbildungen bei Kindern bekannt wurden, hat der niedersächsische Sozialminister Hiller eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Ursachen nachgehen soll. Der Arbeitsgruppe gehören verschiedene "Experten" aus den Bereichen Sozial-/ Umweltmedizin, Humangenetik sowie Mediziner und UmweltexpertInnen aus dem Sozialministerium an. U.a. sollen "betroffene" Mütter über den Verlauf ihrer Schwangerschaft, Eßgewohnheiten und die Einnahme von Medikamenten befragt werden. Zur Erhebung von Fehlbildungen und der Einrichtung eines Fehlbildungsregisters vgl. auch Ludger Weß in "die randschau" Nr. 6/93.

SCHICKSAL BEHINDERUNG

Niederflurbusse sind für die Mehrheit der VerkehrsteilnehmerInnen eine Zumutung. Das meint jedenfalls ein selbst gehbehinderter Mann in einer Stellungnahme, die im Bonner Generalanzeiger v. 19./20. März 94 nachzulesen ist. Bei der Forderung nach Niederflurfahrzeugen werde der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit übersehen. Es erscheint "nicht vertretbar, die besonderen Bedürfnisse der Behinderten zur Richtschnur für die Konstruktion von Fahrzeugen im ÖPNV zu machen, wenn sich daraus andererseits gravierende Nachteile für die übrigen Verkehrsteilnehmer ergeben." Die "besonderen Bedürfnisse einer kleinen Minderheit" lassen sich nicht mit der angestrebten Attraktivität des ÖPNV in Einklang bringen. Für den Autor haben sich die Niederflurbusse "keineswegs bewährt": "Ich sehe nicht ein, weshalb ich auf hohen, unbequemen Sitzen hocken soll, wenn der für Rollstuhlfahrer gewonnene und reservierte Raum so gut wie nie in Anspruch genommen wird." Unsolidarisch will der Schreiber Erich Reinhold aber nicht sein. Er fordert konsequenterweise einen großzügigen Ausbau der Fahrdienste zu Lasten aller Steuerzahler. Und überhaupt: Die Forderung nach einen Antidiskriminierungsgesetz klingt "ja fast so, als würde in der Bundesrepublik Diskriminierung bewußt betrieben. Davon kann doch keine Rede sein." Behinderung ist, jedenfalls für Herrn Reinhold, "eine Fügung des Schicksals, in das sich ein jeder letztlich fügen muß." Wie gut, wenn dann das Schicksal ein Auto bereithält.

"TUE GUTES UND LASSE ANDERE DARÜBER SPRECHEN."

Anläßlich ihres bevorstehenden 30. Geburtstages in diesem Jahr ist die Aktion Sorgenkind um ein neues, flotteres Outfit bemüht. Pressearbeit muß mit der Zeit gehen; also wird das neue Logo ein bißchen bunter, fast frech, allerdings nicht zu sehr, denn wir haben es ja immer noch mit "Sorgenkindern" zu tun. Das bedeutet: Der Begriff AKTION darf bunt erscheinen, SORGENKIND, wie es sich gehört, schwarz-weiß. Das ist durchaus Programm: Das Ziel sei weiterhin, "die Welt der behinderten Menschen nicht in schwarz/weiß zu belassen, sondern auch Farbe und Leben zu den Menschen bringen, die, ... 'auf der Schattenseite des Lebens stehen'". Inhaltlich bleibt - trotz vieler Worte - alles beim Alten: "Tue Gutes und lasse andere darüber sprechen." Besser läßt sich "das Wirken der vielleicht größten Bürgerinitiative in der Bundesrepublik" (Selbstdarstellung) kaum auf einen Punkt bringen. Die Glückwünsche der Redaktion zum Dreißigsten werden - wen wundert's - ausbleiben.

ATROTT WEITER IM CLINCH MIT DGHS

Der zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilte DGHS-Ex-Präsident Atrott will "die Dinge wieder in Ordnung ... bringen" (FR 13.4.94). Atrott war in der Augsburger Geschäftsstelle erschienen und hatte alle Schlösser auswechseln lassen. Geschäftsführer Schobert und Präsident Pohlmeier erhielten Hausverbot. Dann aber mußte Atrott, nachdem ihm eine gerichtliche Verfügung vorgelegt worden war, das Feld räumen. Er erhielt seinerseits Hausverbot. Über die Gültigkeit der Wahl von Pohlmeier zum Präsidenten nach Atrotts Rausschmiß streiten sich die beiden derzeit vor Gericht. Das kann dauern. Die Schlösser sind inzwischen ein zweites Mal ausgewechselt.

SIGRID HUNKE, DIE NEUE RECHTE, EINE NEUE RELIGIOSITÄT

"Die bekannte Orientalistin Sigrid Hunke als Theoretikerin der Neuen Rechten" titelt die FR in einem Feuilletonbericht von J. Zerger u. W. Wähdatehagh v. 30.3.94. Die "Islam-Kennerin", so die FR, werde von einem Massenpublikum gelesen, sie sei mit der Kant-Plakette, dem Schiller-Preis und der höchsten Stufe des ägyptischen Ordens pour le Merite für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet. Der Stuttgarter Horizonte-Verlag habe ihre Bücher aber jetzt aus dem Programm genommen. Dazu meint das Bonner Institut für Faschismus-Forschung und Antifaschistische Aktion (BIFFF-Nachricht v. 4.4.1994) Hunke werde am renomiertesten deutschen Orientalistik Institut (Unni Bonn) nur belächelt, von einer "bekannten Orientalistin" könne keine Rede sein und Hunkes Bücher gäbe es überall zu kaufen. Der Schiller-Preis, den die FR kommentarlos erwähnt, ist, so BIFFF, ein Preis des "Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes" (DKEG). Das widerum findet im Verfassungsschutzbericht als rechtsextremistisch Erwähnung. DKEG-Gründer Herbert Böhme war Mitbegründer der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft e.V. (DUR) und Sigrid Hunke ihrerseits von 1971 bis 1983 Vizepräsidentin der DUR, ab 1985 "Ehrenpräsidentin". Die Verbindungen sind, wie das Leben so spielt, vielfältig. DUR-Präsident Horst Prehm ist einer der TOP-Manager des Waffenkonzerns MBB/DASA in Ottobrunn.
Hunkes Interesse gilt "der Wiederbelebung der "germanischen Religion" und des "germanischen Wesens"" (FR). Sie sieht die Möglichkeit zu einem Aufstieg Europas, wenn es zur Rückbesinnung auf die indogermanischen Wurzeln der europäischen Kultur und zur Neubelebung der religiösen Grundgedanken des Germanentums komme. Dann sei eine Befreiung vom aufgezwungenen christ-

lichen Weltbild und eine wirkliche Entfaltung möglich. An die Stelle des falschen, im jüdisch-christlichen Weltbild verankerten Dualismus, "müsse eine neue unitaristische, indogermanisch inspirierte Religiösität treten, in der die christliche Spaltung von Gott und Welt aufgehoben werde" (FR). Genau das sei im Nationalsozialismus geschehen. 1941 schrieb Hunke in ihrer Doktorarbeit: "Völker können nur dann stark, gesund und geschichtsgestaltend sein, wenn sie sich selbst treu bleiben ... dem artlichen Stilgesetz, dem sie entstammen und das ihr Schicksal, ihre Geschichte, ihre Kultur bestimmt hat von Anbeginn. (...) Wenn wir aus dieser Erkenntnis das gesamte völkische Leben vom Fremden reinigen, dann müssen wir auch alle Ecken und Winkel säubern und dürfen kein Gebiet, keinen Lebensbereich übergehen ..." (FR). Fünfzig Jahre später heißt es bei Hunke, daß "es nur des Abstreifens des Nicht-Eigenen bedarf, um das Eigene sich ungehindert entfalten zu lassen ..." (FR).

Zum Weiterlesen: Peter Kratz: Die Götter des New Age. Elefanten Press Berlin 1994.

"Die Sozialpolitik des Todes kehrt zurück" oder die Gewalt der Gene

"Gewalt in der Gesellschaft soll nicht mehr aus den gesellschaftlichen Zuständen erklärt werden, in denen immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze fallen, sondern aus den Genen. Dementsprechend wird man auch keine teuren Sozialprogramme verfolgen, um den Ursachen von Gewalt zu begegnen, sondern Eugenik-Programme. Die faschistische Sozialpolitik des Todes kehrt zurück" (BIFFF-Nachricht v. 4.4.1994). Das BIFFF bezieht sich auf einen Artikel von Genetik-Professor Benno Müller-Hill: "Humangenetik der Gewalttätigkeit" (FAZ v. 30.3.94). Müller-Hill befürchtet danach, die Zeiten des "Schwarzen Winkels" könnten wiederkehren. Anlaß ist die Neuauflage der alten Geschichte vom vererbten Aggressions-Gen durch H.H. Ropers, den ersten Humangenetiker, den die Max-Planck-Gesellschaft seit 1948 berufen habe. Das mögliche Szenario ist auch nicht neu: Einweisung in eine geschlossene Anstalt, Abbruch der Schwangerschaft? Untersuchung der Häufung (der vermeintlichen Asozialität) in bestimmten Volksgruppen?

Dates • Termine

Veranstaltungsreihe des Studentenwerks Berlin, jeweils donnerstags 17.00 bis 18.30, TU-Mensa, Veranstaltungsraum, Hardenbergstr. 34:
16. Juni 94: "The Abnormals". Film mit anschl. Diskussion.
14. Juli 94: "Brauchen wir ein Antidiskriminierungsgesetz?" Martin Marquard berichtet zur aktuellen Diskussion für ein ADG und zieht Vergleiche zur Situation in den USA.
Infos: Beratung f. behinderte Studierende, Tel. (TU) 31 12 311, (FU) 830 02 402

•

bifos-Seminare

28.-30. Juni 94 in Frankfurt: **Peer Counseling - Die Praxis in europäischen Ländern**
1.-3. Juli 94 in Wiesbaden: **"Landespolitik - das geht uns auch was an!"** 2. Seminar im Rahmen der Reihe "Behinderte in Politik, Patein Parlamente"
9.-11. September 94 in Melsungen: **"Ich organisiere meine Pflege selbst"**. Die neuen rechtlichen Grundlagen zur Absicherung der Pflege. Für behinderte Menschen, die ihre Pflege selbst organisieren wollen.
25.-28. September 94: "Wir melden uns in der Politik zu Wort" 3. Seminar der Reihe "Behinderte in Politik ..."
26./27. September 94 in Kassel: Workshop: **"Frauen mit geistiger Behinderung - Sexuelle Ausbeutung - Beratung/Therapie - wie passen diese Bereiche zusammen?"** Erarbeitung von Handlungskonzepten für behinderte und nichtbehinderte Beraterinnen/ Therapeutinnen, die sich mit sexueller Ausbeutung beschäftigen.
Infos und Anmeldung: bifos - Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561-71 31 32, FAX 0561-71 33 87

•

BiBeZ-Seminare

18./19. Juni: "Leiten von Workshops - ein Kinderspiel?!" Worshop für behinderte und nichtbehinderte Frauen und Männer
25./26. Juni: Schulung zur/zum FachberaterIn "Persönliche AssistenznehmerInnenschaft". Fort- und Weiterbildung.
2./3. Juli: Ich bin mein(e) eigene(r) Chef/in. Das Modell der persönlichen AssistenznehmerInnenschaft. Ein Workshop für behinderte und nichtbehinderte Frauen und Männer.
10.-14. August in Bad Dürkheim: **"Weder Herd noch Karriere"**. Tagung für körperbehinderte Frauen
3./. September: "Theater und Bewegung: Ein kreativer Zugang in der Arbeit mit körperbehinderten Menschen. Fort- und Weiterbildung
24./25. September: "Ansätze in der Beratung sexuell mißbrauchter behinderter Mädchen und Frauen. Fort- und Weiterbildung
24./25. September: "Das Leben ist Theater und Du spielst die Hauptrolle". Workshop für behinderte Frauen.
Infos und Anmeldung: Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter Frauen - **BiBeZ e.V.**, Maaßstr. 37, 69123 Heidelberg, Tel. 06221/830346

•

17.-19. Juni 1994 Aktionen des Hamburger Anti-Eugenik-Forums **gegen den Workshop "Die Analyse des menschlichen Genoms und der Standpunkt der Behinderten und chronisch Kranken"**. Infos über: Autonom Leben e.V., Tel.: 040 / 86 39 43, Fax: 040 / 86 05 84

•

18.Juni.1994 in Erlangen: **Anti-Euthanasie/ Eugenik-Forum**. 11.00 - 18.00 Uhr: Zur Arbeit und Politik des Bonner Instituts für Wissenschaft und Ethik. Schwerpunkte Transplantationsmedizin. Humangenetik. Genetik im nicht-humanen Bereich.
Ev. Studentengemeinde, Hindenburgstr. 46, 91054 Erlangen. Infos: Dinah Radtke, ZSL, Tel. 09131/205313

•

20./21. Juni 94 in Kiel: **Einander verstehen, miteinander leben - Integration und selbstbestimmtes Leben behinderter Bürgerinnen und Bürger am Beispiel der Landeshauptstadt Kiel und anderer Städte.** Kieler Woche-Kongreß. Veranstalterin: Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR), Walter-Kolb-Str. 9-11, 60594 Frankfurt/ M, Tel. 069/60 50 18-16/-23/-24, FAX 069/60 50 18-29

•

8./9. September 94 in Köln: **Wohnen Behinderter - Behindertes Wohnen**. Fragen der Wohnqualität, Umsetzungsmöglichkeiten für Menschen mit spezifischen Bedüfnissen, alternative Möglichkeiten der Wohnumfeldgestaltung
Infos und Anmeldung: Universität zu Köln, Heilpädagogische Fakultät, Prof. Dr. E.-M. Weinwurm-Krause, Frangenheimstr. 4, 50931 Köln, Tel. (nur mittwochs): 0221/470-49 12

•

12.-16. September 1994 in Loccum (berollbare Räume): Lesbisch-feministisches Sommerinstitut 1994: **Un/Möglichkeiten von Koalitionen zwischen Frauen.** Auseinandersetzung mit Privilegien/Nicht-Privilegien, Analyse der Verwobenheiten von Unterdrückungsstrukturen. Erwünscht sind Lesben/Frauen aus verschiedenen persönlichen, kulturellen, religiösen politischen und sozialen Lebenssituationen. Quotierung der Teilnehmerinnen ist angestrebt. ca. 140,- DM, BU beantragt. Kinderbetreuung, Gebärdendolmetscherin, finanz. Unterstützung u.ä. möglich.
Infos: Alexandra Tel. 02304/755216. Anmeldung: Heimvolkshochschule Loccum Hormannshausen, 31547 Rehburg-Loccum

•

23.-25. September in Melsungen: **Treffen des Bundesweiten Forums der Krüppel- und Behindertenintiativen.** Infos und Anmeldung: Martin Seidler, Am Weingarten 2/3, 68169 Mannheim oder bei den Redaktionsadressen

•

27.9.-1. Oktober 94 in Duisburg: **Lebenshilfekongreß: "Ich weiß doch selbst, was ich will!"** Menschen mit geistiger Behinderung auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung. Infos: Tel. 06421-4910

•

7./8. Oktober 94 in München: **"Zuviel sind immer die anderen!"** Kritische Nachbereitung der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, 7. Okt. abends: Auftaktveranstaltung, 8. Okt.: versch. Foren, u.a. "Bevölkerungspolitik als Selektionsintrument" mit Udo Sierck, Infos: Thomas Schmidt, Tel. 089/88 88 598 (abends)

•

Für Kurzentschlossene:

10.-12. Juni in Melsungen: **Treffen des Bundesweiten Forums der Krüppel- und Behindertenintiativen.** Infos und Anmeldung: Martin Seidler, Am Weingarten 2/3, 68169 Mannheim oder bei den Redaktionsadressen

Passt sie uns die weiße Weste?
Passt sie uns die weisse?
Passt sie *uns?*
Passt sie?

PASST!

Die Götter (und auch die Göttinnen) in weiß, darunter verstehen wir im allgemeinen die Ärzte (und auch, aber weniger, die Ärztinnen). Anspielen tut ein solcher Ausdruck auf die Macht, die in diesen weißen Kitteln steckt.
Zu dieser macht und alles was damit verbunden ist, gibt es eine Gegenbewegung. Einige Stichwörter nur in diesem Zusammenhang: gegen Schulmedizin für alternative, naturheilkundliche Methoden, gegen Apparatemedizin und gläserne PatentInnen für ein ganzheitliches Verständnis von Gesundheit und Krankheit.
Die weiße Macht beschränkt sich nun aber nicht allein auf den weißen Kittel. Das Thema **rassistische Strukturen im Gesundheitsbereich** ist auch noch dann ein Thema, wenn der weiße Kittel von manchen längst als hierarchisch abgelehnt im Schrank bleibt.
Welche Ärztin, welcher Arzt weiß z.B., daß sie eine Aufklärungspflicht gegenüber Menschen hat, die eine andere Sprache als deutsch verstehen? Und hier besteht auch noch einmal ein Unterschied zu derjenigen, die ihre Diagnose nicht versteht, weil sie in Latein verkleidet wurde.

Wie sind gutgemeinte Empfehlungen zu einer gesunden Ernährung oder einer bestimmten Diät und Schonkost einzuschätzen, wenn AsylbewerberInnen auf Eßpakete angewiesen sind, die auch nach Aussage eines Amtsarztes des Gesundheitsamtes als "ernährungsphysiologisch nicht ausreichend" begutachtet werden? Solche Beispiele gibt es viele und hier geht es erst einmal nicht um die Unkenntnis von Krankheitsbedingungen und Migration, von ethnopsychatrischen Ansätzen gegen den Ethozentrismus in Medizin und Psychologie.
Einseitige, wenn auch wohlgemeinte Versuche, "das Fremde" zu verstehen und dabei sich selber außer acht zu lassen, sind zum Scheitern verurteilt." (Valentino Veneto Scheib in TAZ vom 18. März 94, "Viele begehbare Brücken bauen")

Rassistische Strukturen im Gesundheitsbereich fangen schon viel früher an. Die weiße Macht ist dafür nur ein Symbol. Es basiert auf der gleichzeitigen Herabsetzung von allem, was mit schwarz und dunkel zu tun hat, als krank. ("mir wird schwarz vor Augen, die dunkle Depression, die schwarze Pest, in ein schwarzes Loch fallen.)
Wie funktioniert Ausgrenzung allgemein und wie haben wir alle Anteil daran, sind damit aufgewachsen, z.T. als Täterinnen, Mittaterinnen und auch als Opfer?

Eine Psychologin des Gesundheitsladens Köln und eine Heilpraktikerin bieten zu diesem Thema vom 10. bis 12. Juni 1994 einen Wochenend-Workshop für weiß, deutsch, christlich geprägte Frauen an, die im gesundheits- und psychosozialen Bereich arbeiten. Die Räume, in denen der Workshop stattfindet, sind für Frauen im Rollstuhl geeignet.
Es soll um eine Sensibilisierung für die eigenen rassistischen Anteile gehen, die sich auch in und bei der Arbeit niederschlagen.
Nähere Informationen bei:
Gesundheitsladen Köln (Monika Baldus)
Vondelstraße 20, Köln
Tel.: 0221 / 32 87 24

SOLL DIESER WORKSHOP STATTFINDEN?

In aller letzter Minute erhielten wir noch ein Schreiben aus Hamburg, wo vom 17. bis 19. Juni 94 ein Workshop unter dem Titel "Die Analyse des menschlichen Genoms und der Standpunkt der Behinderten und chronisch Kranken" stattfinden soll (Elsa-Brandström-Haus, Kösterbergstr. 62, 22587 Hamburg, Tel.: 040/863943, Fax: 040/860584).
Mitveranstalterin ist die als kritische Medizinsozilogin bekannte Prof. Heidrun Kaupen-Haas. In Hamburg sind Gegenaktionen gegen den Workshop geplant, ein letztes Vorbereitungstreffen findet am 15.6.94 um 19.30 Uhr bei Autonom Leben statt (Kontakt: Tel.: 040 / 39 25 55 o. 39 66 31).
Dem Schreiben lag eine Protesterklärung bei, diemöglichst schnell mit möglichst vielen Unterschriften an die VeranstalterInnen geschickt werden soll. Wenn Leute mit diesem Protestschreiben nicht zufrieden sein sollten, werden diese gebeten einen eigenen zu verfassen und diesen an: Prof. Heidrun Kaupen-Haas/Dr. Thomas Ullmann, Fachbereich Medizinsoziologie, Universitätskrankenhaus Eppendorf, Martinistraße 52, 20251 Hamburg, Tel. 040 / 4717-3382, Fax: 4717-4647 (zu Händen...) zuschicken/faxen.

Protestschreiben: "Soll dieser Workshop stattfinden?"

Vom 17. bis 19. Juni 1994 ist in Hamburg im Elsa-Brandström-Haus ein Workshop geplant, der das Thema hat: "Die Analyse des menschlichen Genoms und der Standpunkt der Behinderten und chronisch Kranken". Gemeinsame Veranstalter sind das 'Institut für Medizinsoziologie' und das 'Institut für Humangenetik' des Hamburger Universitätskrankenhauses. Eingeladen wurden namhafte SozialwissenschaftlerInnen und HumangenetikerInnen aus Europa.

Ich/Wir protestieren gegen diesen Workshop!
Dieser Workshop ist ein weiterer Schritt zur gesellschaftlichen Durchsetzung der Humangenetik und der unvermeidlich damit verbundenen Zunahme der Diskussion über den Lebenswert darüber, welche Behinderungen noch zugelassen werden und wieviele behinderte Menschen sich die Gesellschaft noch leisten kann und soll.
Die Humangenetik - und untrennbar dazu gehören die schnell zunehmenden Möglichkeiten der pränatalen Diagnostik und die Gen- und Reproduktionstechnologien - ist gerade deshalb so gefährlich, weil sie so 'wissenschaftlich sauber' und mit den edlen Zielen der herkömmlichen Medizin, den Menschen zu helfen und zu heilen, daherkommt. Sie stößt daher auf eine breite Akzeptanz. Daß sie zwangsläufig Eugenik und Selektion unerwünschten Lebens und damit entsetzliche Folgen für alle mit sich bringt, wird der breiten Öffentlichkeit leider erst dann bewußt werden, wenn es zu spät ist, wenn sie sich gesellschaftlich durchgesetzt hat.
Deutschland ist zur Zeit in Europa das einzige Land, in dem es nennenswerte Kritik und Protest gegen diese Formen der modernen Medizin gibt. Das liegt, neben den historischen Erfahrungen mit der NS-Gesundheits- und Sozialpolitik, vor allem an der konsequenten Verweigerung von Menschen mit Behinderungen, Frauengruppen u.a., sich in den "wissenschaftlichen Diskurs" einbinden zu lassen.
Der geplante Workshop ist ein weiterer Versuch einer solchen Vermischung von Opfern und TäterInnen. Ganz besonders auch deshalb, weil eine der InitiatorInnen, Frau Prof. Heidrun Kaupen-Haas, sich bisher immer entschieden gegen diese Vermischung ausgesprochen hat.
Für uns/für mich war und ist es immer noch selbstverständlich und notwendig, daß die Sichtweise und der Standpunkt der behinderten Menschen zu den Forschungen und Zielen der HumangenetikerInnen und "BioethikerInnen" nicht im "sachlichen" Dialog mit diesen, sondern vor allem durch ein eindeutiges, öffentliches "Nein" und "Mit uns nicht" deutlich gemacht werden muß.

Ich/Wir erwarte/n, daß dieser geplante Workshop abgesagt wird. Ich/wir werde/n in angemessener Form darauf reagieren und mein/unser entschiedenes "Nein" hör- und sichtbar werden lassen.

ÖSTERREICH: WARNUNG VOR DEM JAHRHUNDERTGESETZ

Wenn Österreicher über ihre Heimat befragt werden, pflegen sie meist bescheiden zu antworten, daß es sich in diesem Land so schlecht nicht leben läßt. Weil die Österreicher ihre Bescheidenheit aber gern übertreiben, dringt die Kunde vom bedeutenden staatspolitischen Leistungen kaum über die Grenzen. Deshalb ist selbst im Zeitalter globaler Kommunikation die Welt über österreichische Staatskunst nicht aufgeklärt. Diesem Mangel abzuhelfen, ist eine vornehme europäische Aufgabe. Nichts eignet sich für diesen Zweck besser, als die Betrachtung des "Jahrhundertgesetzes" (Sozialminister Hesoun), das Gesetz zur bundesweiten Regelung des Pflegegelds.
Kein Gesetzeswerk der letzten Jahre war ähnlich heiß umfehdet. Im Juni 92 verstopften Tausende Behinderte mit ihren Körperersatzstücken die Himmelpfortgasse, ein halbes Jahr später drangen sie gar bis auf den Ballhausplatz vor. Für ihren Einsatz wurden die Behinderten von den Politikern mit einem Gesetz belohnt, das von seien bescheidenen Erzeugern landauf, landab derat überschwenglich gelobt wurde, daß für die Prüfung der Praxis monatelang kein Platz in den Zeitungsspalten und Kommentaren war.
Herr P. hat an den Demonstrationen nicht teilgenommen, dennoch kam auch er in den Genuß des Gesetzes. Herr P. ist hoch in den Achtzigern und wohnt in Wien. Geistig ist Herr P. noch sehr rüstig, nur die Beine versagen leider den Dienst. Deshalb benötigt Herr P., der im dritten Stock eines Hauses ohne Lift wohnt, Hilfe. Die Hilfe nahte in Form des neuen Pflegegeldgesetzes: Zuerst wurde Herr P. klassifiziert, mittels Bescheid bekam er Pflegegeld der Stufe 2 zugesprochen. Für jemanden, der keine Stufe mehr steigen kann, schien Stufe 2 eine Verbesserung. Das war aber voreilig gedacht, denn bald erfuhr Herr P., daß die Heimhilfe, die bisher gratis gewesen ist, von nun an 220 Schilling pro Stunde kostet, ebenso wie der Besuchsdienst, der früher ebenfalls kostenlos gewesen war, nun auf 176 Schilling zu stehen kommt. Und für die Wohnungsreinigung werden zuguterletzt 250 Schilling pro Stunde verlangt. Als ein Monat vergangen war, stellte Herr P. fest, daß die Abdeckung des früheren Ausmaßes an Hilfeleistung ihn nun ganze 5840 Schilling monatlich kostet.
Ähnliche Befunde erheben seit Monaten die Mitgliedsorganisationen der ÖAR, des Behinderten-Dachverbandes. Mittlerweile herrscht Gewißheit, daß von der Intention des Gesetzes, die Erhöhung der Selbständigkeit behinderter und alter Menschen, nichts übriggeblieben ist; in nicht wenigen Fällen führte der Gesetzesvollzug sogar zu einer finanziellen Verschlechterung der Betroffenen. Es hat den Anschein, als hätten die Länder nur auf die Einführung des Pflegegelds gewartet, um ihre Sozialkassen aufzufüllen. Was der Bund auf der einen Seite gibt, streifen die Länder auf der anderen ein. Der Staat lenkt, das Land lenkt, die Behinderten zahlen.
Das Pflegegeldgesetz ist ein Beispiel für die österreichische Spielart von Deregulierung. Nachdem die Verstaatlichte Industrie zu Tode gemolken wurde, sind jetzt die Behinderten an der Reihe. An ihnen liegt es jetzt, die Finanzlöcher der Länder mit Pflegegeld zu stopfen. Der Name des Gesetzes bekommt auf diese Weise einen zweiten, einen tieferen Sinn. Wenn der Staat Geldleistungen für Selbstverständliches verweigert, ist das schlimm. Wie das Pflegegeldgesetz zeigt, kann es aber noch schlimmer sein, wenn er sie gewährt. Eingedenk der Erfahrungen mit diesem sozialpolitischen Bubenstück rate ich meinen behinderten Kollegen und Kolleginnen von neuerlichen Demonstrationen dringend ab. Statt dessen schlage ich eine unüberwindliche, eine föderalistische Antwort vor. Die behinderten und alen menschen Österreichs sollten sich zum Zehnten Bundesland erklären und den Bund auf dem Weg des Finanzausgleichs schröpfen. Sollte auch dieser Schritt fruchtlos bleiben, könnten wir immer noch den Austritt aus dem österreichischen Staatsverband vollziehen und mit dem Beitritt zu einem zivilisierten Staat drohen. Holland wäre übrigens mit dem behindertengerechten Flußkreuzfahrtschiff MS CONCORDIA in wenigen Tagen erreichbar. Das Schiff legt in den nächsten Tagen erstmals in Wien-Reichsbrücke an. Einige Plätze sind noch frei.

ERWIN RIESS, WIEN

LESERINNEN-BRIEFE

Liebe Leute von der "randschau",
fast wäre mir eine recht interessante Ausgabe der "randschau" entgangen. Meine Schuld? - Naja, nicht ganz. Da ich Kassettenhörerin bin, höre ich die Zeitung von vorn nach hinten. Wie das die sehenden LeserInnen machen, weiß ich nicht, aber die haben da wohl die größeren Gestaltungsspielräume. Jedenfalls mußte ich mich beim Hören des Magazins schon so ärgern, daß ich die "randschau" am liebsten gleich wieder in den Briefkasten gesteckt hätte.
1. Gestört hat mich die Verquickung von Information und Kommentar im Magazinteil der "randschau". Ich möchte mir lieber meine eigenen Gedanken machen und Eure Einschätzungen in Kurzform interessieren mich an dieser Stelle nicht. Zum anderen finde ich die Schreibe ziemlich arrogant. Ein Beispiel dafür ist die Umgehensweise mit der Kandidatur von Andreas Jürgens für die NRW-GRÜNEN. Was bei den GRÜNEN in Bezug auf Pränataldiagnostik und Gentechnologie läuft, weiß Andreas wohl selbst auch. Statt zu erfahren, wie Ihr darüber denkt, würde mich seine Position dazu viel eher interessieren. An dieser Stelle wollte ich bei meinen ersten Entwurf des Briefes ein Interview mit ihm anregen, weiß aber inzwischen, daß es sich in Planung befindet.
Daß die PULS eingegangen ist, wie dem Magazin zu entnehmen war, ist sehr schade, und den Hinweis, daß sie schon mal besser war, finde ich überflüssig.
2. "Jahrmarkt der Peinlichkeiten". Wenn Franz Christoph bzüglich seiner Schreibe in der taz unsolidarisches Verhalten vorgeworfen wird, ist das richtig - das trifft aber genauso auf Euer sogenanntes Quiz zu. Es gibt wirklich schlimmere "Feinde", die es anzugreifen gilt. Damit seid Ihr über das Ziel hinausgeschossen. Die Behindertenszene ist wirklich zu klein, um sich noch gegenseitig in die Pfanne zu hauen.
Mit einer solchen Moralpredigt komme ich mir schon fast wie in der Kirche vor, ohne die Kritik zurücknehmen zu wollen. Die "randschau" ist, mit Verlaub, auch ein bischen "meine Zeitung" und ich stelle mir vor, wie es wäre, wenn mit mir so umgegangen würde.
Übrigens stehe oder besser sitze ich mit dieser Meinung zu den beiden Punkten nicht allein. Sie wird schwerpunktmäßig von Frauen geteilt. Ob das wohl ein Zufall ist? Ich wünsche mir mehr sanfte Töne - oder sollte ich schreiben: Zwischentöne? - so daß mehr Raum für Widersprüche und Zweifel bleibt, statt für lautes Gepolter.
Viele Grüße

JUTTA RÜTTER, BERLIN

• • •

Hier, eine etwas späte Reaktion auf die Ausgabe Nr. 5 1992, die zum Schwerpunktthema "KrüppelMEDIAL" - 'Der öffentliche Blick auf Behinderung' erschien.

Sehr geehrte Damen und Herren,
nach längerer Zeit hatte ich wieder einmal eine Nummer von der randschau in den Händen und wollte Kritik anmelden.

Das Titelbild zeigte einen Zeitungs-Kiosk in West-Berlin; auf den Inhalt der Zeitschrift verwiesen die Worte "KrüppelMEDIAL - Der öffentliche Blick auf Behinderung".

Auf den Seiten des Heftes - die Beiträge sind interessant - tauchte zu meinem Ärgernis immer und immer wieder das Wort 'Krüppel' auf. Da ich seit über 40 Jahren körperbehindert und Rollstuhlfahrerin bin, ich beruflich und privat an einer Bewußtseinsänderung in der Umwelt arbeite und kämpfe, fühle ich mich wie hinterrücks erdolcht, wenn mit solchen "Krüppeleien" um sich geworfen wird.

Ich finde es nachgerade diskriminierend - in höchstem Maße - wenn dieses Wort, das dem Mittelalter zugeordnet werden kann, auch heute noch nicht vergessen bleiben darf.

Mir ist schon klar, daß das Wort auch zum Affront = "black is beauty" genommen wird, dennoch besteht eine große Differenz zwischen den verschiedenen Engagementes, da im Falle eines behinderten Menschen die Menschlichkeit von Gesunden und behinderten Menschen erst hergestellt werden muß.

Am 20. März d.J. wurde im Deutschen Theater, Berlin, eine Matinée mit dem Titel "Euthanasie - das vergessene Verbrechen" durchgeführt. Vielleicht waren auch einige Ihrer MitarbeiterInnen in der Matinée und konnten sich selbst ein Urteil über Erleben, Dokumentation und Darstellung bilden.
Ich selbst konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht daran teilnehmen, kannte jedoch die Schriftstellerin Frau Weiland und ihre Texte, hatte auch kurz die Veranstalter der "Sonnenuhr e.V." kennengelernt und las dann danach je einen Artikel im "Tagesspiegel" und in der "TAZ". In beiden Artikeln war die Unsicherheit der Schreiber mit diesem Thema und ihre Abwehr zu spüren; sie waren insgesamt diskriminierend, spottend und ein Schreiber verstieg sich bis zu dem Wort "Starkrüppel"... Vielleicht können Sie mir eine Definition des letztgenannten Begriffes zukommen lassen und vielleicht nennen Sie behinderte Menschen lieber einen behinderten Mann, eine behinderte Frau, ein behindertes Kind... etc...etc.

Ich habe "über den rand geschaut" und grüße Sie

DORIS SCHELTER, BERLIN

SCHWERPUNKT I

SZENE WOHIN?

Zwischen Widerstand und Pragmatismus

"Szene"? Was ist das? Ein Kuriosum das uns in dieser Ausgabe beschäftigt. Irgendwie gehört keineR und Alle dazu: die verschiedenen Projekte, die wenigen Initiativen, sowie der Krüppel/die Krüppelfrau von nebenan, der bzw. die von Zeit zu Zeit - eher sporadisch - behindertenpolitisch denkt und handelt. "Die Szene", ein ganz einfach zu durchschauendes Dickicht? Mitnichten. Das Terrain ist weit und das Objekt der Begierde läßt sich nicht ohne weiteres aufspüren. Einen ersten Versuch zur Geschichtsaufarbeitung sollen die nachfolgenden Beiträge und Interviews bieten. Wohlgemerkt: sie sind ein Anfang und ein Ende ist (hoffentlich) noch lange nicht in Sicht. "die randschau" hat sich auf die Suche begeben und ist fündig geworden. Gedankt sei an dieser Stelle wieder einmal Allen, ohne die dieser Schwerpunkt nicht zustande gekommen wäre. Leider ist es uns nicht gelungen, wie ursprünglich beabsichtigt, über die bundesrepublikanische Zentriertheit hinweg, den Blick nach Österreich und auf die Schweiz zu richten. Ein Interview, daß wir sozusagen stellvertretend der letzten Ausgabe des PULS entnehmen wollten, fiel leider dem Platzmangel zum Opfer. Wir hoffen, dies in einer der nächsten Ausgaben nachholen zu können. Die "Szene" ist kein homogenes Gebilde, statisch erfassbar und politisch korrekt verortbar. Die "Szene" ist vieles und vieles ist nichts ohne die "Szene". In diesem Sinne.

Hat sich die Krüppelbewegung überlebt?

Ein Gespräch mit Udo Sierck, Horst Frehe und Lothar Sandfort

Szene. Krüppelszene. Krüppelbewegung. Behindertenbewegung. Die Begriffe lösen unterschiedliche Assoziationen und Erinnerungen aus, jedenfalls bei denen, die "damals", d.h., seit den Anfängen Ende der 70er Jahre dabei gewesen sind, seien es nun "MacherInnen" oder solche, die "mitgemacht" haben. Was waren unsere ursprünglichen Ziele, Hoffnungen, Forderungen? Was konnten wir erreichen? Was nicht? Wo stehen diejenigen, die zu den InitiatorInnen der "Bewegung" zählen, heute? Warum gibt es heute kaum noch funktionierende Zusammenhänge, sprich Gruppen, in den Städten? Wie haben sich die Erwartungen, die politischen Forderungen verändert? Was macht heute die "Bewegung" aus, gibt es sie überhaupt noch? Diese Überlegungen waren für uns Anlaß, die sogenannten 'alten Hasen' der Bewegung zu einem gemeinsamen round-table-Gespräch einzuladen und so etwas wie eine kritische Bilanz zu versuchen. Die männliche Dominanz hat dabei vor allem pragmatische Gründe: Terminschwierigkeiten bzw. zu langer Anfahrtsweg. Das ist natürlich schade. Der Blickwinkel von Krüppelfrauen kommt eindeutig zu kurz. Immerhin enthält dieser Schwerpunkt aber auch Beiträge von Krüppelfrauen explizit zu diesem Punkt, auf die wir an dieser Stelle verweisen wollen.
Ein erster Eindruck vorweg: Der Versuch, mit diesem Gespräch die eigene Praxis einmal kritisch zu beleuchten und zu hinterfragen, wurde von allen Anwesenden positiv bewertet; in der Hoffnung, daß es nicht bei diesem ersten Schritt bleibt. Soweit es bei der "randschau" liegt, werden wir diesem Wunsch gern nachkommen.

Phasenmodell (Horst):

Die *erste Phase, 77 - 81,* war eine *Phase der Selbstverständigung* und der Bildung einer eigenen Ideologie, eines eigenen Standpunktes. Am Schluß, 1981 im UNO-Jahr der Behinderten, haben wir die bedeutendste Demo gemacht, wo man auch die Konfrontation mit dem Staat und den etablierten Verbänden gewagt hat. Diese Phase wurde geprägt - im Nachhinein würde ich das so behaupten - von der Auseinandersetzung dreier Richtungen: 1. Die CeBeeFs, die versucht haben, gemeinsam mit Behinderten und Nichtbehinderten durch Clubarbeit was zu machen - die Richtung, aus der Du kamst, Lothar. - 2. Die Volkshochschule: Gusti Steiner und Ernst Klee. 3. Unsere Krüppelgruppen. Übriggeblieben ist im wesentlichen das, was durch den Krüppelstandpunkt als Position erarbeitet worden ist. Das würde ich für die erste Phase als entscheidenden Punkt der Selbstverständigung und Selbstorientierung sehen: ein gewisses Bewußtsein.

Dann kam die *zweite Phase,* die der Umorientierung aufgrund der Bewegung: Die einen haben die ambulanten Dienste aufgebaut, die anderen haben sich politisch bei den GRÜNEN organisiert, und eine nicht zu vergessende Gruppe ist kommunalpolitisch aktiv geworden, für bessere Fahrdienste, besseren Nahverkehr eingetreten usw. Das war eine *Phase der Selbstorganisierung, der Orientierung,* des Politikeinstiegs mit den GRÜNEN. Nach der ersten Phase hat auch eine gewisse Emanzipation von den Wohlfahrtsverbänden stattgefunden und die kommunalpolitische Arbeit wurde als eigenes Feld etabliert. Die *Phase von 85 bis 89* ist letztendlich *geprägt durch die Gründung der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung.* Von unserer Reise in die USA haben wir die Ideen der Bürgerrechtsbewegung mitgebracht und integriert. Für uns Bremer war der Ausgangspunkt, nicht allein Beratungseinrichtung zu sein, sondern Kommunalpolitik zu machen. Die Idee, das Modell mit peer counselern zu verbreitern und zu rekrutieren, hat ja nicht geklappt. Aber das war der Versuch. Übriggeblieben sind die Zentren und eine bundesweite Struktur.

Die dritte Phase, also von *1989 bis jetzt,* ist geprägt durch zwei Entwicklungen: Vor allem durch die *ADG-Bewegung,* durch die Überlegung, ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz zu schaffen und daneben bzw. dagegen gibt es das *Anti-Eugenik-Forum,* die ganze Lebensrechts-Debatte. Die stehen relativ unverbunden nebeneinander.

Horst: Wenn ich frage, was führt weiter, habe ich klar eine Position pro ADG-Bewegung. Ich glaube, daß da der Politikansatz Chancen hat, machtpolitische Fragen anders zu stellen und diesen Perspektivenwechsel über unsere engen Netzwerke der Initiativen hinaus zu verbreitern, während die Anti-Eugenik-Bewegung im wesentlichen an Formen, an Protestformen anknüpft, wie wir sie in der ersten Phase, 77 bis 81, hatten. Ich glaube, daß die etablierten Verbände ideologisch am Ende sind, daß wir sie massiv beeinflussen können. Wir sollten uns in dieser Phase nicht mit einer Meckerecke zufriedenzugeben, sondern tatsächlich die Machtfrage stellen und die Führung in der Behindertenpolitik übernehmen. Das wäre für mich die Aufgabe der nächsten vier Jahre. Ich sehe das auch als Weiterentwicklung aus dieser ganzen ADG-Diskussion. Die Leute, die in dieser Diskussion stecken, stellen sich die Frage.

Lothar: Ihr stellt Euch die Frage, ob Ihr die Behindertenpolitik im eigentlichen Sinne übernehmt?

Horst: Die Orientierung der Behindertenpolitik, ja.

Uschi: Es ist interessant, daß Du "Ihr" sagst.

Lothar: Ich zähl mich nicht dazu. Das ist auch nicht mein Anspruch. Die Behindertenpolitik zu übernehmen oder die Orientierung. Ich persönlich finde es für mich einfach nur noch langweilig. Es regt mich nicht mehr auf. Es ist in eine Richtung gegangen, da strampeln sich die Einen mit dem ADG ab, auf der anderen Seite im Anti-Eugenik-Forum die Anderen. Ich denk, das wird auch die nächsten zehn Jahre noch so weitergehen. Sowohl Udo wie Horst werden auch die nächsten zehn Jahre damit verbringen, Artikel zu schreiben, jeweils zu ihrem Thema, mit mehr oder weniger Erfolg. Es muß einfach wieder was Neues passieren, etwas, wo auch ein Kribbeln für mich drin ist. Das ist der Weg, den ich an verschiedenen Stellen beschrieben habe, den ich einschlagen will, die Auseinandersetzung mit mir selber.

Uschi: Woran mißt Du Erfolg?

Lothar: Da gibt's für mich keinen Maßstab. Was Horst in Bremen geleistet hat, was sich da mit dem öffentlichen Personennahverkehr entwickelt hat, das ist ein Erfolg. Daß es eine wirklich tragfähige Anti-Diskriminierungs-Bewegung gibt, das ist ein Erfolg. Daß es Bewegungen gibt in den Parteien, selbst in konservativen Parteien, das ist ein Erfolg, oder daß der Siegeszug von Singer und Co. nicht ohne Widerspruch abläuft, das ist auch ein Erfolg.

Udo: Ich will mal auf das Langweilige eingehen und auf die Frage, was haben wir vor 15 Jahren eigentlich gemacht.
Der Anlaß vor 15 Jahren, in die Krüppelgruppe zu gehen, war für mich die Wut, ständig vorgehalten zu bekommen, daß ich "unnormal" bin. Das war damals der Anlaß, eine Gruppe von Behinderten und Nichtbehinderten hier in Hamburg zu verlassen und zu gucken: Was bedeutet eigentlich die Normalität für mich. Die Krüppelgruppe war für mich unheimlich wichtig. In der Beziehung, daß ich ein Selbstbewußtsein entwickelt habe, wovon ich auch im Nachhinein annehme, das hätte ich in der Form wahrscheinlich so nicht bekommen. Warum mache ich heute immer noch diese Behindertenpolitik? Ein ganz wichtiger Moment ist immer noch meine Wut darüber, daß ich draußen auf der Straße als Depp behandelt werde. Wut über die Normalität, die ich jeden Tag neu spüre, obwohl es nichts Neues ist. Da kann ich nicht sagen: Das ist langweilig, das kenn ich schon alles, sondern ich muß sehen, wie ich mit meiner Wut umgehe. Und die setze ich seit 15 Jahren in Aktivitäten um. Darüber hinaus denke ich natürlich darüber nach, wo ich die Aktivitäten umsetze. Bestimmte Sachen langweilen mich inzwischen, und ich merke, wie ich mich inhaltlich anderen Themen zuwende. Nur der Zusammenhang zur Behindertenpolitik, der bleibt.

Horst: Von langweilig will ich auch nicht reden, aber ich verstehe das mal als Provokation, Lothar. Du hast in Deinem Buch (Esmeralda) gefordert, daß man eine Rückbesinnung auf die Phase der Selbstfindung und überhaupt der Entwicklung eines neuen Selbstbewußtseins machen sollte. Ich denke auch, daß das notwendig ist. Die Krüppelgruppe war für mich eine Möglichkeit, ein eigenes Selbstbewußtsein zu entwickeln, meine Wut auch in Bahnen zu lenken und nicht gegen mich selber zu richten, sondern auch gegen Andere und dann als Motor für politische Arbeit einfließen zu lassen. Aber wir können das nicht unendlich wiederholen. Ich betrachte das als eine wichtige Phase in meinem Leben, aber meine Wut ist jetzt anders.

Udo: Diese Phase, daß man bestimmte Sachen für sich zeichnet, die funktioniert nur einmal. Trotzdem würde ich es falsch finden, das abzuhaken, weil ich natürlich merke, daß der Anforderungsdruck nach wie vor existent ist. Natürlich brauche ich auch Leute und Zeit für mich, wo ich darüber nachdenke: Paßt du Dich jetzt eigentlich nur an oder ist das, was Du machst, tatsächlich das, was Du richtig findest?

Lothar: Ich weiß natürlich nicht, wie das damals bei Euch abgelaufen ist in den Gruppen, die sich mit sich selbst auseinandergesetzt haben. Wir haben das ja in Köln, obwohl wir aus einer anderen Richtung kamen, auch gemacht. Wir haben zusammengearbeitet, Behinderte und Nichtbehinderte. Aber Selbstfindungsversuche haben wir dann getrennt gemacht und auch nicht den Versuch, das zusammenzubringen. Bei uns war das so, und ich vermute, daß das in den anderen Gruppen auch so war: Als wir an die Knackpunkte kamen, an das eigene Minderwertigkeitsgefühl, und als die Verletzungen, die man besprach, wieder so richtig weh getan haben, da haben wir aufgehört und uns irgendwelche politischen Aktivitäten, die sicherlich auch wichtig waren, als Alibi genommen, um zu sagen, dafür bleibt keine Zeit.

Horst: Ich würde sagen, daß wir damals über diesen Punkt hinausgegangen sind. Zunächst. Vielleicht nicht bei jedem und nicht in allen Fragen, aber ich kann sagen, das ging mir damals wirklich sehr ans Eingemachte, und das habe ich in dieser Intensität auch danach nie wieder erlebt.

Udo: Für die Hamburger Krüppelgruppe kann ich das bestätigen. Ich glaube, sonst hätte es auch nicht funktioniert. In dem Sinne, daß im Prinzip sehr viele, die in der Hamburger Krüppelgruppe waren, heute auch noch Behindertenpolitik machen und zwar immer im Blick darauf, daß es nicht völlig losgelöst ist von den behinderten Menschen.

Lothar: Aber es ist doch auf jeden Fall so, daß dieser Teil des Anspruchs, die Auseinandersetzung mit sich selbst, relativ bald beendet wurde.

Horst: Stimmt.

Jörg: Als Struktur zumindest. Ja, es gab eine Generation von Krüppelgruppen und danach war Sense.

Lothar: Es hat früher aufgehört. Das war ganz schnell vorbei.

Ulrike: Ich glaub, das war bei den Frauen anders.

Lothar: Es hat sicherlich auch was damit zu tun, daß wir damals das Gefühl von Stärke hatten. Endlich mal raus aus der ewigen Rolle des Dankbaren und Bemitleideten. Einmal nein sagen, das Nein auch durchhalten. Im Gegensatz dazu steht die Begegnung mit den eigenen Verletzungen und Schwächen. Das klafft auseinander, und diese Wichtigkeit von Stärke ist, glaub ich, für Männer noch mehr gegeben als für Frauen. Weil das so zum Rollenverständnis gehört. Der Starke, der Männliche, ich denke, das ist für uns nochmal schwieriger.

Horst: Fakt ist ja, daß es im Grunde genommen für die Krüppelmänner zu Ende war. Jedenfalls in Bremen. Und dann war es so, daß in der Krüppelgruppe sehr viele Frauen sehr viel gemacht haben. Die waren sehr dominant, haben sich noch ein Stück weiter entwickelt, ihre Krüppelfrauengruppen gemacht. Da war, sag ich mal, für die übrigen Sense. Für die paar übriggebliebenen Männer gab's in diesem Bereich keine Entwicklung mehr. Mit der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung gab es aber den Versuch, dieses Thema wieder aufzugreifen.

Jörg: Zu institutionalisieren, in neuer organisatorischer Form mit Professionellen zu schaffen.

Horst: Nee, so ganz wollten wir das nicht, das ist dann so uminterpretiert worden. Das war für mich schon die erste Fehlentwicklung, die dazu geführt hat, daß das Ganze baden gegangen ist.

Foto: Ursula Aurien, Berlin

Zum rount-table-Gespräch in Hamburg v.l.n.r.: Udo Sierck, Ulrike Lux, Jörg Fretter, Horst Frehe, Thomas Schmidt, Lothar Sandfort (nicht im Bild, da fotografierenderweise in Aktion: Ursula Aurien)

Lothar: Das ist nicht baden gegangen.

Horst: Dann sag ich's für Bremen. Die Idee war, dieses sogenannte peer counseling nicht professionell zu organisieren, sondern von Betroffenen, die aus einer abhängigen Situation herausgekommen sind. Daß da ein Modell entwickelt wird, diese Erfahrungen weiterzugeben an andere, mit anderen zu diskutieren; nicht als professionelle Beratung durch Sozialarbeiter zu organisieren. Das war an sich das Modell. Das ist nicht umgesetzt worden.

Lothar: Ich hatte diese Hoffnung nicht. Ich stand mit anderen vor der Frage, die Du heute immer noch stellst: Wo bleibt eigentlich der Nachwuchs, wo bleiben andere Behinderte? Für mich war Selbstbestimmt-Leben und die Etablierung dieser Zentren auch die Möglichkeit, andere in diesen Prozeß mit hineinzukriegen, und das, meine ich, hat auch geklappt. Da muß man sicherlich sehen: für Viele ist die Schaffung eines Arbeitsplatzes innerhalb der Initiativen ein wichtiger Punkt, um sich zu beteiligen. Jedenfalls ist das so in Köln, und ich sehe das auch so bei anderen. Oftmals ist es der Arbeitsplatz. Dann kommt aber durch die Arbeit notwendigerweise der Auseinandersetzungsprozeß und da sind Viele, meine ich, dazugekommen.

Uschi: Ich möchte mal die These aufstellen: Es ist nicht nur eine Form von Beteiligung, sondern im Verhältnis zu dem Widerspruch, den ich in Institutionen erlebe, eine Form - sicher eine Nische, aber eine Möglichkeit - über den Arbeitsplatz die eigene Identität zu behaupten. Sehr viele behinderte Leute arbeiten ja in diesem Bereich.

Horst: Ich glaube, daß durch diese Form der Professionalisierung - ich bin gar nicht gegen Professionalisierung, sondern gegen diese Form - die sozialarbeiterische Komponente reingekommen ist, wo die Leute nicht unbedingt ihre Identität allein behalten haben, sondern sie haben sie transformiert in eine Helferidentität. Es hat nie das Element - was mir wichtiger gewesen wäre - der Bewußtwerdung und Politisierung im Vordergrund gestanden, sondern immer mehr der Individualhilfe und der Individualberatung.

Lothar: Das find ich jetzt ein bißchen elitär. Das ist ein Grund, warum es so schwierig ist in der Bewegung, es wird quasi eine Bewertung gemacht. Der politische Weg ist wichtiger als diejenige Tätigkeit, die sich beraterisch vor Ort an den einzelnen Behinderten wendet. Ich würde sagen, das ist zumindest gleichwertig, wenn nicht noch mehr. Da liegt die eigentliche Weitergabe von - Funken, von Entwicklung.

Udo: Dadurch, daß wir einfach kleine Dinge geschaffen haben, wie die Beratungsstelle Autonom Leben, wie das Arbeitsprojekt Röpershof, wie jetzt die Arbeitsassistenz, geben wir ein Stückweit ein Vorbild für andere behinderte Menschen. Das ist auch notwendig heute, wo sehr viele resignieren und sagen: Es hat doch alles keinen Sinn. Autonom Leben ist in Hamburg inzwischen eine behindertenpolitische Größe. Der Aktionstag z.B., da sagen alle etablierten Behindertenorganisationen in Hamburg: Macht Ihr das, wir schaffen das nicht. Da trifft sich das ein Stückweit mit der Perspektive von Horst. Übernahme der Behindertenpolitik, das ist mir zu hoch gegriffen. Fakt ist aber, daß es in Hamburg läuft.

Horst: Ich würde unterstreichen, was Udo sagt. Das ist auch meine Erfahrung. Autonom Leben war in diesem Bereich sehr erfolgreich. Es ist uns aber nicht gelungen, eine Form zu finden, die weniger professionell und weniger sozialarbeiterisch ist. Das wäre mir lieber gewesen. In Bremen sind wir ein kleiner Verein geblieben. Unser Hauptproblem ist: Uns fehlen die Leute, weitere Projekte anzugehen, zu planen und umzusetzen, die wir konzeptionell längst haben.

Udo: Ich würde die Sache auch nicht idealisieren. Es ist schon so, daß in Hamburg acht, neun behinderte Aktivisten bei Autonom Leben sind. Aber auch das ist viel mehr als vor fünf Jahren.

Uschi: Wieweit hat die Krüppelbewegung oder die Krüppelszene es geschafft, mehr als ein kleiner exklusiver Haufen zu sein? Woran liegt es, daß es immer nur ganz wenig Leute sind, auf die sich das konzentriert?

Lothar: Ich denke, das liegt daran: Wenn man in unsere Gruppen kommt und dort akzeptiert werden will, muß man quasi schon fertig sein, quasi schon emanzipiert und selbstbewußt. Wer da zaghaft ankommt oder wer sogar gerne nochmal eine Dampferfahrt mit Nichtbehinderten macht, der hat überhaupt keine Chance, sich in unserer Gruppe zu etablieren. Aus der Not, sich selbst was Positives an Selbstbild anzueignen, stammt eine Verachtung derjenigen, die noch nicht so weit sind. Das führt dazu, daß kaum jemand dazu stößt. Ich hatte oft das Gefühl, von anderen Behinderten, in der Arbeit, die ich mache, bewundert zu werden und hab das auch genossen. Ich glaube, die haben das Gefühl gekriegt: Das schaffe ich sowieso nicht. Ich glaube, daß ich da unheimlich viele Fehler gemacht habe aus persönlicher Not.

Horst: Das ist eine Beschreibung für die frühen 80er. Ich finde das für eine Situationsbeschreibung heute nicht mehr zutreffend. Selbstbestimmt Leben in Bremen ist eine professionelle Beratungsstelle. Den Verein oder die Organisation gibt's fast nur noch auf dem Papier. Die Leute sind in allen möglichen anderen Bereichen aktiv, haben sich sehr qualifiziert und eingebracht, und das, was man damals als Gruppe hatte, das gibt's nicht mehr. Es gibt heute andere Arbeitsformen. Unser Tätigkeitsfeld hat sich verbreitert. Aber die Aktivitäten laufen nur noch themenbezogen, wie jetzt z.B. die Vorbereitung zum 5. Mai (europäischer Protesttag zur Antidiskriminierung und Gleichstellung behinderter Menschen, Anm. d. Red.). Die Formen haben sich verändert, wir haben uns verändert. Wir sind in anderen Strukturen. Was jetzt anfängt, hat häufig mit professioneller Arbeit zu tun. Ein Beispiel: Wir haben die Assistenzgenossenschaft gegründet, eine Sache, die boomt und toll läuft, eher so, daß es die Leute überfordert und gar nicht so schnell neue Leute eingestellt werden können. Das Nachwuchsproblem haben wir nicht gelöst. Eine Ursache liegt darin, daß wir kein Konzept haben, oder daß wir die Konzepte, die wir theoretisch hatten, nicht umgesetzt haben oder nicht umsetzen konnten. Vielleicht ging es auch gar nicht, aber wir haben es auch nicht richtig versucht.

Horst Frehe

Richter am Sozialgericht Bremen. 1977 zusammen mit Franz Christoph Gründung der bundesweit ersten Krüppelgruppe in Bremen, Entwicklung des "Krüppelstandpunkts", Mitbegründer von Selbstbestimmt Leben Bremen. 1987 - 1990 Grüner Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft. Gegenwärtig im Vorstand von Selbstbestimmt Leben Bremen und dem Betreuungsverein "Hilfswerk", einer Kooperation zwischen Selbstbestimmt Leben und Lebenshilfe Bremen.

Foto: Ursula Aurien, Berlin

Uschi: Ich frag nochmal andersrum: Haben wir heute noch eine Krüppelbewegung?

Horst: Ich würde sagen, nein. Es gibt ja nur dieses Krüppelforum. Das betrachte ich auch nur noch als Fossil. Es ist für mich keine Bewegung mehr. Da würde ich Dir, Lothar, zustimmen, daß sich das differenziert hat. Es gibt so etwas wie eine Selbstbestimmt-Leben-Bewegung. Es gibt das Anti-Eugenik-Forum, das ist völlig getrennt. Alle Versuche, das zusammenzubringen, haben nicht geklappt. Also *die* Behindertenbewegung gibt es für mich nicht mehr.

Jörg: Wie machst Du das fest bei der Selbstbestimmt-Leben-*Bewegung*, warum sagst Du da, daß es da eine Bewegung gibt? Da ist mir allzuoft der Terminus "Bewegung" im Spiel und auch da sind es, zumindest vordergründig, bestimmte Köpfe, die dafür verantwortlich sind, oder die auch immer wieder in Erscheinung treten.

Lothar: Das war immer so. Das war auch in der Krüppelbewegung so. Da sind immer einige Köpfe gewesen und ganz viele, die sich mitbewegt haben. Das ist in jeder Bewegung so, daß einige sich profilieren oder profiliert werden, und für andere ist es nicht unbedingt erforderlich, in der ersten Reihe zu stehen.

Jörg: Das find ich auch nicht das Problem.

Lothar: Es sind in der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung ganz viele, die beteiligt sind, mehr oder weniger.

Horst: Mehr als damals in der Krüppelbewegung.

Jörg: Das läuft auch über professionelle Klamotten.

Horst: Da ist ein Strukturfehler drin. Ich seh das auch als Problem. Es wäre jetzt an der

Zeit, die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung mehr zur Bewegung zu machen, mehr Selbstbestimmt-Initiativen, mehr Gruppen zu etablieren und zu unterstützen und das ein Stückchen weg von dieser professionellen Beratungsarbeit zu bringen.

Uschi: In Richtung Selbsthilfegruppen?

Horst: Ja.

Uschi: Wieder neue Gruppen etablieren, heißt das Beratung ohne Geld?

Horst: Ja. Beide Elemente, Beratung für Geld und Beratung ohne Geld, sollten zusammenkommen. Manche Beratung mit Geld ist nötig, wenn ich bestimmte professionelle Standards setzen will. Rechtsberatung z.B., da halte ich das für erforderlich. Ich sehe auch, daß sehr viel Austausch untereinander und Informationsweitergabe stattfindet, auch Problemaufarbeitung. Dann halte ich manchmal eine professionelle Anleitung, Unterstützung, Begleitung für sinnvoll, aber ich glaube, daß mehr ohne Geld laufen muß.

Uschi: Meinst Du nicht, daß wir sowieso schon ganz viel ohne Geld machen?

Horst: Das ist die alte Debatte: Darf man zum Billigmacher des Sozialstaats werden? Die ist für mich überlebt. Wir hatten eine Phase der konservativen Regierung, die in meinen Augen jetzt zerbröselt und am Ende ist. Das heißt aber nicht, daß die konservativ-reaktionäre gesellschaftliche Bewegung am Ende ist. Die ist noch lange nicht auf dem Höhepunkt. Und in dieser Phase zu glauben, sich den Luxus leisten zu können, daß wir eine Gegenwehr, organisierte Gegenwehr in größerem Umfang, noch finanziert bekommen, das sollten wir uns abschminken. Wenn wir wirklich was gegen diese noch auf uns zukommende Welle reaktionär-konservativer Verhaltensweisen und Einschränkungen tun wollen, dann müssen wir ganz viel politische Arbeit, ganz viel gegenseitige Unterstützungsarbeit ehrenamtlich machen und gucken, wo wir unsere Kohle herkriegen.

Udo: Gerade in dem Zusammenhang glaube ich, daß das praktisch läuft. Das gesamte Anti-Euthanasie-Forum läuft seit fünf Jahren, ohne daß irgendwer jemals überhaupt die Reisekosten bekommen hat. Das ist eine Form der Arbeit, die ich notwendig und richtig finde, gerade auch in Richtung Institutionalisierung. Deshalb glaube ich auch, daß es fünf Jahre überlebt hat und immer noch da ist, obwohl es inhaltlich manchmal auch drunter und drüber geht.
Das Zweite ist, ich hab in meinen Augen nie gesehen, daß es ein Gegeneinander gibt von den verschiedenenen Linien. Ich hab nie gesehen, daß Anti-Diskriminierungs-Gestz, Selbstbestimmt-Leben-Initiative oder Anti-Euthanasie-Forum völlig nebeneinander herlaufen. Aber ich seh schon, daß auch verschiedene Köpfe wiederum ihre Schwerpunkte gesetzt haben. Das finde ich auch kein Problem, aber ich seh nicht, daß das auseinandergelaufen ist.

Udo Sierck

Bibliotekar. Ab 1979 bis 1981/1982 aktiv in der Hamburger Krüppelgruppe, Mitinitiator der Krüppelbewegung, sieht sich *nicht* als Sprecher Krüppelbewegung. Von der zweiten bis zur letzten Ausgabe Mitarbeit und Herausgabe der KRÜPPELZEITUNG (ab Mitte der Achtziger Jahre ergaben KRÜPPELZEITUNG und LUFTPUMPE zusammen "die randschau"). 1981 Mitorganisation und Mitarbeit beim Hamburger Gesundheitstag. Wesentlich ist die intensive Beschäftigung mit Humangenetik und "Euthanasie". *Ein* Ergebnis dieser Arbeit ist die WOHLTÄTERMAFIA, die wesentliche Impulse für die Auseinandersetzung gab (und gibt). Lehraufträge derzeit in Hamburg, Bremen und Oldenburg. Schreibt, hält Vorträge, veröffentlicht Bücher: 1982 Sie nennen es Fürsorge. 1984 Wohltätermafia. 1989 Das Risiko nichtbehinderte Eltern zu bekommen. 1990 Tödliche Ethik. 1992 Arbeit ist die beste Medizin. Z.Zt. u.a. im Vorstand von Autonom Leben Hamburg und Auseinandersetzung mit der Ideologie der Neuen Rechten.

Foto: Ursula Aurien, Berlin

Lothar: Es hat einzelne persönliche Überschneidungen gegeben. Am schärfsten war das schon, als einige anfingen, sich innerhalb der GRÜNEN zu betätigen und Behindertenpolitik bei den GRÜNEN zu machen. Daß man sich erlauben konnte, mit Bewegungsarbeit auch noch sein Geld zu verdienen, ist ein Vorwurf, der mir auch begegnet ist, als ich das Behindertenreferat bei den Bundestags-GRÜNEN angefangen habe.

Horst: Wir wurden auch gemieden auf dem Forum. Das war so eine Haßliebe. Ich hatte das Gefühl, daß vom Krüppelforum schon gesehen wurde, daß es auch ein Versuch ist, mehr Bedeutung zu bekommen. Die Presseerklärungen am Anfang der Krüppelbewegung waren doch eigentlich nur für uns selbst bestimmt, Sachen der Selbstvergewisserung. Ein paar Leute haben versucht, die Gedanken bei den GRÜNEN weiterzutragen. Das wurde mit sehr viel Skepsis, sehr viel Kritik bedacht. Ein gewisser Respekt blieb. Deswegen war das ein schwer auszuhaltendes Haß-Achtungs-Verhältnis.

Lothar: Ich hatte gerade bei Dir, Udo, den Eindruck, das ist alles zu schön, zu harmonisch. Ich glaube, daß es zwischen den verschiedenen Entwicklungslinien doch immer heftig knirscht. Warum auch nicht? In der Situation kann einem persönlich das schwerfallen, aber insgesamt find ich das gut.

Horst: Das bewegt was.

Lothar: Z.B. dieses Gespräch, daß da mal Kontroverse provoziert und veröffentlicht wird, das finde ich lebendig.

Udo: Ich wollte nicht harmonisieren. Ich weiß schon, daß da unterschiedliche politische Einschätzungen sind. Ich denke nicht, daß die unterschiedlichen Ansätze ein Gegeneinander produzieren.

Jörg: Kann es sein, daß es diese Protagonisten von früher in der Form gar nicht mehr gibt? Lothar, der nicht mehr in der Bundestagsfraktion der GRÜNEN arbeitet; dadurch, daß die GRÜNEN als Partei nicht mehr reingekommen sind. Diverse Leute versuchen jetzt, über diese etablierte Schiene, etablierter als noch vor sechs Jahren, in die Politik reinzukommen, getragen über ganz andere Geschichten: Anti-Diskriminierungs-Gesetz, Gleichstellung, die ja ganz andere Inhalte haben. Ich hab nicht das Gefühl, daß es ständig gegeneinander geht. Deshalb finde ich Udos relativ sanfte Darstellung, was gerade abgeht, ganz gut.

Thomas: Lothar, könntest Du das inhaltlich noch näher benennen, die inhaltlichen Divergenzen, die jetzt noch da sind zwischen den verschiedenen politischen Ansätzen? Sind es überhaupt in erster Linie politische Differenzen?

Lothar: Ja, Du hast Dich heute sehr zurückgehalten, aber ich glaube, wir beide haben doch erhebliche politisch unterschiedliche Ausgangspositionen, die sicherlich auch in den Streit gehören, ganz bestimmt. Ich könnte mir eine Belebung der Szene durchaus vorstellen über diesen Streit. In den vergangenen Jahren gab es quasi *eine* Identifikationsfläche bei der Bewegung. Mittlerweile gibt es durch die Ausdifferenzierung für verschiedene neue Leute eine Ansprechmöglichkeit.

Thomas: Lassen sich die inhaltlichen Differenzen tatsächlich verschiedenen Organisationszusammenhängen zuordnen?

Lothar: Aber sicher. Es gibt zwischen Selbstbestimmt-Leben-Bewegung und den Aktiven, die noch im Forum sind, ganz deutlich unterschiedliche Auffassungen, die zu unterschiedlichen Orten geführt haben, wo man sich engagiert. Und es gibt den Konflikt zwischen Krüppelfrauengruppen und männlich dominierter Behindertenbewegung. Das sind Sachen, wo noch soviel drinsteckt, was durch den gemeinsamen Streit herauszuarbeiten ist. Oder der Konflikt mit der Anti-Eugenik-Gruppe, der ist da. Das läßt sich nicht wegdiskutieren.

Udo: Was meinst Du konkret?

Lothar: Z.B. die Fragestellung, wieweit das, was im Anti-Eugenik-Forum passiert, wirklich so etwas wie einen Emanzipationsgewinn bringt. Oder ob das nicht eine Gruppe ist, die zwar das richtige Thema hat, aber einen Zusammenschluß von behinderten und nichtbehinderten Linken bedeutet, die sich gegenseitig versichern, daß sie eine unheimlich wichtige Arbeit machen.

Thomas: Ich will auf das eingehen, was Du am Anfang gesagt hast: Du möchtest Erfolge sehen. Ist das überhaupt realistisch in einer Situation, wo es in einem ganz zentralen Bereich, nämlich in der Lebenswert-Debatte, überhaupt nicht darum gehen kann, "Erfolge" zu erzielen, sondern wo es doch eigentlich nur darum gehen kann, eine übermächtige Entwicklung ansatzweise aufzuhalten oder Sand im Getriebe zu sein.

Lothar: Das ist Erfolg. Nur, ich seh verschie-

dene Gruppen, die sich bemühen, eine Arbeit zu machen, die sie auch ein Stück weit aus der Behindertenbewegung herausstellt. Am deutlichsten empfinde ich das bei den Krüppelfrauen. Da hab ich das Gefühl, es ist ein enormes Bedürfnis da, sich aus diesen Zusammenhängen der Behindertenbewegung herauszustellen, sich sozusagen vor die geschlossenen Tore der Frauenbewegung zu stellen und zu sagen: Warum laßt Ihr uns nicht rein und die Parole ist: Kein Ort nirgendwo.

Ulrike: So eine platte Darstellung hab ich selten gehört.

Lothar: Woher kommt diese Notwendigkeit? Ich sage das, um deutlich zu machen: Es gibt diese Harmonie zwischen den verschiedenen Strängen nicht.

Horst: Ich habe einen anderen Punkt. Ich glaube, das Problem der Anti-Euthanasie-Bewegung ist, daß sie ihre eigenen Niederlagen selber organisiert, daß man bewußt, vielleicht auch unbewußt, Auseinandersetzungsstrukturen so anlegt, daß man eigentlich nur verlieren kann. Es ist in der Tat so, daß wir die Bioethik in Deutschland nicht verhindern können, sie hat sich etabliert an den Hochschulen. Wir können etwas dagegen setzen. Die Humangenetik ist etabliert. Da geht es darum, sie zurückzudrängen. Sie zu eliminieren, ist chancenlos. Ich meine, daß wir durch mehr Zusammenarbeit mit der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung zu neuen Formen finden könnten, die vielleicht erfolgreicher sind. Das waren teilweise Selbstblockaden. Z.B. diese ganze Debatte: Darf man sich in bestimmten Diskussionen beteiligen? Das hätte zu ganz anderen Ergebnissen geführt, wenn man früher überlegt hätte: In welcher Form kann man sich beteiligen oder wie soll man sich beteiligen oder wie kann man Erfolge erringen und dabei etwas zurückdrängen?

Udo: Inzwischen, denke ich, muß man neu debattieren und neu nachdenken, wie wir uns gegenüber diesen Lebensunwert-Bedrohungen verhalten. Ich sehe, daß auch innerhalb des Anti-Euthanasie-Spektrums eine Bewegung eingesetzt hat in dem Sinne: Wir sagen nicht grundsätzlich nur noch nein, sondern wir überlegen uns, woran können wir uns beteiligen, und wo ist für uns die Grenze erreicht, wo wir sagen, es geht nimmer. Ein Beispiel ist das, was Ihr in Bremen gemacht habt, wo Ihr mit dem Hegselmann diskutiert habt in einem Rahmen, den Ihr bestimmt habt, wo aber nicht grundsätzlich gesagt wurde: das ist ein Bioethiker, mit dem nie. Ihr habt versucht, den Rahmen selbst zu bestimmen. In dem Sinne läuft nach meiner Einschätzung auch die Diskussion im Anti-Euthanasie-Forum. Was ich sagen will: Es ist ein Irrtum, daß gesagt wird, das Anti-Euthanasie-Forum verharrt in einer Verweigerungshaltung.

Horst: Dann nehme ich das zurück. Was ich immer weniger gut abkann, ist, wenn jemand eine andere Position hat, ihn praktisch zu exkommunizieren, und ich hab das Gefühl, daß teilweise so verfahren worden ist. Daß Leute mit etwas anderen Positionen z.B. bei dem Kölner Kongress exkommuniziert wurden, obwohl sie im wesentlichen am gleichen Strang gezogen haben. Ich finde, das können wir uns immer weniger leisten. Wir müssen viel mehr Toleranz und viel mehr Differenzierungsbreite akzeptieren, wenn wir mit Organisationen zusammenarbeiten wollen, die wir teilweise vor 15 Jahren bekämpft haben. Meinetwegen die BAGH. Es ist ja so, daß diese ADG-Diskussion wesentlich auch in Zusammenarbeit mit der BAGH passiert ist, auch mit BSK, also mit traditionellen Behindertenorganisationen, die keineswegs sicherstellen, daß die Krüppel, die Behinderten dort, sich selbst bestimmen können. Trotzdem, in diesem Punkt konnten wir die Standards setzen, ist es gelungen, zu sagen: Wir machen das nur unter den und den Voraussetzungen. Daß bei öffentlichen Veranstaltungen die Krüppel diejenigen sind, die das präsentieren, also keine Nichtbehinderten auftreten als die Repräsentanten. Z.B. bei der Anhörung im Verfassungsausschuß war es das Erfolgsrezept, daß das von Betroffenen selber vorgetragen wurde und zwar vehement.

Lothar Sandfort

Psychologe. 1971 Querschnittlähmung als Folge eines Unfalls, 1972 Initiator des Club's Behinderter und ihrer Freunde (CebeeF) in Bielefeld und Köln. Initiator der LUFTPUMPE, im März 1978 erscheint die erste Nummer, ab Mitte der achtziger Jahre durch Zusammengehen mit der KRÜPPELZEITUNG Umbenennung in "die randschau". Seit 1982 bei den GRÜNEN aktiv, ebenfalls 1982 Mitbegründer der Bundesarbeitsgemeinschaft - BAG Behindertenpolitik bei den GRÜNEN. 1992 Ausstieg aus den Aktivitäten, aber nominell noch Vorsitzender beim Zentrum für Selbstbestimmtes Leben (Zsl) Köln - "Familienphase" - hat jetzt wieder Lust, sich aktiv zu beteiligen.

1993 Veröffentlichung: Esmeralda, ich liebe Dich nicht mehr.

Foto: Ursula Aurien, Berlin

Thomas: Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit z.B. mit der Lebenshilfe (Betreuungsverein, Arbeitsassistenz, d.Red.), ist das für Dich ein Zeichen von Stärke oder von Schwäche?

Horst: Für mich ist das ganz klar ein Zeichen von Stärke. Das hätten wir uns früher nicht getraut. Früher haben wir uns immer auf unsere Krüppelecke zurückgezogen. Mittlerweile sind wir politisch und ideologisch so gefestigt und auch anerkannt, daß wir uns das trauen können.

Lothar: Auf der sehr allgemeinen Ebene der Forderungen ist das ja auch kein Problem. Ich fand das auch richtig, dieses breite Bündnis bei der Anti-Diskriminierungsfrage einzugehen. Aber das funktioniert auf der sehr allgemeinen Ebene der Grundgesetzforderung und des Anti-Diskriminierungsgesetzes. Wenn wir in die Situation kämen, das auszugestalten und das konkret zu machen, dann würde es erhebliche Unterschiede geben. Wenn wir sagen: Das ist Diskriminierung Behinderter, Werkstätten aufzubauen und zu erweitern, dann besteht dieses Bündnis nicht mehr.

Horst: Darin sind wir uns einig. Die Lebenshilfe Bremen sagt: Es ist eine Diskriminierung, wenn nur die Werkstätten erweitert werden, ohne Alternativen dazu zu schaffen. Werkstätten in dieser Form wollen sie auch nicht mehr. Bei uns kommt noch der Punkt dazu, daß wir sagen: Generell gehören sie aufgelöst. In Bremen ist natürlich das Gute, daß sie keine Werkstatt betreiben.

Lothar: Das ist, was ich sage: Wenn das konkret wird, dann bricht das Bündnis auseinander. Aber es ist eine strategisch vernüftige Position, das zunächst mal einzugehen.

Jörg: Auf so einer platten Ebene "Selbstbestimmung Behinderter", da glaub ich auch, daß ganz viele Verbände, Organisationen, Institutionen bereit sind, das zu tragen. Unabhängig davon, was inhaltlich dahinter steht.

Ulrike: Das heißt ja auch, die wollen mit diesem Leitsatz Lobbypolitik betreiben. Denen geht es nicht so sehr um die Inhalte, sondern darum, daß sich damit gut Politik machen läßt.

Lothar: Ich frage mich: Wer nutzt hier wen aus? Die Verbände sind mittlerweile so erstarrt, daß sie aktuelle behindertenpolitische Antworten gar nicht mehr finden und dazu nutzen sie uns.

Horst: Aber auch gerade dieses Nutzen ist ja nicht so, daß wir nur benutzt werden.

Lothar: Ja, das ist ein Hin und Her. Aber die Diskussion geht jetzt in eine Richtung, die macht mir keinen Spaß.

Horst: Gut, wir können gleich zu Deinem Spaß zurückkommen. Ich will nur noch eine Position loswerden. Ich glaube, daß es Punkte gibt, die ihnen ganz schön an die Nieren gehen, aber mit denen sie sich auch durch so eine Kooperation auseinandersetzen müssen. Beim Behindertenparlament habe ich ein Papier gemacht zu den ambulanten Diensten und zu den Einrichtungen. Da hab ich gesagt: Keine müde Mark für eine Erweiterung einer Einrichtung mehr, außerdem Umwandlung der Einrichtungen in Wohnformen, wo jeder selber bestimmen kann, wie das aussehen soll mit Verpflegung, Assistenz usw. Also Auflösung dessen, was ich als Heimstruktur begreife. Das hat natürlich Kontroversen gegeben. Die müssen sich dem aber stellen, und wir werden genau diese Kontroverse im Behindertenparlament führen. Sie hat auch schon zu realen Überlegungen geführt, inwieweit sie die Kleinstwohnheime, die sie ja in Bremen überwiegend haben, in betreute Wohngemeinschaften umwandeln können mit getrennten Kostensätzen und solche Sachen. Es ist nicht so, daß es ohne Wirkung bleibt, und deswegen bestehe ich schon darauf, daß wir nicht einfach nur benutzt werden.

Jörg: Vielleicht formulierst Du nochmal Deinen 'Spaß', Lothar.

Lothar: Nach den ganzen richtigen Strängen, die es in der Bewegung gegeben hat, fortzusetzen, was begonnen wurde und dann sehr schnell niedergegangen ist - die Auseinander-

setzung mit sich selber, mit unserem Menschenbild, was wir über unsere eigene Behinderung denken. Nach meiner Einschätzung ist das das Schwerste, was man überhaupt beginnen kann. Ich glaube nicht, daß es groß aufgegriffen wird. Das wäre für diese Arbeit auch eher schädlich. Es wird ein sehr persönlicher Ansatz von einzelnen sein, die insgesamt in dieser Arbeit stecken, aber das würde ich sehr gerne machen.

Thomas: Könntest Du dir vorstellen bzw. wär das nicht auch ein ganz wichtiger Ansatz, und auch eine Rückkehr zu den Ursprüngen, dieses veränderte Menschenbild auch politisch zu propagieren oder politisch dafür zu kämpfen?

Lothar: Ja, aber soweit ist es noch gar nicht. Das würde es gleich wieder kaputt machen, wenn man den Anspruch hätte, das politisch umzusetzen. Das ist eine Auseinandersetzung mit sich selber in sehr intim-privatem Rahmen. So muß das auch laufen. Nicht sich am Ende zusammensetzen und ein Thesenpapier machen.

Thomas: Ich will aber darauf insistieren, wieweit wir eine gesamtgesellschaftliche Utopie oder einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch haben. Die Utopie von einem veränderten Menschenbild, was natürlich nicht nur uns als Krüppel, als Behinderte betrifft, sondern was sehr viel tiefer und sehr viel weiter geht. Für mich gehört das zusammen. Die ganz persönliche Arbeit an sich selbst und die Vorstellung, wie die Gesellschaft beschaffen sein könnte, die Behinderte eben nicht mehr aussondert. Das war mein Ansatz und meine Frage.

Lothar: Das gehört sicher zusammen, nur an verschiedenen Orten. Ich glaube, daß es der politischen Arbeit guttäte, so hab ich das ja auch formuliert, wenn diejenigen, die sie machen, ein wenig mehr über ihr Menschenbild reflektieren würden. Es wäre schön, wenn diejenigen, die über ihr eigenes Menschenbild, über die Schwierigkeiten mit ihrer Behinderung nachdenken, das dann politisch umsetzen. Aber zunächst mal sind das zwei verschiedene Ansatzpunkte.

Ulrike: Ich habe den Eindruck, daß für viele, die in diesen ADG-Zusammenhängen aktiv sind, das überhaupt keine Frage mehr ist, die Auseinandersetzung mit Behinderung an sich, mit sich selbst. Es gibt Ideen, das politisch umzusetzen, es gibt einen ungeheuren Erfolgsdruck, einen ungeheuren Erfolgszwang, unheimlichen Druck, an die Öffentlichkeit zu gehen, sich darzustellen und zu sagen: Wir sind wer. Ich bin ja zeitlich zwischen den Hoch-Zeiten der Krüppelgruppen und diesen Selbstbestimmt-Leben-, ADG-Sachen und so dazugestoßen und hab die Ausläufer der Auseinandersetzung in den Krüppelgruppen noch mitgekriegt und da selber auch sehr viel rausgezogen. Mir fehlt das heute. In diesen ganzen Zusammenhängen, die sehr nach außen gehen, wo ich manchmal einzelne Leute anguck und denke:
Die verkaufen was nach außen, was sie nach innen gar nicht mehr vertreten, und es ist ein Geschäft mit der Politik geworden.

Lothar: Das seh ich z.B. auch bei einigen Selbstbestimmt-Leben-Initiativen, die Gefahr zumindest.
In der Beratungsstelle in St. Louis, wo wir waren, saßen wir vor einer Gruppe von Behinderten und Nichtbehinderten, die waren behindert, aber die waren so normnah, so auf das Ideal 'Ästhetik' getrimmt, alles schöne Leute. Da hatte ich das Gefühl: Da wird doch nach einem ganz bestimmten Kriterium ausgewählt, wer hier in der Initiative arbeitet. Nämlich nach einem bestimmten Ideal: schön zu sein. So etwas kann nach meiner Auffassung nicht passieren, wenn man sich früh genug mit dem auseinandersetzt, was man eigentlich als Menschenbild hat in der Beratung, das wird zuwenig gemacht.

Horst: Ich war in Brooklyn in einer anderen Gruppe, die anders strukturiert war. Da haben wir auch gesehen, wie breit das Spektrum der Independent-Living-Bewegung in den USA ist. Ich glaube auch, daß das, was Du, Ulrike, beschrieben hast, teilweise für den Initiativkreis gilt. Ich hab ihn von Anfang an mitgemacht und am Anfang haben wir ganz stark drüber diskutiert: Was ist eigentlich Behinderung? Wie wollen wir das gesetzgeberisch fassen? Auch im Juristen-Arbeitskreis hat die gleiche Diskussion stattgefunden, und wir sind da sehr auf unser Verständnis von Behinderung, auf unsere Erfahrung eingegangen. Jetzt sind neue Leute dazugekommen, die diese erste Phase nicht mitgekriegt haben, und vielleicht rührt ein Teil Deines Eindrucks daher, daß Du mehr neu Dazugekommene meinst. Was Du einforderst, ist für mich ein ständiger Prozeß, der immer wieder angeschoben werden muß, der dann teilweise dazu führt, daß sich bestimmte Gruppen auch überleben und neue Formen gefunden werden.

Uschi: Ist das nicht notwendigerweise ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen dem, was wir an politischen Forderungen auch nach außen tragen und dem, was wir selber von uns glauben? Selbst 81, als wir diese ganz breite Öffentlichkeit hatten, da gab es sicher auch diesen Widerspruch, daß wir nach außen hin ganz viel politisch gesagt, gefordert, diskutiert, gemacht haben, was nicht notwendigerweise bei jedem Einzelnen auch mit dem Gefühl zusammengepaßt hat. Ich glaube aber, das ist ein Prozeß, der immer auch einen Widerspruch beinhaltet.

Ulrike: Mit dem Unterschied, daß die Auseinandersetzung nach innen von vielen gar nicht mehr thematisiert wird.

Udo: Ich denke, sich persönlich mit seiner Behinderung zu beschäftigen, das ist niemals abgehakt. Für mich ist es nicht ganz zu trennen von dem, was ich mache. Was ich mir nicht mehr vorstellen kann, ist, daß ich mir jetzt Leute ausgucke und sag: Laß uns doch mal über uns reden. Ich red mit Leuten, die mir nahestehen. Es sind auch Behinderte dabei, aber es ist eine andere Form.
Das zweite, in unserem Kreis ist es nicht mehr wichtig, relativ normal auszusehen, sondern du mußt auch unheimlich gut reden können. Oder Du mußt, wenn das schon nicht möglich ist, unheimlich gut intellektuell drauf sein. Das ist ein Problem, das wir in den letzten 15 Jahren nie gelöst haben, und damit werden wir wahrscheinlich auch in den nächsten zehn Jahren nicht zurande kommen; daß behinderte Menschen, die das nicht haben, relativ wenig Chancen haben. Ich weiß da keine Lösung, weil ich auch merke, das langweilt mich tatsächlich, wenn ich mich mit Leuten zusammensetze, die ein Interesse daran haben, eine Dampferfahrt zu machen.

Lothar: Ich glaube, das ist schon wieder so eine Position der Macher: Es wäre eigentlich unsere Aufgabe gewesen, das zu machen. Unsere Aufgabe ist es, das nicht zu verhindern. Und wir haben uns, glaub ich, mit Kräften bemüht, das zu verhindern.

Horst: Kannst Du mal beschreiben, wie wir uns bemüht haben, zu verhindern? Wodurch?

Lothar: Ich glaube, daß es uns um andere Behinderte gar nicht ging. Es ging um uns selber, es ging um die Anerkennung durch Nichtbehinderte, und es ging vor allem darum, daß wir von diesem großen Kuchen der öffentlichen Anerkennung möglichst viel mitkriegen. Das ist auch die Ursache für den ewigen Crash, derjenigen, die in erster Linie, in vorderer Reihe standen.

Horst: Es ging durchaus um Leute, die intellektuell nicht so in der ersten Reihe mitarbeiten konnten. Mir ging es sehr viel um die Strukturen, die wir versucht haben zu verändern. Natürlich war dieses Engagement mit öffentlicher Anerkennung verbunden. Auch von Nichtbehinderten, kein Zweifel. Aber die Frage ist doch, war das das treibende Motiv - das ist vielleicht aus Deiner beruflichen Sicht so interpretiert - oder ist es im Grunde genommen ein Abfallprodukt dessen, was wir auch aufgrund von Einsicht in Zusammenhänge gemacht haben?

'die randschau' bedankt sich bei allen Teilnehmern dieses Gespräches ganz herzlich,natürlich auch in der Hoffnung, daß es nicht das letzte Gespräch dieser Art gewesen ist, sondern ein Anfang.

KrüppelInnen - Szen(e)ario

Einige Gedanken zur "Szene"

Die Gräben von einst scheinen überwunden: Die nahezu zwanzigjährige Geschichte der bundesdeutschen Krüppel- und Behindertenbewegung hat die Widersprüche in den eigenen Reihen klein gemacht. So scheint es. Tatsächlich ist die Frage der Fraktionen bei der Zusammenarbeit von Behinderten und Nichtbehinderten, die einst noch zu hitzig ausgetragenen Grabenkämpfen führte, heutzutage ohne Bedeutung. Und auch die Frage der Organisationsform, so scheint es, hat sich erledigt. Die Gegensätze 'basisdemokratisch' auf der einen und verbandsorientiert auf der anderen Seite sind faktisch irrelevant. Wenn wir heute von 'der Szene' sprechen, geht es um ein Konglomerat selbstorganisierter Verbandsstrukturen und dem spontaneistisch unorganiserten Spektrum, vereinzelten Aktivitäten in verschiedenen Städten und dem Verein, der sich um Dienstleistungen bemüht (Assistenz, Beratung, Bildung,...). Der Niedergang der 'neuen sozialen Bewegungen', in deren Fahrwasser auch die Krüppel- und Behindertenbewegung zu einer ernstzunehmenden Größe wurde, ist jedoch auch an der Szene nicht spurlos vorbeigegangen. Die Kraft und Dynamik der einstigen basisorientierten Strukturen hat an Reiz verloren, auch wenn sie uns heute manchmal gebündelter und stärker erscheinen. Allenthalben fehlt es an Nachwuchs, nichtexistente Gruppenstrukturen haben einem breiten Feld der Professionalität Platz gemacht. Die 'Power' muß heutzutage oftmals erst verbalradikal eingefordert werden. Die Szene schwankt zwischen Pessimismus und Euphorie, je nachdem zu welchen Themenkomplexen die verschiedenen AktivistInnen arbeiten. Gemeinsam ist der Wunsch, behindertenpolitisch weiterzukommen. Die Frage nach dem 'Wohin', die Gemeinsames und Trennendes mit aufnimmt, wird in dieser Form nicht gestellt. Letztlich geht es nach wie vor darum, wie wir diese Gesellschaft wollen, auch wenn es derzeit unerreichbar scheint.
Die einen träumen davon, der bundesdeutschen Behindertenpolitik insgesamt mit Anti-Diskriminierungs-Gesetzen und neuen Verbänden einen eigenen Stempel aufzudrücken. Andere setzen auf "Führungspersönlichkeiten" und hierarchisch durchorganisierte Szenestrukturen. Wieder andere wären bereits zufrieden, in Einzelpunkten nicht mehr mit dem Rücken zur Wand zu stehen - im Anti-Eugenik/ "Euthanasie"-Spektrum beispielsweise. Einige, sicher wenige, Unerschütterliche, hoffem immer noch auf den letztendlichen großen gesellschaftspolitischen Wurf, der die Umwälzung des gesamten Systems zur Folge haben wird. Dazwischen und daneben gibt es alle Arten von Hoffnungen, Utopien und Positionen, die sich im alltäglichen behindertenpolitischen Geschehen wiederfinden lassen.

Doch die Szene hat sich verändert. Dies ist nicht nur auf eine inhaltliche Annäherung der verschiedenen Positionen zurückzuführen oder auf das zunehmende Alter der AkteurInnen. Womit nicht gesagt ist, daß dies nicht auch eine Rolle spielt. Vielmehr erscheint es mir wahrscheinlich, daß die veränderte und stetig vorangetriebene Form der Professionalisierung einen entscheidenden Einfluß auf die Szene von heute hat. Zwanzig Jahre haben ihre Spuren hinterlassen. Zwanzig Jahre, die das Leben einiger behinderter Menschen maßgeblich verändert haben. Gemeinsam und gegeneinander wurde geliebt und gehaßt, gekämpft und gefeiert, getrauert und gelacht. Den Kampf der diversen selbsternannten und z.T. hochgefeierten 'Führer' (fast durchweg Männer) um die 'Meinungsführerschaft', ihre scharfen gegeneinander gerichteten Verbal-Attacken, die oftmals bis zur Selbstzerfleischung ausgefochten wurden, hat die 'Szene' überlebt, obgleich eine Menge AktivistInnen auf der Strecke blieben. Viele haben sich aus der Politik in die eigene Privatheit zurückgezogen. Vielleicht um sich selbst zu schützen? Weil mensch es nicht mehr aushielt, immer in der Defensive zu agieren, im kleinen minoritären Widerstand?
Der Euphorie der Anfangsjahre fehlten vielfach die Erfolgserlebnisse. Die Strategiediskussionen wurden von wenigen bestimmt und kaum über einen kleinen Kreis behinderter Menschen (oder sollte mensch "Männer" sagen) hinaus getragen.
Einen enormen Einschnitt stellten die Auflösungserscheinungen der Gruppen und Initiativen dar: nicht nur im emanzipatorischen Spektrum, sondern auch in den traditionellen Behindertenverbänden. Als Erfolg wurde gedeutet, wenn die Aktionen ihren Widerhall in der Medienlandschaft fanden. Gleichwohl fehlte diesen trotz allem Medienerfolg die Übersetzung in real spürbare Politik.

Foto: Ursula Aurien, Berlin

Die Formen der direkten Einflußnahme beschränkten sich auf wenige, meist örtlich begrenzte Projekte. Hier fand die Umsetzung der theoretisch erarbeiteten Konzepte ihren Niederschlag, z.B. im Bereich selbstorganisierter Pflege/Assistenzleistungen, Beratungskonzepte. Die Impulse für den Projekteaufbau kamen aus den Initiativen und Gruppen des emanzipatorischen Spektrums und banden mehr und mehr die wenigen vorhandenen Kräfte. Die Projekte sind geblieben, die Gruppen gibt es heute kaum noch. Sie wurden kurzfristig zum kämpferischen Arm der Projekte und trieben aktionistisch das voran, was den Projekten versagt bleiben mußte, wollten diese weiter an den öffentlichen Geldtöpfen partizipieren. Das Konzept der politischen Selbstorganisation (wenn als Konzept jemals existent) verkam zum Lückenbüßer. Die Gruppe als Selbsterfahrung zur Herausbildung einer eigenen Identität steht heute in kaum noch einer Stadt behindertem Nachwuchs offen.
Dabei hat die Szene, samt ihrer Vor-, Nach- und MitdenkerInnen, wichtige, heute oftmals noch aktuelle Positionen und Visionen erarbeitet.

Sicherlich auch als Reaktion auf die desolate Situation auf dem Arbeitsmarkt haben in den letzten Jahren behinderte Menschen, die zumeist aus akademischen (sprich: sozialpädagogischen/psychologischen, etc.) Berufsfeldern kommen, den Arbeitsmarkt "Szene" für sich entdeckt. Hier trifft die Suche nach einem Arbeitsplatz sich mit dem tatsächlich vorhandenen Bedarf an parteiischer Beratung und Dienstleistung (z.B. im Pflege- oder Assistenzleistungsbereich). Viele, durch die Szene entstandene Organisationen und Projekte wären heute kaum denkbar ohne diejenigen, die sich der Szene zugehörig fühlen, behindertenpolitische Forderungen teilen und möglichst noch qualifizierte Berufsabschlüsse mitbringen. Die Anforderungen an Professionalität sind gestiegen. Die Szene hat, wenn man so will, einen neuen Markt geschaffen, auf dem Behinderte ihre Arbeitskraft feilbieten. Kaum eine Initiative, kaum ein Projekt, kommt heute noch ohne die qualifizierte Fachkraft aus, die den Anforderungen moderner Interessenvertretung gerecht wird. Kaum eine neue Idee, die nicht daraufhin abgeklopft wird, ob sie denn einen neuen Arbeitsplatz schafft. Nicht, das mensch mich falsch versteht: Es geht nicht darum, den Arbeitsmarkt Behindertenpolitik zu diskreditieren. Ich finde es notwendig, soviele Arbeitsplätze wie möglich in unserem Bereich zu schaffen. Vielmehr stellt sich mir die Frage, ob das Lamento in bezug auf fehlenden Nachwuchs nicht nur vorgeschoben und letztlich gar nicht ernst gemeint ist. Die Frage mag ketzerisch klingen: Vielleicht wird gar nicht wirklich angestrebt, die künftige Konkurenz um die heiß begehrten Arbeitsplätze heranzuziehen? Vielleicht ist die Beschwörung des mangelnden Nachwuchses ein Ritual das mensch liebgewonnen hat, weil es selbst uns versichert, eigentlich wollen wir es ja ganz anders?

Ich sehe sie schon vor mir, die AktivistInnen der Zukunft, bezahlt nach BAT, mit klar umrissenen Arbeitsfeldern, funktional und abwaschbar. Denn der oder die Behinderte von morgen, muß eben nicht nur eine umfassende Ausbildung mitbringen, redegewandt und möglichst integrationsfähig sein, in der Öffentlichkeit vorzeigefähig, über ein ausreichendes Maß an Führungsqualitäten verfügen und all die 'Krüppelstandpunkte' schon verinnerlicht haben, bevor er/sie zum ersten Mal 'Bäh' gesagt hat. Natürlich sollte er/sie nicht zu dogmatisch sein. Horror oder Wunsch?

JÖRG FRETTER, KASSEL

Unser Mann im Bundestag?

Ein Interview mit Andreas Jürgens

Wie die randschau in den letzten beiden Ausgaben bereits berichtete, kandidiert Andreas Jürgens, rollstuhlfahrender Richter aus Kassel und seit vielen Jahren in der Szene engagiert, auf Platz 12 der nordrhein-westfälischen Landesliste der Partei Bündnis 90/Die Grünen für den Bundestag. die randschau führte Mitte April ein Interview mit ihm.

die randschau: Wie bist Du zum Thema Behindertenpolitik gekommen?

Andreas Jürgens: Den Anlaß hat eigentlich jeder Behinderte, der sozusagen offen durch die Welt geht, die Situation, die uns allenthalben widerfährt, offen wahrnimmt und den Anspruch hat, dagegen etwas zu tun. Das war natürlich nicht von Anfang an ein so hoher Anspruch. Es fing eigentlich während der Schulzeit an. Damals liefen meine politischen Aktivitäten in der Schülergruppe und in der Schülerzeitung parallel zu Kontakten, die mein Zwillingsbruder und ich zu einer Gruppe von Behinderten und Nichtbehinderten in Braunschweig hatten. Das war eine kirchlich initiierte Gruppe, die sich einmal im Monat traf. Dort sind wir das erste Mal mit anderen Behinderten zusammengekommen, mit dem Anspruch, uns gegenseitig auszutauschen. Damals fing das gerade an mit den Aktivitäten von Ernst Klee und mit dem Volkshochschulkurs in Frankfurt. Es gab einen Bericht im Fernsehen, der mich persönlich damals sehr beeindruckt hat, als Gusti Steiner eine Straßenbahn blockiert hat und über Mikrophon begründet hat, warum man das macht. Das war sozusagen meine erste behindertenpolitische Bewußtseinsbildung. Ich habe mit einigen Leuten aus der Gruppe in Braunschweig dann ganz vorsichtig angefangen, ein bißchen politischer etwas zu machen, als es in dieser Gruppe eigentlich beabsichtigt war.

In der Übergangszeit zwischen Schulende und Studienbeginn habe ich dann eine Fernsehsendung im WDR 2 gemacht, zur Arbeitssituation von Behinderten. Dazu hatte ich ganz verschiedene Leute interviewt und daraus habe ich dann eine Sendung gemacht. Das waren so die Anfänge.

Als ich dann zum Studium nach Marburg ging, mußte ich wieder ganz von vorn anfangen, da ich da ja zunächst mal keine Kontakte hatte.

die randschau: Und im Marburg kam dann die Krüppelinitiative?

Andreas Jürgens: Erst später. Das Studentenwohnheim, wo wir gewohnt haben, war ein Studentenwohnheim für Behinderte und Nichtbehinderte. Etwa die Hälfte der Leute, die da wohnten, das waren über dreißig, waren selbst behindert. Die ersten Aktivitäten fanden in diesem Studentenwohnheim statt und waren initiiert von Leuten, die in der DKP kommunalpolitisch gearbeitet haben. Die DKP war damals schon seit einigen Jahren im Stadtparlament vertreten und es gab ein, zwei Mitglieder der DKP, die in diesem Studentenwohnheim wohnten und sich während des Kommunalwahlkampfes mit anderen Leuten zusammengesetzt haben, um zu schauen, ob man nicht kommunalpolitisch Forderungen aufstellen kann. Das war noch weit entfernt von dem, was dann später die Krüppelinitiative wurde, was vielleicht daran deutlich wurde, daß unsere Hauptforderung, die wir dann auch durchsetzen konnten, die nach einem Behindertenfahrdienst war. Heute eine, wenn man mal zurückdenkt, völlig abstruse Forderung, aber wir sind dafür verantwortlich, daß es dann in Marburg einen Sonderfahrdienst gab und daß es den heute noch gibt. Heute ist Marburg, wie ich gehört habe, dazu übergegangen, einige behindertenzugängliche Busse mit Kneeling und Rampe anzuschaffen, das war damals noch weit außerhalb unserer Vorstellungswelt. Es entwickelte sich dann eine etwas radikalere oder weitergehende Position im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum UNO-Jahr der Behinderten. Da fing das dann an, politisch aktiver und auch ein bißchen radikaler zu werden. Die Krüppelinitiative Marburg wurde ja erst nach dem Krüppeltribunal gegründet.

Andreas Jürgens
Jg. 1956. geb. in Salzgitter. Besuch der Regelschule. 1976 Abitur. Studium der Rechtswissenschaften in Marburg. 1. Staatsexamen im Februar 1982. 2. Staatsexamen 1985. Seit August 1986 Richter am Amtsgericht in Kassel.

Foto: Jörg Fretter, Kassel

die randschau: Wie Bist Du dann zu den GRÜNEN gekommen? Du bist ja kein GRÜNER, aber Du hast ja eine lange Geschichte mit den GRÜNEN.

Andreas Jürgens: Über die damals gegründete Bundesarbeitsgemeinschaft "Behindertenpolitik bei den GRÜNEN", wo vor allem Lothar Sandfort, Udo Sierck, Theresia Degener und Horst Frehe usw. gewesen sind. Das war während der ersten Fraktion der GRÜNEN im Bundestag. Damals ging es schon darum, einen Vorschlag für eine bedarfsgerechte Pflegeabsicherung zu erarbeiten. Da ich mich zu dieser Zeit gerade im Rahmen meiner Dissertation damit beschäftigt habe, bin ich durch dieses Thema in die Bundesarbeitsgemeinschaft gekommen.

die randschau: Und bist auch weiter da geblieben...

Andreas Jürgens: Einer der wenigen, der am Ende noch dabei war. Die Bundesarbeitsgemeinschaft war immer mehr auf die Bundestagsfraktion als auf die Partei selbst ausgerichtet. Es war immer mehr das Bestreben, in der praktischen Politik, im Parlament, politisch was beeinflussen zu können, und weniger auf der Ebene der Parteiprogramme. Während der zweiten Bundestagsfraktion der GRÜNEN gab es dann den Mitarbeiter für Behindertenpolitik, Lothar Sandfort, der natürlich sehr stark die Inhalte der Bundesarbeitsgemeinschaft geprägt hat, weil er einbringen konnte, was im Parlament gefragt war. Wir haben dann damals zum Beispiel über die Reform des Vormundschaftsrechtes geredet, lange bevor die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf vorgelegt hat. Das Problem mit der zweiten Bundestagsfraktion der GRÜNEN war, daß die sich gegenseitig intern sehr stark paralysiert hat und daß es ungeheuer schwierig war, mit dieser Fraktion überhaupt zusammenzuarbeiten, wie es für die Leute innerhalb der Fraktion überhaupt schwierig war, miteinander auszukommen und vernünftig Politik zu machen. Da hat natürlich bei einer ganzen Reihe von Leuten das Interesse an der BAG-Arbeit stark nachgelassen, abgesehen davon, daß vielen auch die Entwicklung der GRÜNEN zu "realpolitisch" war. Hinzu kam, daß dann zum Ende der zweiten Bundestagsfraktion, das muß so 1989 gewesen sein, in der Partei darüber diskutiert wurde, daß die Bundesarbeitsgemeinschaften zu viele und zu umfangreich und auch zu teuer geworden waren und daß eine Strukturreform angestrebt wurde. Mehrere BAGen sollten zusammengelegt werden und da wäre wohl die BAG Behindertenpolitik in der BAG Sozialpolitik aufgegangen. Ich war damals Sprecher der BAG und habe das, muß ich sagen, auch nicht mehr mit großem Interesse weiterverfolgt, weil die BAG ohnehin am Einschlafen war. Dann es gab keine Nachfolgefraktion mehr und keine Parlamentarier, auf die man sich beziehen konnte, und für die bisherige Arbeit war eigentlich keine Basis mehr da.

die randschau: Und wie ist Deine Nominierung jetzt zustande gekommen?

Andreas Jürgens: Ich habe gesagt, ich will es machen, ich habe meine Kandidatur beim Landesvorstand angemeldet, und bin dann bei der Landesdelegiertenkonferenz gewählt worden.

die randschau: Das war ja einfach?!

Andreas Jürgens: Die Idee war ja nicht neu. Ursprünglich ist sie schon in der alten

Bundesarbeitsgemeinschaft entstanden. Zur letzten Bundestagswahl war schon in der Diskussion, daß ich möglicherweise kandidieren sollte. Ich hab mich damals dagegen entschieden, wie man nach dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl weiß, ja auch nicht unbedingt zu Unrecht, weil die GRÜNEN ja ohnehin nicht reingekommen sind. Ich habe mich damals aber dagegen entschieden, weil ich keine Lust hatte, als Einzelkämpfer dazustehen und keinen Rückhalt zu haben. Die BAG konnte diesen, mangels personeller Ausstattung, damals nicht mehr bieten. Als es jetzt darum ging, zu überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, auch Behinderte als parlamentarische Vertretung zu haben und zum Beispiel dem auch behinderten Herrn Schäuble etwas entgegenzusetzen, ist die Idee neu geboren worden. Im August letzten Jahres hatte die Landtagsfraktion der GRÜNEN in NRW uns zu einer Veranstaltung eingeladen. Da habe ich das mit einer Landtagsabgeordneten angesprochen, weil ich mal schauen wollte, ob es überhaupt realistisch ist, als Nicht-Grüner und auch noch aus einem fremden Bundesland auf einer Liste in Nordrhein-Westfalen eine Kandidatur anzustreben. Und ich habe dann mitgekriegt, daß es zumindest nicht ausgeschlossen ist und daß es sinnvoll ist, das einfach mal zu probieren. Daß es dann aber im ersten Anlauf auch gleich klappt, und dann auch auf den Platz 12, der gar nicht so furchtbar schlecht ist, das hätte ich nicht ohne Weiteres gedacht. Ich hatte allerdings das Glück, daß der Landesverband in Nordrhein-Westfalen fünf Regionalkonferenzen mit den Kandidaten und Kandidatinnen veranstaltet hat, auf denen man sich den Mitgliedern vorstellen konnte. Diejenigen, die mich ja als Nicht-Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht kannten, konnten sich so ein gewisses Bild von mir machen und ohne das wäre es, glaube ich, nicht gelungen.

die randschau: Warum, glaubst Du, haben die GRÜNEN dich nominiert? Hattest Du die besseren Argumente?

Andreas Jürgens: Ich glaube ja. Ich glaube, es war ihnen in der Tat wichtig, jemanden zu nominieren, von dem sie sich versprechen, daß er ganz gute Arbeit leisten kann im Parlament. Und es war ihnen auch wichtig, daß die Position Behindertenpolitik mit vertreten wird. Man muß verstehen, daß innerhalb der GRÜNEN nicht nur der Bereich Behindertenpolitik, sondern auch der Bereich Sozialpolitik, der ja mit der Behindertenpolitik zumindest teilweise Überschneidungen hat, ausgesprochen unterrepräsentiert ist. Wenn sich dann ein "ausgewiesener Fachmann" zur Wahl stellt, dann hat das, glaube ich, Auswirkungen auf die Nominierung, weil ja auch verschiedene Politikbereiche abgedeckt werden mußten. Gerade die Leute, die bisher auch außerparlamentarisch schon gute Arbeit geleistet haben, die hatten bei der Landesdelegiertenkonferenz gute Chancen, nominiert zu werden.

die randschau: Abgesehen von der Behindertenpolitik, welche Inhalte, welche Bereiche wären dir als Bundestagsabgeordneter besonders wichtig?

Andreas Jürgens: Als Stichworte könnte man vielleicht sagen: Verfassung und Rechtspolitik, also der ganze Bereich der angestrebten und von den großen Parteien ja weitgehend blockierten Reformen, insbesondere auch Verfassungsreformen - Beispiel: mehr direkte Demokratie. Die Möglichkeit, Volksbegehren, Volksentscheide, im Grundgesetz zu verankern, möglicherweise auch die Direktwahl des Bundespräsidenten. Die Stärkung der Rechte von Minderheiten und alles, was damit zusammenhängt und was über den Bereich der Behindertenpolitik ja bei weitem hinausgeht. Im Bereich der Rechtspolitik: Im Augenblick läuft ja auf verschiedenen Ebenen ein Zurückdrängen von Rechtsgarantien der Bürger gegenüber dem Staat unter dem Deckmantel der Kostenersparnis. Es gibt eine ganze Reihe von Reformen im Verfahrensrecht, bei denen sozusagen durch die Hintertür bei den Gerichten schrittweise Rechtsgarantien zugunsten der Bürger abgebaut haben. Und dem entgegenzusteuern oder Widerstand entgegenzusetzen, wäre ein Punkt.

die randschau: Kannst du da mal ein Beispiel nennen?

Andreas Jürgens: Das bekannteste ist natürlich der Abbau des Rechtswegs bei Asylbewerbern. Daß es jetzt bei Asylbewerbern überhaupt nur noch eine Instanz gibt. daß bei Eilverfahren die Verwaltungsgerichte innerhalb einer Woche entscheiden sollen - was sie gar nicht können. Es ist zum Beispiel im Strafrecht die Möglichkeit eingeführt worden, durch Strafbefehl, also ohne mündliche Verhandlung, eine Freiheitsstrafe zu verhängen. Es sollen die Verteidigerrechte, die Beweisantragsrechte, möglicherweise abgebaut werden. Und all solche Geschichten, die nach außen hin der Beschleunigung des Verfahrens und damit auch der Ersparnis dienen, die aber zum Teil ganz eklatante Einbrüche ins Recht der Bürger darstellen.

die randschau: Welche Eigenschaften prädestinieren dich für ein Bundestagsmandat?

Andreas Jürgens: Also, ich denke, daß ich in der politischen Arbeit in verschiedenen Organisationen und in verschiedenen Zusammenhängen der Behindertenbewegung gelernt habe, relativ schwierige und komplexe Sachverhalte verstehbar zu machen und Leuten zu vermitteln, die nicht ausgewiesene Fachleute sind. Dinge so auf den Punkt zu bringen, daß sie im Medienzeitalter von den Medien überhaupt wahrgenommen werden. Inzwischen bin ich auch rhetorisch so geübt, daß ich mir durchaus vorstelle und durchaus zutraue, eine Bundestagsrede mit angemessenen Inhalten über die Bühne zu bringen. Und durch meine juristische Ausbildung verstehe ich Gesetzesvorlagen schneller als Leute, die sich da möglicherweise erst einarbeiten müssen.

die randschau: Mit anderen Worten, du wirst die Arbeit der GRÜNEN beschleunigen...

Andreas Jürgens: Das weiß ich nicht. Das hängt auch von der inneren Struktur der künftigen Bundestagsfraktion ab, nicht nur von der Organisation, sondern auch, ob, wie es immer so schön heißt, die "Chemie unter den einzelnen Leuten stimmt". Ich hoffe, daß ich da einiges beitragen kann, auch weil ich glaube, daß ich zu den Leuten gehöre, die zum einen zwar Streit nicht aus dem Wege gehen, aber immer eher das Verbindende als das Trennende suchen. Und ich bin auch jemand, der eher in der Gruppe arbeiten kann, als nur alleine vor sich hinzuwurschteln. In den Gruppen, in denen ich bisher mitgearbeitet habe, hatte ich auch immer die Funktion, die Gruppe als Gruppe stark zu machen, und das, denke ich, kann nach den Erfahrungen mit der letzten Bundestagsfraktion nicht schaden.

die randschau: Falls Deine Kandidatur erfolgreich wird, d.h., falls Du in den Bundestag kommst, wird die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland dann einen Vertreter im Bundestag haben?

Andreas Jürgens: Man kann natürlich als Abgeordneter nicht einseitig Politik für eine außerparlamentarische Organisation machen, das ist ja ganz klar. Ich werde natürlich auch nicht als Lobbyist von ISL in Bonn auftreten. Ich bin natürlich durch meine bisherige Arbeit und die Position als rechtspolitischer Sprecher von ISL mit den Positionen, die da vertreten werden, eng verbunden. Ich habe sie ja mitgeprägt und werde natürlich meine politische Überzeugung und die Inhalte, die ich für richtig halte, nicht austauschen, nur weil ich im Bundestag sitze. Aber streng genommen bin ich ja gar kein Mitglied in ISL, sondern der 'fab' (Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter e.V. in Kassel, Anmerkung der Red.) ist Mitglied in ISL.

die randschau: Strenggenommen bist Du rechtspolitischer Sprecher von ISL...

Andreas Jürgens: Ja, natürlich. Aber als solcher werde ich im Falle meiner Wahl ausscheiden, das ist klar. Ich werde nicht weiterhin als Sprecher von einer Organisation auftreten können, wenn ich Abgeordneter bin.

die randschau: Es ging auch eher um die Idee, die dahinter steckt. Natürlich bist Du nicht der offizielle Vertreter von ISL im Bundestag, aber...

Andreas Jürgens: Selbstverständlich werde ich die Dinge, für die wir in der letzten Zeit politisch eingetreten sind, wie die Grundgesetzergänzung und ein Diskriminierungsverbot zugunsten Behinderter, Verabschiedung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes für Behinderte, Korrektur wenigstens der schlimmsten Auswüchse der Pflegeversicherung zu Lasten Behinderter, all die Dinge werde ich natürlich als Abgeordneter mit vorantreiben, das ist klar. Das sind meine Essentials, dafür stelle ich mich überhaupt zur Wahl. Unabhängig davon, ob die Grünen als Koalitionspartei oder als Oppositionspartei im Bundestag sitzen, die Inhalte sind ja die gleichen, nur die Art und Weis, in der man vorgehen muß, ist anders.

die randschau: Glaubst du, die Verbindung zur behindertenpolitischen Basis aufrechterhalten zu können ?

Andreas Jürgens: Ich hoffe es. Ich weiß, wie wichtig das ist. Ich weiß auf der anderen Seite aber auch, wie schwierig es ist, das durchzuhalten und herzustellen. Ich bin noch nicht so weit, das ich mir darüber schon konkrete Gedanken mache. Man soll das Fell des Bären ja nicht verteilen, bevor man ihn erlegt hat. Erst einmal geht es darum, in den Bundestag zu kommen und dann zweitens natürlich auch zu überlegen, ob es irgendwelche organisatorischen oder institutionellen Möglichkeiten gibt, die Verbindung weiterhin aufrechtzuerhalten.

die randschau: Die Wiedererweckung der Bundesarbeitsgemeinschaft?

Andreas Jürgens: Das wäre eine denkbare Möglichkeit. Ich bin mir aber im Augenblick nicht ganz sicher,, ob es überhaupt auf Parteiebene möglich ist, einfach so eine weitere Bundesarbeitsgemeinschaft zu gründen. Nach den Erfahrungen der letzten BAG bin ich auch nicht unbedingt sicher, daß das der richtige Weg wäre. Ich habe jetzt durch die Kandidatur mitbekommen, daß es in Nordrhein-Westfalen eine ganze Reihe von Behin-

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: 'krüppeltopia' e.V. - Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter, Mombachstraße 17, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78

RESSORTS & REDAKTIONSADRESSEN
- *Anzeigenverwaltung, Magazin:* **Redaktion Berlin,** Ursula Aurien, Barbarossastraße 24, 10779 Berlin, Tel.: 030 / 2 18 43 76
- *Abo & Vertrieb:* **Redaktion Kassel,** Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78, Fax: 0561 / 89 65 32
- *Termine:* **Redaktion Kassel,** Ulrike Lux, Wilhelmshöher Allee 24, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 77 69 15
- *Bücher:* **Redaktion München,** Thomas Schmidt, Planeggerstraße 10, 81241 München, Tel.: 089 / 88 88 598
- **Redaktion Essen,** Volker van der Locht, Virchowstraße 36, 47147 Essen, Tel.: 0201 / 74 07 00
- **Redaktion Mannheim,** Martin Seidler, Am Weingarten 2, 68169 Mannheim, Tel.: 0621 / 30 49 54

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN
Ursula Aurien (Berlin), Ulrike Lux (Kassel), Thomas Schmidt (München), Martin Seidler (Mannheim), Volker van der Locht (Essen), Christof Rill (Kassel), Jörg Fretter (Kassel)
V.i.S.d.bgl.P.

Die *CASSETTENAUSGABE* der randschau wird betreut durch Valeska Wnuck, Brentanostraße 50, 34125 Kassel

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns natürlich über unverlangt eingesandte Beiträge und Infos, bitten aber um Verständnis, wenn wir nicht alles, was aufläuft, abdrucken. Um uns die Bearbeitung mit dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die unformatiert auf WORD (alle Versionen) geschrieben wurden. Als Speichermedien bitte nur 3,5" (1,44) und 5,25" (1,2) Disketten verwenden.

ABO-PREISE: Preis für 4 Ausgaben 25 DM / Ausland 35 DM / auf Cassette / 30 DM / Cassette & Schwarzschrift 40 DM / Einzelpreis 7 DM & 2 DM Porto/Verpackung

ERSCHEINUNGSWEISE: vierteljährlich

AUFLAGE: 2.500 Exemplare

BANKVERBINDUNG: Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 520 501 51) Konto-Nr.: 1009422, 'krüppeltopia' e.V./die randschau

SATZ:
LaserPrint, Elfbuchenstraße 5, 34119 Kassel
DRUCK:
COPYTeam, Holländische Straße 36-38, 34127 Kassel
TITELFOTO: randschau-Archiv; N.N.

derten auch gibt, die in den GRÜNEN aktiv sind, zum Beispiel auf kommunalpolitischer Ebene. Daß man diese stärker vernetzen könnte und mit Leuten außerhalb der GRÜNEN weiter zusammenarbeiten könnte, sei es mit ISL, sei es mit dem Initiativkreis Gleichstellung Behinderter oder auch mit den örtlichen Gruppen, das kann ich im Augenblick eigentlich nur als Wunsch formulieren. Das wäre mir besonders wichtig, aber ob mir das gelingt, das weiß ich nicht. Das wird aber auch nicht nur ausschließlich von mir abhängen, sondern auch von den Leuten, die gerne mit mir zusammenarbeiten möchten.

Mit meinem Mandat wäre natürlich die Erwartung verbunden, daß sich im Behindertenbereich einiges bewegt. Ich kann an dieser Stelle nur meine Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß ich alleine gar nichts werde bewirken können. Es wird darauf ankommen, inwieweit die außerparlamentarische Behindertenbewegung und die vier Räder im Parlament, die sich dazugehörig fühlen, zusammenarbeiten und gemeinsam was erreichen können. Entweder wir schaffen es gemeinsam oder wir schaffen es gemeinsam nicht. Wenn wir nicht zusammenarbeiten und uns nicht gegenseitig stärken, sondern gegenseitig nur in die Pfanne hauen und kritisieren, dann wird dabei nichts herauskommen. Es ist mein Anliegen, daß wir sehr eng und sehr intensiv zusammenarbeiten werden, so zusammenarbeiten werden, daß wir die unterschiedlichen Positionen ernst nehmen und verstehen, aber an einem Strick ziehen und auch in die gleiche Richtung.

Foto: Jörg Fretter, Kassel

Andreas Jürgens bei einer Zwischenkundgebung beim europaweiten Protesttag 1994 in Kassel

die randschau: Was muß eigentlich passieren, damit Du in den Bundestag kommst? Wie kann Dich die Scene dabei unterstützen?

Andreas Jürgens: Erstens Bündnis 90/Die Grünen wählen, zweitens möglichst viele Leute davon überzeugen, daß es wichtig ist, Bündnis 90/Die Grünen zu wählen und zwar mit der Zweitstimme. Möglichst viele Zweitstimmen auf Bundesebene und insbesondere in Nordrhein-Westfalen, das ist das einzige Erfolgsrezept.

die randschau: Wie können dich die Initiativen vor Ort unterstützen?

Andreas Jürgens: Ich stehe natürlich jederzeit, wenn sich das mit dem Terminkalender vereinbaren läßt, insbesondere während der Wahlkampfzeit, für Veranstaltungen zum Thema Behindertenpolitik zur Verfügung. Ich denke, es lohnt sich, die letzten zehn Jahre seit der Kohl-Regierung oder die letzten elf oder zwölf Jahre seit Herr Regenspurger, der noch zu versorgende CSU-Hinterbänkler, Behindertenbeauftragter ist, diese Politik zu bilanzieren. Ich bin sicher, daß während der Wahlkampfzeit auch die anderen Parteien ein Interesse daran haben, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen. Im Augenblick stellen wir allerdings fest, daß die CDU/CSU da eher weniger Neigung hat. Wir haben auch vor, im Laufe des Sommers eine Kettenbriefaktion zu machen, um denjenigen, die die Kandidatur unterstützen wollen mit relativ einfachen Mitteln auch eine Möglichkeit dazu zu geben. Es ist notwendig, unabhängig vom Erfolg, die Kandidatur dazu zu nutzen, auch mehr Leute an die Bewegung heranzuführen, mehr Leute zu aktivieren. Wir wollen an die Leute, deren Adresse wir haben, einen Brief mit der Aufforderung schicken, ihn kopiert an andere Leute weiterzuleiten, Verwandte, Bekannte, Freunde, andere Behinderte vor allem, mit der Aufforderung, die Kandidatur zu unterstützen, vor allem mit der Stimmabgabe. Es soll evtl. die Möglichkeit der Rückmeldung geben, für eine Wählerinitiative zu meinen Gunsten bzw. zugunsten Bündnis 90/Die Grünen. Das wäre eine Möglichkeit mich zu unterstützen. Wer das gern machen möchte, der soll sich einfach bei mir melden, dann kriegt er so ein Briefchen zugeschickt. Für die Bewegung wäre auch wichtig, wenn in der Öffentlichkeit rüberkommen würde, daß der Aspekt 'Behindertenpolitik' oder daß jemand als Behinderter kandidiert, eine Wahl zumindest mit beeinflussen kann. Es ist ausgesprochen schwierig, das in den Behindertenorganisationen als Informationsangebot herüber zu bringen. Ich habe einen Musterartikel an verschiedene Behindertenorganisationen verschickt mit der Bitte, diesen in ihre Mitgliedsrundbriefe oder -zeitungen aufzunehmen. Die Rückmeldung ist ausgesprochen schwach: Diejenigen, die sich bisher zurückgemeldet haben, haben gesagt, daß sie das nicht machen können, weil sie das für Wahlkampf halten und Wahlkampf können sie nicht machen. Diese Idee, daß es nicht so sehr darum geht, Bündnis 90/Die Grünen zu unterstützen, sondern jemanden, der aus der Bewegung kommt, als Kandidat zur Verfügung steht und sich auch als Repräsentant der Bewegung versteht, ist offenbar noch nicht soweit verbreitet, wie ich das gehofft hatte. Deswegen wird es nicht ganz so einfach, die Information, daß ich kandidiere, wirklich an alle Behinderten zu übermitteln.

die randschau: Einige behinderte Frauen hätten ja lieber eine behinderte Frau als Kandidatin gesehen.

Andreas Jürgens: Ja, habe ich auch gehört.

die randschau: Glaubst du, die Frauen mit

vertreten zu können, oder....

Andreas Jürgens: Das ist eine schwierige Frage. Ich hoffe es zumindest, soweit das ein Mann überhaupt kann. Ich bin ja ein Verfechter der Selbstvertretung. Also, daß diejenigen, die betroffen sind von irgendwelchen Lebensrealitäten, auch anderen diese am besten vermitteln können. Insoweit bin ich als Mann nur jemand, dem dieses vermittelt werden kann und nicht jemand, der davon selbst betroffen ist. Ob ich das dann meinerseits in meinen parlamentarischen Aktivitäten, wenn es denn dazu kommen sollte, auch so mit umsetzen kann, wie das gewünscht wird, das wird man sehen. Ich hoffe es. Ich werde mich darum bemühen. Das wird man sozusagen der konkreten Erfahrung überlassen müssen.

die randschau: Eine diplomatische Antwort. - Wenn es dereinst rot-grüne Mehrheiten geben sollte, wird der nächste Behindertenbeauftragte der Bundesregierung dann Andreas Jürgens heißen?

Andreas Jürgens: Das ist mein Ziel. Wenn es eine rot-grüne Koalition gibt, für die ich im Bereich der Behindertenpolitik ganz gute Voraussetzungen sehe. In anderen Politikfeldern wird es da wesentlich mehr Probleme geben. Aber ich denke, wir werden uns im Behindertenbereich mit der SPD zumindest in einigen Punkten recht gut einigen können. Wenn das, was prominente SPD- Vertreter in der letzten Zeit vertreten haben, auch tatsächlich ernst gemeint ist, werden wir in Sachen Grundgesetzergänzung und in Sachen Antidiskriminierungsgesetz keine Probleme haben, in Sachen Pflegeversicherung möglicherweise größere Probleme. Jedenfalls können wir uns im Behindertenbereich sicherlich auf eine Koalitionsvereinbarung einigen, wenn das von beiden Seiten gewollt ist, und ich strebe in der Tat an, daß die Institution des Behindertenbeauftragten endlich mal aus ihrem Dornröschenschlaf aufgeweckt wird. Daß das endlich mal zu einem Instrument wird, das wirklich Politik zugunsten der Behinderten macht und nicht, so wie der gegenwärtige Amtsinhaber das offenbar versteht, die Anti-Behindertenpolitik der Bundesregierung gegenüber den Behinderten verkauft. Ich würde auch offensiv vertreten, daß der Beauftragte, wenn man es ernst meint mit der Selbstvertretung der Betroffenen, nur ein selbst Behinderter sein kann. Und dafür stehe ich zur Verfügung.
Unabhängig davon, ob jetzt da die GRÜNEN an der Regierung beteiligt sind oder nicht, ist mir die Sache mit dem Behindertenbeauftragten sehr wichtig. Es ist ja so, daß der Schwerbehindertenbeauftragte ein Beauftragter der Bundesregierung ist. Ich bin dafür, daß dieses Amt ausgebaut wird zu einem parlamentarisch verantwortlichen Behindertenbeauftragten, der wesentlich weitergehende Rechte hat. Einmal Ombudsfunktion, daß sich die Leute an ihn wenden können mit der Bitte um Unterstützung, so ähnlich wie der Wehrbeauftragte zum Beispiel. Er muß konkrete Eingriffs- und Überwachungsrechte oder Informationsrechte bekommen, wie zum Beispiel auch der Datenschutzbeauftragte. Wenn man das erreichen könnte und dieses Amt dann auch noch mit einer Person besetzt wird, die selbst betroffen ist, dann hätten wir schon einiges erreicht. Im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung wäre es zum Beispiel ganz wichtig, wenn praktische Erfahrungen mit dieser Versicherung zentral gesammelt werden könnten, um dann für parlamentarische Debatten oder Initiativen zur Verfügung zu stehen. Und um sowas machen zu können, braucht man einen gewissen Apparat, braucht man Leute, die das machen können und braucht man auch eine gewisse abgesicherte Funktion, wie etwa die des Datenschutzbeauftragten. Wenn der mögliche Verstöße gegen das Datenschutzgesetz erfährt, dann kann er konkret nachhaken, kann sich die Akten vorlegen lassen, kann das überprüfen und und und. Dagegen können zum Beispiel der Schwerbehindertenbeauftragte oder auch die Ausländerbeauftragte nur Anregungen geben oder können Vorstellungen äußern oder Appelle an die Öffentlichkeit richten, haben aber keine wirklichen Handlungsbefugnisse.

die randschau: Wobei die Ausländerbeauftragte ja noch eine kritische Position hat, was bei dem Behindertenbeauftragten ja überhaupt nicht zu sehen ist.

Andreas Jürgens: Von dem augenblicklichen Amtsinhaber? Ja, in der Tat. Die bisherigen Ausländerbeauftragten haben immerhin gegenüber der Bundesregierung kritische Äußerungen fallen lassen, wohingegen der Schwerbehindertenbeauftragte das überhaupt nicht gemacht hat. Er hat erstmals jetzt, nachdem sich die Verfassungskommission gegen eine Verfassungsänderung zugunsten Behinderter entschlossen hat, plötzlich in einem Zeitungsinterview gesagt, er sei ja schon immer dafür gewesen. Wobei er bei der Anhörung der Verfassungskommission der einzige gewesen ist, der dagegen gesprochen hat. Herr Regenspurger hat seine Funktion immer darin gesehen, bei der Gesundheitsstrukturreform, beim Gesundheitsreformgesetz, bei der Überarbeitung des Schwerbehindertengesetzes, was immer es in diesen zehn Jahren gegeben hat, zu Lasten Behinderter, gegenüber den Behinderten zu vertreten, daß es richtig und notwendig ist, daß ihre Rechte eingeschränkt werden. Und so stelle ich mir den Behindertenbeauftragten nicht vor.

die randschau: Wirst du die Zusammenarbeit mit anderen behinderten Abgeordneten suchen?

Andreas Jürgens: Das muß man sicherlich differenziert sehen. Es gibt ja eine ganze Reihe von schwerbehinderten Bundestagsabgeordneten, die als solche gar nicht in Erscheinung treten. Die möglicherweise auch von ihrem Bewußtsein her gar nicht für notwendig halten, als Schwerbehinderte aufzutreten und zusammenzuarbeiten. Es wäre sicherlich sinnvoll, wenn man erreichen könnte, daß überhaupt die Behinderteneigenschaft ein Aspekt ist, den man in der Politik mit umsetzen und mit einbringen muß. Es gibt natürlich Schwerbehinderte, die aller Voraussicht nach auch im nächsten deutschen Bundestag sitzen werden, wie insbesondere Herr Schäuble, mit dem ich mir eine Zusammenarbeit aus inhaltlichen Gründen unheimlich schwer vorstellen kann. Seine politischen Vorstellungen sind von meinen, nach allem, was ich bisher von ihm vernommen habe, soweit entfernt, daß ich mir nur schwer vorstellen kann, auf inhaltlicher Ebene zu einer gemeinsamen Politik zu kommen. Ich bin der Meinung, daß diejenigen, die Behindertenpolitik machen wollen und mit einem ähnlichen Anspruch wie ich daran gehen, natürlich zusammenarbeiten müssen. Ob das dann von Erfolg gekrönt sein wird, wird man sehen. Und als kleine Fraktion, wie es die GRÜNEN voraussichtlich sein werden, muß man immer mit anderen zusammenarbeiten. Daß ich dann in meinem Bereich, der Behindertenpolitik, die Zusammenarbeit mit denjenigen suche, von denen ich mir am meisten Erfolg verspreche, ist ganz klar.

Eine Bewegung, von der ich träume

In Zeiten, in welchen diejenigen, die sich in der Behindertenbewegung engagieren, häufig nicht mehr so recht wissen, gegen welche Kürzungen oder Hiobsbotschaften mensch sich zuerst wehren soll, wir uns manchmal zweiteilen müßten, um an den für uns wichtigen Treffen teilnehmen zu können oder es oft schlichtweg ums bloße Überleben unserer Organisationen geht, kommt eine Einladung zum Träumen zeitlich zwar etwas ungelegen, bietet aber andererseits eine gute Möglichkeit, um kurz aus dem täglichen Streß herauszutreten. Sich darauf zu besinnen, warum wir all das eigentlich tun und uns tagtäglich für die Behindertenbewegung engagieren und darüber nachzudenken, was wir von dieser Bewegung eigentlich wollen. So habe ich die Einladung der randschau gerne angenommen, einige Zeilen darüber zu schreiben, wie ich mir eine ideale Behindertenbewegung vorstelle. All diejenigen, die es sich also schon immer so insgeheim gedacht haben, daß der Miles-Paul mit seinem anscheinend unbremsbaren Optimismus und seinem festen Glauben an Selbstbestimmung und effektive Gleichstellungsgesetze für Behinderte ein Träumer ist, können dies nun ungeniert und frei heraus behaupten. Denn genau das werde ich in den nächsten Zeilen praktizieren, wenn ich meinen Gedanken freien Lauf lasse, wie ich mir eine ideale Behindertenbewegung vorstelle. Doch keine Angst: Als unbarmherziger Pragmatiker werde ich nicht völlig abheben, sondern mich auf Träume begrenzen, die ich für greifbar halte. Dabei werde ich nicht darum herum kommen, mich mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge in der Behindertenbewegung zu beschäftigen, um einen Blick in die Zukunft zu werfen zu können.

Unsere Bewegung - ein Ratatouille

Wer sich hin und wieder in die kulinarischen Höhen des vegetarischen Essens begibt, die eine vielfältige und gute Küche zu bieten hat, stößt sicherlich früher oder später auf den Ratatouille - ein Gericht aus einem Gemisch verschiedener Gemüsearten, die zusammen gekocht werden und gerade wegen ihrer Vielfalt sehr lecker schmecken. Bedingt durch die verschiedenen Phasen, die die bundesdeutsche Behindertenbewegung während der letzten drei Jahrzehnte durchlaufen hat und die heute immer noch das Bild prägen, stellt sich unsere Bewegung momentan fast genau so wie dieses bunte Ratatouille dar. Aktive, die Zeiten wie die Gründung von Clubs Behinderter und ihrer Freunde, die Volkshochschulkurse à la Gusti Steiner und Ernst Klee, die Gründung der Krüppelgruppen und das Krüppeltribunal, den Aufbau von Ambulanten Diensten als Alternative zum Heim, die Gründung von Zentren zum selbstbestimmten Leben Behinderter, die Aktivitäten im Anti-Eugenik-Bereich, den Aufbau von örtlichen Bündnissen für Gleichstellungsbestimmungen oder Behindertenbeiräte mitgeprägt haben oder davon geprägt wurden, treten heute auf den unterschiedlichsten Ebenen aktiv für Veränderungen in der Behindertenpolitik ein. Sie zählen je nach dem Ansatz der Meßlatte, was im Sinne der Bewegung noch als "politisch korrekt" angesehen wird, zum auserlesenen Kreis der Behindertenbewegung.

Wir sind also ein bunt gemischter Haufen von Aktiven und Gruppen, die alle ihre eigenen Erfahrungen, Ziele und Prioritäten einbringen und unter der Flagge der Behindertenbewegung segeln, so daß es immer eine Frage ist, aus welcher Perspektive wir über diese Bewegung reden. Da ich ein Freund von großen zielorientierten Bündnissen bin, werde ich das Ratatouille, das ich in diesem Artikel unter dem Stichwort Behindertenbewegung koche, breiter fassen und eben all die genannten Bereiche und einige weitere Ungenannte kurzerhand in den erlauchten Kreis der Behindertenbewegung miteinbeziehen.

Die Kunst, unser Ratatouille gut zuzubereiten, besteht in einem ständigen Drahtseilakt: Einerseits muß es uns gelingen, ein klares Profil zu gewinnen und zu bewahren, durch das wir die bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Behinderte mit ihren Ungerechtigkeiten, Geschäftsinteressen und Diskriminierungen radikal offenlegen und konsequent Alternativen hierzu aufbauen und einfordern. Andererseits müssen wir Raum für WeggefährtInnen und neue MitstreiterInnen bieten, die einige oder alle unserer Ziele gemeinsam mit uns durchsetzen wollen, ohne daß sie vorher die oftmals sehr strenge Prüfung zum idealen Krüppel mit der Note sehr gut bestehen oder durch absolute Perfektheit glänzen müssen. Diesen Drahtseilakt müssen wir meiner Meinung nach nicht nur auf den unterschiedlichsten Ebenen wagen, sondern konsequent vorantreiben. Dies setzt natürlich voraus, daß wir in unserer Bewegung eine Atmosphäre schaffen, die den einzelnen AkteurInnen unserer Bewegung das gebührende Vertrauen, die notwendige Unterstützung bzw. Schulung und das unerläßliche Recht des Fehler-Machens zugesteht - eine Voraussetzung, die wir bisher zuweilen kaum bieten konnten. Eine Bewegung, die diese Grundvoraussetzungen nicht erfüllt, ist eine Bewegung, die den Leichengeruch bereits mit sich herum trägt und ihrem Ende zielstrebig zugeht, es also wahrscheinlich nie zu einer breiten Bewegung bringen wird, in der z.B. auch geistig behinderte Menschen einen Platz finden und eine Chance bekommen. Denn wer von uns will sich in einer Bewegung engagieren, die der von uns sehr kritisch bewerteten nichtbehinderten Gesellschaft in keinster Weise nachsteht und auf Perfektionismus, Konformität und Einzelgängertum baut. Wenn wir von einer sozialen Bewegung der behinderten Menschen und nicht von einer kleinen Elitetruppe der kritischen Behinderten sprechen, müssen wir so arbeiten, daß wir offen für neue MitstreiterInnen und deren Schwerpunkte und Fähigkeiten sind und konstruktiv herausfordernd für uns selbst und unsere KollegInnen agieren. Das heißt keineswegs, daß wir unsere Grundsätze wie z.B. Selbstbestimmung, Nicht-Aussonderung oder Gleichstellung aufgeben oder uns gar wieder unter die Obhut Nichtbehinderter begeben sollen, sondern daß wir zielorientiert und manchmal auch nur punktuell mit anderen zusammenarbeiten, die einen Teil dieser Grundsätze teilen und unseren Standpunkt respektieren.

So träume ich von einer Bewegung,
● in der wir so sein können, wie wir sind; ● in der wir unsere Fähigkeiten entdecken, entwickeln und ausagieren können; ● die uns stützt, wenn wir Fragen oder Schwierigkeiten haben; ● die uns zum Nachdenken über uns selbst und die Gesellschaft anregt; ● in der wir unsere Behinderung und ihre Begleiterscheinungen als etwas Positives einbringen können; ● die uns eine Vision für eine bessere Zukunft gibt, für die sich unser Engagement lohnt; ● die uns Verantwortung abverlangt und ● auf die wir stolz sein können.

Vom Glauben an uns selbst

Unsere Geschichte ist davon geprägt, daß wir uns immer wieder in der Situation wiederfinden, in der wir hinter bereits vollzogenen Entwicklungen hinterherlaufen, -humpeln oder -rollen

oder das Schlimmste verhindern müssen - eine eindeutige Defensivposition. Sei es die Treppe vor einem neuen Gebäude, ein Pseudophilosoph, der unser Lebensrecht in Frage stellt, oder eine Pflegeversicherung, die unser Selbstbestimmungsrecht mit Füßen tritt und mühsam Erreichtes wieder bedroht - immer wieder müssen wir protestieren, demonstrieren und PolitikerInnen auf die Füße treten - gegen das herrschende System anrennen. Dies ist eine Rolle, aus der wir uns bei allen Träumereien auch in der Zukunft nie ganz herausstehlen können und die auch eine wichtige Funktion einer sozialen Bewegung darstellen muß.

Womit wir uns jedoch auseinandersetzen müssen, ist unser eigenes Image vom "Opfer der Nation", das in manchen Beschreibungen über uns zum Ausdruck kommt, wenn von den "Schwächsten der Schwachen" die Rede ist und das sich auch in unserer Bewegung widerspiegelt. Wenn wir uns selbst mehr damit befassen, wie wir von wem vereinnahmt werden könnten, anstatt gezielt darüber nachzudenken, wie wir uns bestimmte Entwicklungen und gesellschaftliche Gruppen für unsere Anliegen zu Nutze machen und wie wir uns gezielt und pragmatisch in die Politik einmischen können. Auch wenn wir uns krampfhaft darum bemühen, das Aktion Sorgenkind-Image abzuschütteln, zu zeigen, daß die sog. Schwächsten der Schwachen manchmal ganz schön auf die Pauke hauen können und daß wir mit uns in manchen Bereichen nicht scherzen lassen, heften wir uns zu oft bewußt oder unbewußt das Image derjenigen an, die kaum Einfluß haben. Auch wenn uns die herrschende Behindertenpolitik hin und wieder das Gruseln lehrt, unsere Kräfte begrenzt sind und wir uns zu Recht manchmal fragen, ob unsere Arbeit überhaupt einen Sinn hat, müssen wir erkennen, daß diese Behindertenpolitik nicht nur in den erlauchten Kreisen in Bonn, sondern auf den unterschiedlichsten und z.T. gut beeinflußbaren Ebenen gemacht wird. Dieser Politik sind wir häufig eben nicht hilflos ausgeliefert, sondern sie wurde von uns bereits erheblich mitgeprägt und ist in der einen oder anderen Form sogar von uns abhängig. Wenn wir nicht selbst an uns glauben und davon überzeugt sind, daß wir Veränderungen vorantreiben können, wer soll dies dann tun?

Sei es die Möglichkeit in Behindertengruppen oder -verbänden, in kommunalen oder landesweiten Gremien mitzuarbeiten, das gezielte Konfrontieren von PolitikerInnen mit unseren Forderungen, das baharrlichen Stellen von Fragen bei Veranstaltungen, das Engagement in Parteien oder Parlamenten oder schlichtweg die gezielte Entscheidung an der Wahlurne. Wir haben zwar nicht die totale Macht, aber einen gewissen Einfluß, der bei einem koordinierten Einsatz aller demokratischen Mittel zu einer großen Schlagkraft werden kann, wenn es uns gelingt, dies uns selbst, unseren behinderten MitstreiterInnen, ihren Freunden und Verwandten deutlich zu machen. Ein solches Engagement läßt sich nur schwer mit ständigen Endzeitvisionen und einer wenig Orientierung bietenden totalen Gesellschaftskritik fördern, denn weshalb sollte jemand den zum Teil jahrelang dauernden und häufig nervenaufreibenden Weg der Durchsetzung von Veränderungen im politischen Prozeß wählen, wenn stets suggeriert wird, daß die Uhr 5 vor 12 geschlagen hat. Wir müssen lernen, Leute zu motivieren, sich in den unterschiedlichsten Bereichen zu engagieren und sich gegenseitig die entsprechenden Bälle zuzuspielen. Sich von den Zuschauerrängen zu erheben und den Angriff zu beleben, so daß das Spiel endlich auch für uns spannend wird und wir mit dem Zählen unserer Tore beginnen können, statt stets über die Treffer der Anderen zu lamentieren. So wie eine Fußballmannschaft an den Sieg glauben und von sich überzeugt sein muß, um eine echte Chance zu haben, müssen auch wir den Glauben an uns selbst, unsere Bewegung und unsere Ziele finden und gezielt ausbauen. Vor allem müssen wir genauso wie die Fußballmannschaft lernen, unsere Siege zu erkennen - wenn sie auch noch so klein sind - und zu feiern, was bisher nicht gerade eine Stärke unserer Bewegung war. Denn für unsere vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten und die geringen Geldmittel, die uns zur Verfügung stehen, haben wir uns nicht nur so manches Lob verdient, sondern Spaß an unserer Arbeit bitter nötig. Auch wenn z.B. die Bewegung für ein Gleichstellungsgesetz noch längst nicht am Ziel ist, haben die letzten Jahre eindeutig gezeigt, welche Kraft und Verbindung in einem gemeinsamen Ziel steckt, für das es sich zu kämpfen lohnt und bei dem auch die kleinen Schritte als wichtig angesehen werden. Eine Vielzahl von Forderungen, die wir vor einigen Jahren noch nicht zu stellen gewagt haben, sind mittlerweile in greifbare Nähe gerückt.

Eine Bewegung, von der ich träume, muß demnach

● eindeutig herausarbeiten, für was wir eintreten ● woraus sich auch ergibt, gegen was wir kämpfen ● und dies positiv nach Außen verkaufen; ● an sich glauben und mit Stolz auftreten; ● sich erreichbare Ziele setzen, deren Erreichen gebührend gefeiert wird; ● Leute motivieren, sich dort für unsere Sache zu engagieren, wo sie sich wohlfühlen und glauben, am meisten erreichen zu können - auch wenn dies nicht in unseren eigenen Organisationen ist; ● ein Bindeglied für ein gemeinsames Vorgehen darstellen und ● zünftige Feten feiern, bei denen wir auch mal unseren kritischen Blick ablegen und viel Spaß haben können.

Führen und geführt werden

Was ich aus dem Amerikanischen mit dem Begriff des "leadership" ins Deutsche nur mit dem negativ behafteten Wort "Führung" übernehmen kann, ist - trotz aller negativen gedanklichen und historischen Verbindungen mit dem Wort "Führer" - ein Begriff und ein Aspekt, mit dem sich eine zukunftsweisende Bewegung auseinandersetzen muß. Ob es nun gewollt oder ungewollt, offen oder versteckt, gewählt oder per Zufall zustande gekommen ist, fast jede Gruppe, Organisation oder Bewegung - möge sie auch noch so basisdemokratisch organisiert sein - hat Führungspersönlichkeiten, also Menschen, die eine zentrale Rolle für die Weiterentwicklung einer Idee oder Bewegung spielen und durch Tat oder Wort eine zentrale Machtposition ausüben. Obwohl meist nicht ausgesprochen, hat auch die Behindertenbewegung eine Reihe von zentralen SpielerInnen, die Führungspositionen einnehmen oder denen Führungspositionen zugeschrieben werden - und muß diese auch haben, wenn sie handlungsfähig sein und etwas erreichen will. Sie übernehmen Verantwortung in Vorständen, leiten MitarbeiterInnen von Organisationen an, halten die Gruppen zusammen, führen Demonstrationen oder Diskussionen an, motivieren andere, etc. Wie in allen Bereichen machen auch in unserer Bewegung einige von ihnen ihre Aufgabe gut, andere weniger gut und manche geben bewußt oder unbewußt eine miserable Vorstellung - dies ist so und wird wahrscheinlich auch immer so sein.

Die Herausforderung für eine zukunftsweisende Bewegung besteht meines Erachtens darin, sich so viele Führungspersönlichkeiten wie möglich auszuwählen, zu Freunden zu machen und auszubilden, die zur ersten Kategorie, nämlich zu denjenigen zählen, die ihre Aufgabe gut erledigen und sich der Bewegung und den Menschen, die sich darin engagieren, verbunden fühlen. Diejenigen, die Führungspositionen einnehmen, aber auch diejenigen, die sich von anderen anführen und vertreten lassen, müssen sich über ihre Rolle und Verantwortung verstärkt bewußt werden und sich gezielt damit auseinandersetzen. Was in den USA durch leadership trainings - also in Ausbildungen zur Ausgestaltung von solchen Führungsrollen - im Behindertenbereich gezielt geschult wird, umfaßt eine Bandbreite von eben dieser Bewußtmachung der Rolle, die jemand in einer Organisation oder Bewegung einnimmt. Themen sind zum Beispiel die Frage, wie die Basis effektiv beteiligt werden kann, das Erlernen von Diskussionsstrategien bei Behörden, Geldgebern und PolitikerInnen sowie die Ausbildung zum besseren, ermächtigenden und verantwortungsvolleren Umgang mit Menschen. Auch wenn einige in unserer Bewegung Führungspersönlichkeiten strikt ablehnen, bin ich der Ansicht, daß wir viel zu wenige davon haben und auch in Deutschland gezielt an der Einbeziehung und Ausbildung weiterer Führungspersönlichkeiten arbeiten müssen. So wie wir uns über politische Inhalte die Köpfe heiß reden, müssen wir uns auch mit uns selbst beschäftigen und unsere Rollen, die wir spielen, klären und verbessern.

Wir brauchen eine Bewegung mit Führungspersönlichkeiten,

● die nicht an ihren Sesseln kleben und nur ihr eigenes Fortkommen im Kopf haben, sondern das Wohl der Bewegung; ● die ihr know how und ihre Erfahrung freimütig an andere Behinderte weitergeben, so daß diese selbst Erfahrungen sammeln, Verantwortungen übernehmen und in Führungspositionen nachrücken können; ● die menschlich sind und auch mit Menschen umgehen können und sich nicht von einem hohen Roß herab präsentieren; ● die sich Fachkenntnisse angeeignet haben oder gezielt aneignen und uns so qualifiziert wie möglich vertreten können; ● die in der Lage sind, Netzwerke aufzubauen und gezielt die richtigen Leute einzusetzen, um unsere Ziele zu erreichen; ● die im Kontakt mit der Basis stehen und wichtige Informationen weitergeben; ● die wissen, daß sie das, was sie für die Bewegung tun, auch für sich tun und nicht ständig mit dem Zeigefinger auf die vergleichsweise geringere Aktivität der anderen zeigen und ihnen die Keule des Sich-Schuldig-Fühlens zuwerfen; ● die auch Fehler machen und sich diese eingestehen können und ● die eine breite Anerkennung unter den MitstreiterInnen bzw. Mitgliedern genießen.

Führungspersönlichkeiten können immer nur dahin führen, wohin sich andere führen lassen - und das ist auch gut so. Hierbei erscheint es mir als besonders wichtig, daß die Tätigkeiten derjenigen, die sich aktiv engagieren, gewürdigt werden und nicht nur gewartet, wird bis jemand einen Fehler gemacht hat, um dann darauf herumzuhacken. So bin ich der Ansicht, daß jede/r in bestimmten Bereichen wichtige Rollen einnehmen kann, denn diejenigen, die beim Aufbau für eine Podiumsdiskussion Tische und Stühle umräumen, sich bei Veranstaltungen zu Wort melden und ihre Meinung oder Erfahrungen schildern oder Briefe an Abgeordnete schreiben, etc. sind genau so wichtige Bausteine unserer Bewegung wie diejenigen, die die großen Reden schwingen und die tollen Konzepte entwickeln. Dies zu erkennen und in der alltäglichen Arbeit im Kopf

600 g Auberginen	waschen, entstielen, vierteln, in etwa 1/2 cm dicke Scheiben schneiden
1 grüne und 1 rote Paprikaschote	halbieren, enstielen, entkernen, die weißen Scheidewände entfernen, die Schoten waschen, in breite Streifen schneiden
4 enthäutete Tomaten	vierteln
5 Eßl. Olivenöl	im offenen Schnellkochtopf erhitzen
2 Zwiebeln	abziehen, in Scheiben schneiden, darin andünsten, die übrigen Zutaten hinzufügen, mit
Salz, Pfeffer	würzen, den Schnellkochtopf schließen, garen lassen unter das gare Gemüse
1 abgezogene, zerdrückte Knoblauchzehe	
1 Eßl. gehackte Petersilie	rühren
Garzeit:	etwa 3 Minuten

Ratatouille
Auberginengemüse

zu behalten, ist meines Erachtens ein wichtiger Schlüssel für eine starke Behindertenbewegung.

Bildung, Bildung und nochmal Bildung

Unter dieses Motto läßt sich wohl die langwierigste und größte Aufgabe unserer Bewegung einordnen, nämlich unsere ständige Fortbildung und die unserer MitstreiterInnen. Wenn wir langfristig nicht auf dem Niveau und dem Personalstand von heute stehen bleiben wollen, müssen wir kontinuierlich und gezielt dafür sorgen, daß wir selbst mit unseren Aufgaben wachsen und fortgebildet werden. Vor allem muß neuen MitstreiterInnen die Möglichkeit gegeben werden, das notwendige know how zu erlernen, um unsere Bewegung und letztendlich die Behindertenpolitik mitzuprägen. Dies wird durch die Durchführung von Seminaren, Tagungen etc. zwar schon seit längerem auf den unterschiedlichsten Ebenen praktiziert, doch ist es notwendig, daß diese Angebote systematischer vorangetrieben werden. Die ersten Erfahrungen des 1992 gegründeten Bildungs- und Forschungsinstituts zum selbstbestimmten Leben Behinderter - bifos - zeigen nicht nur, wie gefragt solche Angebote sind, sondern vor allem, welches Potential an MitstreiterInnen für unsere Bewegung noch brach liegt, das durch die Vermittlung von know how und Selbstvertrauen gestärkt und aktiviert werden kann. Ein breites, gut organisiertes und solide finanziertes Bildungsangebot, das von Behinderten für Behinderte betrieben wird, ist meines Erachtens ein Traum, dessen Umsetzung machbar ist.

Diese Fortbildung darf jedoch nicht nur im Rahmen von formellen Seminaren stattfinden, zu denen ohnehin nur diejenigen kommen, die sich schon für die Bewegung interessieren, sondern sie muß von uns tagtäglich an den unterschiedlichsten Orten stattfinden. Ob es Gespräche am Rande von Veranstaltungen, Treffen beim Behindertensport, Diskussionen an der Uni oder Freizeitaktivitäten sind, hängt es entscheidend davon ab, in wieweit wir bereit sind, auf andere Behinderte zuzugehen, ihnen zuzuhören und sie zu unterstützen. Wenn wir diese Offenheit zeigen, werden sich auch mehr Behinderte unserer Bewegung zugehörig fühlen und bereit sein, ihr Wissen und ihre Erfahrungen auch an andere Behinderte weiterzugeben. So hat sich die Beratung von Behinderten für Behinderte - Peer Counseling -, die in den Zentren zum selbstbestimmten Leben Behinderter praktiziert wird, zu einem wichtigen Instrument der Ermächtigung und Befähigung Behinderter entwickelt, das ausgeweitet und meines Erachtens viel breiter definiert und betrieben werden muß. Fast alle, die sich heute in der Behindertenbewegung engagieren, haben selbst immer wieder die Erfahrung gemacht, wie wichtig es ist, von anderen mit Rat und Tat unterstützt zu werden. Genau von dieser gegenseitigen Hilfe lebt diese Bewegung.

So träume ich von einer Bewegung,

● die über ein breites Netz von Zentren zum selbstbestimmten Leben Behinderter verfügt, die nicht nur unterstützend tätig sind, sondern auch politische Keimzellen der Behindertenbewegung darstellen; ● die ihre MitstreiterInnen unterstützt und für Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen und Problemen offen ist; ● die über ein breites und gut koordiniertes Bildungsangebot verfügt und ● deren MitstreiterInnen sich über ihre Verantwortung und Unterstützungsmöglichkeiten anderen Behinderten gegenüber bewußt sind.

Gut geplant ist halb gewonnen

Wer den Weg gut plant hat auch gute Chancen am Ziel anzukommen. Diese Weisheit, trifft nicht nur für eine Wanderung, sondern für viele Bereiche des Lebens und erst recht für unsere Bewegung zu. Allzu oft sind unsere Aktivitäten zu planlos, zu wenig koordiniert und nicht zielorientiert genug. Dies ergänzt durch Streitereien, warum etwas so und nicht anders gemacht wurde, kann sehr leicht zu Unzufriedenheiten und schlechten Erinnerungen führen, die alles andere als motivierend für eine weitere und selbstbewußte Arbeit sind. Wenn wir eine erfolgreiche Bewegung vorantreiben wollen, müssen wir konkrete Strategien entwickeln, die leistbar, effektiv und erfolgversprechend sind, Strategien, die die Stärken der verschiedenen Teile unserer Bewegung mit einbeziehen und mobilisieren, aber auch spontane Aktionen einbeziehen.

So wichtig die Demonstrationen und Protestaktionen auch sind, die sich die Behindertenbewegung mit Stolz auf die Brust heftet, so sehr verpassen wir oft die Chance, diese z.T. sehr gelungenen Aktivitäten mit einer gezielten und erfolgversprechenden Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit zu verbinden und den direkten Kontakt mit Entscheidungsträgern zu suchen. Wir müssen lernen, unsere Strategie breiter anzulegen und nicht nur auf die Kräfte zu setzen, die auf die Straße gehen, sondern auch mit denen zusammenzuarbeiten, die in der Verwaltung, der Politik, anderen Verbänden bzw. Bewegungen oder der Wirtschaft engagiert sind und diejenigen besser kennen oder beeinflussen können, die oder deren Verhalten wir kritisieren. Eine Bewegung, die die sich gesteckten Ziele erreichen will, kann nicht nur gegen das System anrennen, sondern muß dieses System gezielt unterwandern, mitgestalten und sich zugunsten der Verbesserung der Situation Behinderter zu Nutze machen. Wir müssen daher lernen, über unseren Tellerrand hinaus zu schauen und uns Bündnispartner zu suchen, mit denen wir zusammenarbeiten können und die bereit sind, unsere Ziele zu unterstützen, um mit ihnen gemeinsam auf den unterschiedlichen Ebenen und mit den unterschiedlichsten demokratischen Mitteln vorgehen zu können. Die hoffentlich bald bevorstehende Gründung eines deutschen Behindertenrates, die Kampagne "Behinderte in die Parlamente", die Durchführung von Protesttagen und die breite Kampagne für die Gleichstellung Behinderter dürfen wir nicht als Zuschauer an uns vorbeiziehen lassen, sondern müssen wir aktiv mitprägen, wenn wir am Ball sein und die Politik auf breiter Ebene mit beeinflussen wollen. Dabei müssen wir jedoch stets im Auge behalten und respektieren, aus welcher Richtung die einzelnen Personen, mit denen wir zusammenarbeiten, kommen, welche Aktivitäten diese bereit sind, mitzutragen bzw. mittragen können, wo ihre Stärken liegen und wie weit wir mit ihnen zusammenarbeiten können.

So wünsche ich mir eine Bewegung,

● die schnell und gezielt agieren kann; ● die sich hohe Ziele steckt, die sie auch erreichen will und ● die pragmatisch im Sinne der Betroffenen agiert. ● die ihre Stützpunkte und Informanten in den Parlamenten hat; ● die sich bis in die letzte Verwaltung erstreckt;

Vom Wissen, was gespielt wird

Die Verbreitung von Informationen war und wird wahrscheinlich auch stets eins der schwierigsten Unterfangen unserer Bewegung darstellen. Während Behindertenzeitschriften wie die randschau wichige Kommunikationsmittel darstellen, um Diskussionen zu bestimmten Themen voranzutreiben und den einen oder anderen Veranstaltungstip zu geben, laufen viele Informationen, die eigentlich wichtig für uns wären, an uns vorbei oder erreichen uns zu spät. So wie dies in anderen Bereichen geschieht, müssen auch wir uns ernsthafte Gedanken darüber machen, wie wir unsere Kommunikation verbessern können.

Gerade im Zeitalter der zunehmenden Computerisierung träume ich davon, daß auf dem, vom amerikanischen Vize-Präsidenten Al Gore schon seit längerem propagierten "Information Highway" auch endlich eine Ausfahrt zu unserer Bewegung gebaut wird. Immer mehr bewegte Behinderte haben damit begonnen, die vorurteilsbehaftete Scheu vor dem Computer abzulegen und neue Jagdgründe für die Verbreitung ihrer Informationen und Ideen zu suchen und sind dabei auf Systeme wie die elektronische Datenübertragung (electronic Mail) oder den Bildschirmtext (BTX) gestossen. Heute zu wissen, wo morgen eine Demonstration stattfindet, einen Formbrief an PolitikerInnen oder einen interessanten Artikel zur Behindertenpolitik zu lesen oder mit einem Tastendruck Informationen an hunderte von Interessierte zu versenden, ist im Rahmen der elektronischen Datenübertragung mittlerweile genau so möglich, wie sich schnell, relativ billig und unkompliziert Briefe von einem Kontinent zum Anderen einfach via Computer zu schreiben. Derartige Systeme müssen von uns verstärkt genutzt werden, um einen breiten Informationsaustausch aufzubauen, der uns ein schnelleres, einfacheres und gezielteres Handeln ermöglicht. Hierbei muß sichergestellt sein, daß diejenigen, die nicht das Geld, das Geschick oder das Interesse haben, sich mit dieser Technik auseinanderzusetzen, nicht vom immer rasanter fahrenden Zug des Informationsaustauschs abgehängt werden.

Laßt uns über Geld reden

Im Gegensatz zu den meisten traditionellen Trägern in der Behindertenarbeit und -politik bestand der Weg der Behindertenbewegung meist darin, daß wir eine Idee hatten und damit begannen, diese umzusetzen, auch wenn es hierfür kein oder nur wenig Geld gab. Die anderen Träger begannen meist erst mit der Umsetzung, wenn sich irgendwo Geldtöpfe für sie öffneten. Diese Herangehensweise, durch die wir viele neue Konzepte, die mittlerweile auch in der deutschen Behindertenarbeit

salonfähig geworden sind, konsequent vorangetrieben haben, wie z.B. die Persönliche Assistenz, die Zentren zum selbstbestimmten Leben Behinderter, das Peer Counseling etc., hat uns jedoch immer wieder dazu geführt, daß die Geldbeschaffung für unsere Projekte trotz ständiger Krisensituationen viel zu kurz kam. So ist es uns auch noch nicht gelungen, entscheidende und längst überfällige Veränderungen in der Art und Weise, wie das Geld in der Behindertenarbeit und -politik ausgegeben wird, zu bewirken. Die Aktion Sorgenkind sammelt ihr Geld noch genau so erfolgreich wie eh und je und hat mit ihrem Mitleidsgetue die 2 Milliarden-Grenze längst überschritten, die Wohlfahrtsverbände teilen die Moneten immer noch stillschweigend untereinander auf und die Regierungen entscheiden noch wie eh und je nach Gutdünken, wer wieviel Mark bekommt, ohne daß wir dabei eine entscheidende oder auch nur nennenswerte Rolle spielen.
Mit der Gründung des Förderfonds "Sozialsteuer zum selbstbestimmten Leben Behinderter" haben wir nicht nur begonnen, Geld für die Bewegung zu beschaffen und gezielt UnterstützerInnen zu werben, sondern uns auf den Weg radikalen Umdenkes in Sachen Geld zu begeben. Wenn wir langfristig wirklich etwas auf breiter Ebene bewirken wollen, müssen wir uns schnurstraks an die Geldtöpfe ran machen und unsere Ansprüche auf die Förderung eines selbstbestimmten Lebens und von Projekten von Behinderten unüberhörbar formulieren. Sprüche wie "Keine Mark für die Aussonderung" oder "Ihr geht über Leichen", wie sie die amerikanischen Heimbetreiber mittlerweile von den dortigen Behinderten bei Demonstrationen und Blockaden ihrer Einrichtungen zu hören bekommen, müssen auch den letzten Heimbetreibern in Deutschland Angst und Schrecken einjagen und diese endlich in die Defensive gegenüber unserer Forderung nach einem selbstbestimmten Leben bringen.

So träume ich von einer Bewegung,

● die sich gezielt mit der Vergabe der Mittel im Behindertenbereich beschäftigt; ● die der Aktion Sorgenkind so lange auf die Füße tritt, bis diese ihren Laden dicht macht, die Sendezeiten an uns abtritt und diese so für die Verbreitung unseres Images von Behinderung zur Verfügung stehen; ● für die Milliarden in den Sozialsteuerfonds fließen, die gezielt für die Förderung der Selbstbestimmung und den Umbau dieser Gesellschaft eingesetzt werden können; ● in der es nur so von behinderten FinanzexpertInnen wimmelt, die bereit sind, ihr know how an neue Projekte weiterzugeben; ● in der wir endlich die Leute anstellen und auch anständig bezahlen können, die dies schon längst verdient haben und im Sinne unserer Bewegung arbeiten und ● in der wir über Projekte verfügen, die auf wirtschaftlichen Grundsätzen basieren und Behinderte zu anständigen Löhnen und Bedingungen beschäftigen, wie dies z.B. gegenwärtig mit dem Aufbau eines Gästehauses in Erlangen geplant wird, etc. etc.

Wir sind die Zukunft

Auch wenn wir zukünftig nicht all das erreichen werden, was wir uns wünschen, müssen wir uns darüber im Klaren sein, daß es ganz entscheidend von uns abhängt, wie wir die Zukunft unserer Bewegung gestalten. Jeder und jede Einzelne ist hierbei wichtig! So hoffe ich, daß dieser Artikel einen kleinen Beitrag zur Diskussion über unsere Zukunft darstellt und hoffentlich eine breite Diskussion auslöst, auf die ich mich bereits jetzt freue.

OTTMAR MILES-PAUL, KASSEL

Zur Besinnung, Leute, zur Besinnung!

Von all meinen Eigenschaften durchdringt keine mich so wie meine Behinderung. Alles was ich tue und denke, wird von ihr mitbestimmt. Wohin ich auch komme, sie ist schon da. Sie ist mir die Innigste.

Wie ein Donnerschlag kam sie über mich, und - fürwahr - ich habe sie nicht gewollt. Keiner wollte sie. Viele boten sich an, mir zu helfen, "damit fertig zu werden". Einen riesigen Rehabilitationsapparat fand ich vor, der mir helfen sollte, meine Behinderung zu überwinden. Zu Behindertensport riet man mir, um meine Behinderung zu kompensieren.

Wie sollte ich mit einer so ungeliebten Eigenschaft leben? Mußte sie mir nicht - dominant wie sie ist - meine ganze Persönlichkeit entwerten? Wie ein Gift? Mein Selbstbewußtsein töten, jeden Keimling ersticken? Einer mußte sie lieben. Wenigstens einer. Nur wer?
Vielleicht ich? Zuerst ich. Ich sah genauer hin. Sie war wirklich nicht nur schlecht, und - tatsächlich - sie wurde mir zur Freundin.
Unser Verhältnis ist durchaus gespannt. Oft hindert sie mich, Dinge zu tun, die mir wichtig sind. Dann schreie ich sie an. Sie bleibt ruhig. Sie ist die stärkere. Ich hasse sie dafür.
Doch im nächsten Spiegel sehe ich: Sie gehört zu mir. Sie ist ein Teil von mir. Wer sie beleidigt, beleidigt mich. Wie oft habe ich mich auf der Straße für sie schon geprügelt.
Auch sie hat viel für mich getan. Mit Ausdauer hat sie mich gedrängt, Dinge anzusehen, nicht alles zu glauben. Sie hat mich gezwungen, Widerstand zu leisten. Sie hat mir schmerzlich gezeigt, wie gut es ist, jeder These erstmal eine Anti-These entgegenzustellen. Ja, sie hat mich gelehrt zu denken, zu kämpfen, zu siegen und verlieren zu können. Durch sie bin ich aus der Masse herausgetreten und etwas Besonderes geworden.
Manchmal schreibe ich ihr Liebesgedichte dafür - nicht ohne sie in der nächsten Stunde schon wieder zu hassen. Wir beide werden so wohl den Rest unserer Tage verbringen.
Behinderte haben es wesentlich schwerer, sich mit ihrer stigmatisierenden Eigenschaft zu versöhnen, als alle anderen diskriminierten Gruppen. Bei Frauen, Farbigen, Homosexuellen sind es die gesellschaftlichen Zuschreibungen, die sie einschränken. Bei uns kommen die tatsächlichen persönlichen Einschränkungen durch die Behinderung dazu. Black is beautiful, schwul-sein ist schön. Solche Leitsätze sind uns nicht möglich. Behindert-sein ist nicht schön, aber auch nicht nur Leiden.
Frauen, Schwarze, Schwule und Lesben haben es geschafft, eine positive Gegenkultur zu leben und sich eine begehrenswerte Alternativ-Identität zu entwerfen. Wir nicht. Auch nicht in mehr als 15 Jahren emanzipatorischer Behindertenbewegung. Eine positive Identifikation mit unserer Behinderung scheint zu schwer. So schwer, daß ich immer wieder in Reden und Texten namhafter Behinderter ganz deutlich den Versuch erkenne, an irgendeiner anderen positiven Gruppenidentität teilzuhaben, sich in irgendeine andere begehrenswerte Alternativkultur zu mogeln. Ein behinderter Linker, der eben eher Linker ist als ein Behinderter. Eine behinderte Frau, die eben eher Frau ist und dann Behinderte. Letztlich sogar "der behinderte Mensch", der wenigstens noch Mensch ist wie alle und das auch noch betonen muß. Nur, damit das Stigma wenigstens vom Substantiv zum Attribut absteigt. Es soll nicht mehr substantiv erscheinen, nur noch eben so beigefügt.
Zur Besinnung, Leute, zur Besinnung! Wir sind Behinderte, und das ist nicht nur schlecht! Dessen brauchen wir uns nicht zu schämen! Nur weil das die Rollenzuschreibungen der nichtbehinderten Menschen, der nichtbehinderten Feministinnen, der nichtbehinderten Linken nicht erfassen, müssen wir nun aber auch nicht so tun, als bedeute Behindert-sein nicht auch Leiden. Bei Aiha Zemp zum Beispiel lese ich (Barwig/Busch - "unbeschreiblich weiblich" - Seite 92), Leid sei eine Projektion, die wie Pech und Schwefel an uns klebe, Leid sei ein stigmatisierendes Anhängsel, von dem wir uns - und das ist der schlimme Rat - "zu reinigen" hätten. Wie sollen wir uns so mit den einschränkenden, oft Leid erzeugenden Aspekten unserer Behinderung versöhnen?

Neben all der Gegenwehr gegen die gesellschaftlichen Diskriminierungen, neben all den Kämpfen gegen die gesellschaftliche Minderbewertung steht nun wieder an, den eigenen, den inneren Minderbewertungen zu begegnen. Wie das die Krüppelbewegung in den Anfängen getan hat. Leider nur, um nach ersten Versuchen schnell die Flucht in der politischen Aktion zu suchen. Einige wenige Aktive besinnen sich wieder auf Selbsterfahrung, und auch in der randschau lese ich vermehrt Persönliches, in dem Leiden und Verwirrung durch Behinderung geoutet wird.

Der Anspruch, die Bewegung solle nun quasi geschlossen in die Selbstbegegnung abtauchen, wäre völlig fatal und unsinnig. Aber hier und da und zwischen all der Anti-Eugenik, Selbstbestimmt-Leben-Beratung und Anti-Diskriminierung laßt uns zur Ruhe kommen. Laßt uns unser eigenes Menschenbild hinterfragen, unsere Ideale. Laßt uns unsere zwangfreien Liebenswürdigkeiten entdecken und - wo das nötig ist - auch trauern. Emanzipation nur im Kampf gegen die Entwertungen von außen ist nicht möglich. Nur so werden wir gewiß eine eigene positive Identität aufbauen können als Behinderte, als Behinderte.

LOTHAR SANDFORT, TREBEL

Ein Hauch von Utopie

Das Krüppelforum ist weniger tot als manche glauben möchten

In schöner Regelmäßigkeit wird das Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen rhetorisch zu Grabe getragen; es hat sich wahlweise "überlebt", "dümpelt vor sich hin" oder ist "in der Bedeutungslosigkeit verschwunden". Die Grabreden auf das Forum werden fast immer von Leuten gehalten, die seit mindestens drei Jahren dort nicht mehr gesichtet worden sind, und so mag es sich oftmals auch um einen Akt der persönlichen Vergangenheitsbewältigung handeln.

Richtig ist: Das Krüppelforum ist nicht mehr das, was es einmal war (wenn es denn tatsächlich so war; ich persönlich bin auf die Erzählungen derer angewiesen, die damals schon dabei waren). Es schleppt in seinem Namen und seiner Geschichte die Erinnerung an bessere Zeiten herum, als Kristallisationskern einer Bewegung, die es heute in dieser Form nicht mehr gibt. Es wird an seinem Mythos gemessen und muß an diesem Anspruch scheitern, denn die Basis seiner früheren Funktion - eine Vielzahl von lokal verankerten Gruppen mit ähnlicher Zielsetzung - existiert nicht mehr. Das Krüppelforum ist deshalb auch nicht mehr ein Netzwerk von Initiativen, sondern ein Zusammenschluß von Einzelpersonen. Das ist die logische Folge der zunehmenden Ausdifferenzierung innerhalb der Szene, in deren Verlauf das Krüppelforum selbst zur Fraktion geworden ist. Es ist ein bundesweiter Zusammenhang unter anderen, der sich durch eine bestimmte Arbeitsweise und einen eigenen politischen Ansatz auszeichnet.

Hier soll davon die Rede sein, was das Krüppelforum sein **kann** und in seinen besten Momenten auch ist. Denn basisdemokratischer Anspruch und der Verzicht auf jegliche Professionalisierung bringen es mit sich, daß das Forum nur einen Rahmen bieten kann, der von konkret handelnden Personen immer neu gefüllt werden muß. Das gelingt einmal mehr, einmal weniger und schließt die Gefahr von Frust und Leerlauf ebenso ein wie die Aussicht auf unerwartete Aha-Erlebnisse. So ist das Krüppelforum, wie es sich heute darstellt, eine zuweilen irritierende Mischung aus Selbsterfahrungsgruppe, politischer Bildungsveranstaltung und intellektuellem Debattierzirkel. Es ist jedoch noch mehr: der Versuch nämlich, etwas von der Erkenntnis, daß das Private immer auch politisch ist, in die 90 er Jahre hinüberzuretten. Der Zugang jedes und jeder Einzelnen zur Behindertenpolitik, der immer ein sehr persönlicher ist, wird im Krüppelforum so ernst genommen wie vielleicht nirgendwo sonst. Weil hier niemand seine Subjektivität verleugnen muß, ist es oft auch möglich, über Themen zu reden, die andernorts tabuisiert sind, wie etwa unsere eigenen verinnerlichten Normalitätsideale (und sei es am Abend beim Bier).

Daß dies möglich ist, hat sicher mehr mit persönlicher Sympathie zu tun, als mit zielgerichteter Planung; denn natürlich ist das Krüppelforum auch eine Familie mitsamt der dazugehörenden neurotischen Beziehungsstrukturen (es gibt auch ein Familienalbum - wir fotografieren uns gegenseitig, und alle dürfen mal was dazu schreiben. Das Resultat hält die geneigte Leserin und der werte Leser in Händen). In Zeiten eines allgemeinen Utopieverlustes kann das Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen ein Ort sein, um Vorstellungen von einer solidarischen politischen Praxis zu entwickeln und diese auch im persönlichen Umgang ein Stück weit zu leben. Darin ist das Krüppelforum ein Gegenentwurf zur um sich greifenden Professionalisierung der Behindertenszene mit ihrem Dogma der "Sachlichkeit" und ihrer unhinterfragten Anpassung an etablierte Politikrituale.

Wer dem Krüppelforum gerecht werden will, darf es nicht an seiner unmittelbaren Außenwirkung messen. Für mich jedenfalls liegt die Bedeutung des Forums - vielleicht sogar seine Existenzberechtigung - gerade darin, daß hier ohne Erfolgsdruck diskutiert werden kann. Der bewußte Verzicht auf eine strikte Ergebnisorientierung bietet die Chance zur Reflexion und erlaubt ein größeres Maß an inhaltlicher Radikalität - Qualitäten, die den Resten der Behindertenbewegung verlorenzugehen drohen. Bei der als Pragmatismus getarnten Theoriefeindlichkeit von weiten Teilen der Szene gerät, wer sich mit den Grundlagen politischer Arbeit beschäftigt, schnell in den Verdacht des Sektierertums. Das Krüppelforum wird mit diesem Vorwurf leben müssen.

Am Beispiel der Diskussion um den Zusammenhang von Behindertenfeindlichkeit und Rassismus wird die Wichtigkeit einer vertiefenden Auseinandersetzung deutlich. Es geht z.B. darum, theoretische Zugänge und Begrifflichkeiten, die in der Regel von Nichtbehinderten erarbeitet wurden, an unserer Lebensrealität zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Diese Art von Theorieaneignung findet im Krüppelforum immer wieder statt - oft unstrukturiert und manchmal chaotisch, und trotzdem erstaunlich kreativ. Hier findet sich auch die Bereitschaft, sich mit den realen gesellschaftlichen Bedrohungen tatsächlich auseinanderzusetzen. Die von manchen Trendsettern geschürte Illusion einer machtvollen Bewegung, die uns auf geradem Weg ins Krüppelparadies führt, erfährt im Forum eine heilsame Ernüchterung. Das ist manchmal schmerzhaft, fördert aber die realistische Einschätzung der Bedingungen, unter denen wir leben und Politik machen.

Von manchem, was hier erarbeitet wird, kann die Behindertenszene durchaus profitieren - vorausgesetzt, sie nimmt es zur Kenntnis. Das setzt allerdings voraus, daß das Forum Wege findet, seine Arbeitsergebnisse tatsächlich auch öffentlich zu machen, denn zu oft wird die Weitergabe von wichtigen Papieren etc. dem Zufall überlassen. Auf diese Weise werden Chancen vertan, Diskussionen in größerem Rahmen weiterzuführen und ganz nebenbei dem Forum einen Ruf zu verschaffen, der der geleisteten Arbeit entspricht. Was die Selbstdarstellung betrifft, kann das Krüppelforum von Organisationen wie ISL einiges lernen. Nicht immer jedoch ist derartige Öffentlichkeitswirkung wünschenswert, denn viele der wichtigsten Debatten sind nur möglich mit der Sicherheit, daß nicht alles Gesagte am nächsten Tag als Presseerklärung über den Ticker, pardon: durch das eMail-Netz geht. Hier ist das Eingeständnis von Ambivalenzen oder auch von Ratlosigkeit erlaubt, und das ist nicht immer für die Öffentlichkeit bestimmt.

Das Krüppelforum eignet sich schon aufgrund seiner lockeren Struktur nicht als Instrument für Machtpolitik; es verfügt nicht über die Mittel, um die Pflegeversicherung zu verhindern oder ein Gleichstellungsgesetz durchzusetzen. Was das Krüppelforum leisten kann (zumindest dann, wenn es seine Möglichkeiten besser als bisher nutzt), ist inhaltliche Zuarbeit für AktivistInnen vor Ort, sind Ideen für Aktionen (Beispiel: die Spontandemo gegen die Pflegeversicherung im Herbst 93 am Brandenburger Tor) und die Organisation von Debatten, die sonst auf die WG-Küche beschränkt blieben.

Ich wünsche mir, daß das Krüppelforum die voreiligen Nachrufe gelassen zur Kenntnis nimmt und sich in seiner notwendigen Standortbestimmung nicht vom Mythos der Gründerzeit mit seinen heute unrealistischen Erwartungen beeindrucken läßt. Außerdem wünsche ich mir, daß es auch weiterhin seine Wichtigkeit nicht an der Zahl der Presseerklärungen mißt, sondern an der Qualität seiner Debatten; und daran, ob in der Art, wie wir miteinander politisch arbeiten, ab und zu ein Hauch von Utopie sichtbar wird.•

THOMAS SCHMIDT, MÜNCHEN

Gedanken zum bundesweiten Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen

Ich bin relativ neu in der Szene. Nur durch Zufall (durch einen Vortrag, den Anneliese Mayer in Würzburg hielt) habe ich 1991 Kontakt zum Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen bekommen. Bei den ersten Wochenendtreffen war es für mich teilweise sehr verwirrend, 'tausende' mir unbekannte Wörter und Abkürzungen zu hören - ich wollte ja nicht andauernd nachfragen - und in einen Diskussions- und Gruppenprozeß einzusteigen, der schon jahrelang im Gange war. Dennoch machte ich die Erfahrung, daß es mir im Vergleich zu anderen Gruppen relativ rasch gelang, 'dabei zu sein' und 'dazu zu gehören'. Vor diesem Hintergrund möchte ich einige Gedanken über das Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen formulieren und innerhalb des Forums bzw. der gesamten Szene diskutiert wissen:

Ein Kristallisationspunkt der Behinderten- bzw. Krüppelbewegung ist sicherlich das Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen, das sich alle 2-3 Monate trifft. Zur Zeit umfaßt der Verteiler ca. 100 Adressen und somit nur einen Teil der behindertenpolitisch Aktiven; zu den Wochenendtreffen kommen jedoch nur ca. 30 Leute, davon viele nur sporadisch. Wie bei so vielen Gruppen fehlt der Nachwuchs. So haben wir festgestellt, daß das Durchschnittsalter inzwischen ziemlich deutlich über die 30er-Marke geklettert ist.
Woran mag es liegen, daß das Forum nicht mehr - wie es einst wohl gedacht war - *der* Kristalisationspunkt und *das* Sprachrohr unserer Bewegung ist? Warum fehlen neue Gesichter, obwohl die Probleme, die in Angriff genommen werden müssen, sicher nicht weniger geworden sind? - Eine Antwort auf diese Fragen habe ich natürlich auch nicht. Ich möchte aber zwei Aspekte näher beleuchten, deren Thematisierung bei der Suche nach einer Antwort weiterhelfen können.

Zum einen möchte ich hier die unterschiedlichen Ansprüche und Erwartungen, die der/die Einzelne an die Wochenenden hat, benennen; sie müßten m. E. innerhalb des Forums thematisiert werden. Idealtypisch glaube ich die TeilnehmerInnen an unseren Treffen grob in drei Gruppen mit verschiedenen Erwartungshaltungen einteilen zu können:

- Die einen sind an ihrem Wohnort in keiner Krüppelgruppe eingebunden und wollen die Wochenendtreffen schwerpunktmäßig dazu nutzen, Kontakte zu knüpfen, um sich über alltägliche Sorgen bzw. Probleme auszutauschen und sich bei anderen Rat zu holen. (Wie groß dieses Bedürfnis ist, merkte ich bei dem Treffen im Februar, wo hierfür breiterer Raum als gewöhnlich gelassen wurde.)
- Andere sind primär daran interessiert, auf politischer Ebene zu diskutieren, um Argumente und Gegenargumente in ihre Gruppen am Wohnort hineinzutragen und/oder um für sich hieraus Konsequenzen für das weitere eigene Engagement zu ziehen.
- Wieder andere erheben den Anspruch, die Leute des Forums sollten Aktionen planen und durchführen, die Ergebnis eines vorangegangenen Diskussionsprozesses sind, der außerhalb des Forums in anderen Zusammenhängen geführt wird bzw. geführt worden ist. Aus diesen Leuten entstand - so habe ich mir sagen lassen - die 'Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben'.

Zwangsläufig treten Spannungen zwischen diesen imaginären Gruppen auf, die viele dadurch lösen, daß sie nicht mehr nach Melsungen kommen.

Auf einer anderen Ebene tauchen immer wieder Konflikte auf, die dadurch resultieren, daß einige die Treffen auf sich zukommen lassen, ohne sich selber über den möglichen Ablauf Gedanken zu machen; sie scheinen sich nicht im ausreichenden Maße darüber bewußt zu sein, daß das Forum keineN 'LeiterIn' hat. So bleibt die Vorbereitungsarbeit meist an wenigen hängen, die hierüber verärgert sind und sich unfreiwillig in die Rolle von 'Animateuren' hineingedrängt fühlen.

FORUM
DER
KRÜPPEL- UND
BEHINDERTEN-
INITIATIVEN
IN DER AG SPAK

Zum zweiten wird mir immer wieder bewußt, daß das Forum, wie übrigens auch die IsL, die Probleme nur einer Teilgruppe behinderter Menschen abdeckt: die der (westdeutschen) behinderten Menschen mit relativ hohem Bildungsgrad, also einer elitären Gruppe. Die Themen, die auf unseren Treffen behandelt werden, spiegeln dies wider.

- Nicht ohne Grund sind ostdeutsche behinderte Menschen nur sehr sporadisch auf den Treffen vertreten. Sie haben - teilweise ganz existenzielle - Probleme und Fragen, die in der Vergangenheit von der westdeutschen Mehrheit der ForumsteilnehmerInnen oft geflissentlich übergangen wurden, sei es, weil 'wir' diese Themen vor fünf oder zehn Jahren erörtert haben, sei es, weil 'West'-Themen (z. B. die Diskussion über die theoretischen Grundlagen der Behindertenfeindlichkeit - ist es Rassismus oder Biologismus?) für die Mehrheit der TeilnehmerInnen interessanter sind.
- Themen, die MitarbeiterInnen einer WfB betreffen, werden höchstens sporadisch behandelt, weil diese eben die weit überwiegende Mehrheit nicht betreffen.
- Viele behinderte Menschen leben auch heute noch in Heimen. Auch wenn sie vom Forum wüßten und Interesse an einer Teilnahme an unseren Treffen hätten, fehlte vielen von ihnen die Möglichkeit, nach Melsungen zu kommen, da sie über keine eigene Assistenzperson verfügen.
- Auch körperlich sehr stark eingeschränkte Menschen fehlen! Wir treffen uns zwar in behindertengerechten Räumen, jedoch ist für viele der Weg nach Melsungen (wo wir uns meistens treffen) zu beschwerlich. Ich denke dabei insbesondere an eine E-Rollstuhlfahrerin, die kein eigenes Auto besitzt und daher die allergrößten Schwierigkeiten hat(te), nach Melsungen zu kommen, geschweige denn am Sonntag (!) von dem kleinen Städtchen Melsungen wieder wegzukommen.

Ich bin, wie gesagt, mittlerweile schon zu sehr in die Strukturen des Forums eingebunden, um sagen zu können, wie das Forum (heutzutage) auf Außenstehende bzw. Neueinsteiger wirkt. Interessant wäre für mich zu erfahren, was der Grund jeder/jedes Einzelnen, der regelmäßig die Einladungen zugeschickt bekommt, ist, nicht auf unsere Treffen kommt. Auf Reaktionen auf diesen Artikel bin ich gespannt!

MARTIN SEIDLER, MANNHEIM

Szene behinderter Frauen

Zum Schwerpunkt dieser randschau-Ausgabe berichten wir mit drei Beiträgen über die Szene/Bewegung behinderter Frauen. Dabei wird Birgit Schopmans einen Überblick darüber geben, was sich bis heute getan hat, seitdem vor über zwölf Jahren erstmals ein Zusammenschluß von Frauen mit Behinderung zu Stande kam. Im Anschluß daran gibt Anneliese Mayer aus der Perspektive einer langjährigen Aktivistin eine persönliche Einschätzung unseres Kampfes gegen Ignoranz und Mißstände, die uns als Frauen mit Behinderungen das Leben nicht gerade erleichtern. Johanna Krieger aus Hamburg thematisiert mit einem Thesenpapier das (Nicht)-Verhältnis von Krüppelfrauen- und (Krüppel)Lesbenszene.

Die Bewegung aus der Bewegung

Transparent auf dem Europaweiten Protesttag 1993

Die Wurzeln der Selbsthilfebewegung behinderter Frauen sind bis in die Behindertenbewegung zurückzuverfolgen. Als 1981 mittels eines Krüppeltribunals - als eine der Aktionen gegen das Uno-Jahr der Behinderten - Menschenrechtsverletzungen an Behinderten angeklagt wurden, fanden erstmals bundesweit behinderte Frauen zusammen. Dort machten sie zusätzliche Diskriminierungen als Frauen mit Behinderung öffentlich, die an Punkten wie Schönheitsideal, § 218, Vergewaltigung und Gynäkologie verdeutlicht wurden.

Im Anschluß daran gründeten sich in mehreren Städten Krüppelfrauengruppen. In Marburg fand 1982 das erste bundesweite Krüppelfrauentreffen statt. Aus diesem Treffen ergaben sich zwei Interessensrichtungen. Die einen wollten sich in Zukunft um Selbsterfahrungen kümmern, die anderen eher um politische bzw. öffentliche Dinge.

Literatur

In der Zeit, als sich die ersten Zusammenschlüsse behinderter Frauen bildeten, erwachte auch langsam ein öffentliches Interesse an der Situation behinderter Frauen. Zuvor bezogen sich z.B. Veröffentlichungen über Behinderung wie selbstverständlich nur auf die Biographien männlicher Behinderter, die anscheinend für alle Menschen mit Behinderung zutreffen sollten. Erst seit Anfang der 80er Jahre entstanden vermehrt autobiographische Berichte und wissenschaftliche Arbeiten von, für und über behinderte Frauen. Dabei ist das 1985 von behinderten Autorinnen herausgegebene Buch: "Geschlecht: behindert, besonderes Merkmal: Frau" hervorzuheben. Dieses Buch hat für viele von uns den ersten Anstoß gegeben, sich mit unserer zweifachen Diskriminierung und mit Unterschiedlichkeiten zu unseren nichtbehinderten Schwestern und zu behinderten Männern auseinanderzusetzen.

Ausstellungen

Einige von uns haben auch durch die Gestaltung von Ausstellungen eine Möglichkeit gefunden, sich mit unserer Identität als Frauen mit Behinderung auseinanderzusetzen und z.B. dem gängigen Schönheitsideal eine andere Sicht von "Schönsein" und Attraktivität" entgegensetzen. Die erste Fotoausstellung wurde 1984 von einer Marburger Gruppe behinderter Frauen gestaltet: "Krüppel-Sein paßt zu keiner Mode". Einige Jahre später entstanden noch zwei weitere Fotoausstellungen behinderter Frauen: "Unbeschreiblich weiblich" wurde 1988 von der Krüppelfrauengruppe Bremen auf einem Seminar erstellt, und 1992 entstand in Heidelberg "Geschlecht: behindert - Merkmal: Frau."

Projekte

Im Sinne der Beratung von Frauen für Frauen oder von Behinderten für Behinderte entstanden auch professionelle Angebote von behinderten Frauen für behinderte Frauen. Neben einer Beratung in diesem Sinne bieten behinderte Frauen dort auch Gesprächs- oder Selbstbehauptungsgruppen, Selbstverteidigungskurse für behinderte Frauen, Informationsveranstaltungen etc. an.
Die ersten derartigen Angebote wurden vor ca. 6 Jahren von behinderten Frauen ins Leben gerufen. Bis auf ein Projekt in Heidelberg sind diese frauenspezifischen Beratungs- und Gruppenangebote bisher bei den Zentren für selbstbestimmtes Leben Behinderter oder ähnlichen Selbsthilfeprojekten angesiedelt. Als ein bisher in der Bundesrepublik einziges Projekt zur politischen Interessenvertretung behinderter Frauen existiert seit dem 1.5.93 das Hessische Koordinationsbüro für behinderte Frauen in Kassel.

Zusammenschlüsse behinderter Frauen

Die Spannbreite der Selbsthilfeaktivitäten von uns behinderten Frauen reicht von örtlichen Initiativen wie z.B. in Köln, Erlangen und Berlin, über landes- und bundesweite Treffen bis hin zu internationalen Zusammenschlüssen. So arbeiten auf bundesweiter Ebene Frauen, die in der Interessenvertretung selbstbestimmtes Leben Behinderter -ISL e.V.- organisiert sind, zusammen. Zur internationalen Zusammenarbeit gründeten 1989 behinderte Frauen DISWEB - das europäische Netzwerk für Frauen mit Behinderung. Bei der Ankündigung einer DISWEB-Konferenz 1990 in Hamburg heißt es: " - 'Gewalt gegen behinderte Frauen' - beinhaltet eine große Breite von Diskriminierungen. Sie reicht von körperlicher Gewalt bis zu der mehr subtilen Art von Unterdrückung zum Beispiel durch Gen- und Reproduktionstechnologie."

Die Kämpferinnen

Seit den Anfängen einer Bewegung behinderter Frauen haben wir schon vieles bewegt. Einerseits sind wir dabei, uns im persönlichen Bereich nicht länger zu Opfern machen zu lassen, anderseits treten wir mit politischer Arbeit für Veränderungen ein, indem wir z.B. in letzter Zeit auch frauenspezifische Forderungen an Gleichstellungsgesetze für Behinderte aufgestellt haben. Unser Weg geht dahin, sowohl im Frauen- als auch im Behindertenbereich mitzumischen und dort immer wieder unsere Belange einzufordern. Dafür brauchen wir noch einen langen Atem, doch es ist mit uns zu rechnen.

BIRGIT SCHOPMANS, KASSEL

Literatur:

Ewinkel, C./Hermes, G., u.a. (Hrsg.): Geschlecht: Behindert - Besonderes Merkmal: Frau. München 1985
Boll/ Günther in: Interessensgemeinschaft behinderter Student/inn/en an der GhK: Tagungsbericht zum Thema Öffentlichkeitsarbeit. Kassel 1988, S.33
Krieger, Johanna in: die randschau 4/5, Kassel 1990 S. 13
Schneider, C./ Schopmans, B.: Peer Counseling für Frauen mit Behinderung, in: die randschau 5, Kassel 1993, S. 10f
Schopmans, Birgit: Aspekte der Diskriminierung behinderter Frauen in der BRD. Diplomarbeit, Kassel 1991, S.71)

Einsichten einer Aktivistin

In den vorhergehenden Ausführungen von Birgit Schopmans finden sich die konkreten Aktivitäten, die Frauen mit Behinderung seit Beginn der achtziger Jahre entwickelt haben. Ich möchte nun versuchen, die gesellschaftliche Situation von Frauen mit Behinderung allgemein zu analysieren. Dabei möchte ich auch auf die Perspektiven eingehen, die sich meiner Meinung nach für behinderte Frauen auftun.

Die behinderte Frau - das unbekannte Wesen

Daß behinderte Frauen als geschlechtslose Wesen betrachtet werden, ist eine Tatsache, die sich im Alltag an unzähligen Beispielen verdeutlichen läßt. Immer wieder haben wir Frauen mit Behinderung beschrieben, wie wir als Mädchen von der Einweisung in hausfrauliche Tätigkeiten verschont blieben. Wir wurden kaum auf die spätere Rolle der Ehefrau und Mutter vorbereitet, sondern unsere Eltern legten sehr früh Wert auf eine solide Berufsausbildung. Die Chance, daß die behinderte Tochter später heiraten könnte, wurde als gering eingeschätzt. Somit wurde auch kaum über Partnerschaft und Sexualität gesprochen. Dennoch wurden uns als behinderten Mädchen die typisch weiblichen Attribute wie Einfühlungsvermögen, Passivität und Unterordnung nahegebracht. Wir haben häufig die Erfahrung gemacht, daß wir unsere Identität über die Behinderung herstellten. In unserer Selbsteinschätzung sehen wir uns als "Behinderte".

Untersuchungen, die in den siebziger Jahren in den USA vorgenommen wurden, bestätigen diese Erfahrungen. Behinderte Frauen identifizierten sich vorwiegend als "behindert", während sich die behinderten Männer überwiegend als "männlich" betrachteten (Women and Disability, S. 8).

So engagierte ich mich selbst in der Krüppelbewegung anfangs als "Behinderte", für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Situation von "Behinderten". Erst allmählich veränderte sich meine eigene Einschätzung. Wie viele von uns erkannte ich die Unterschiede, wurde mir etwa Mitte der achtziger Jahre bewußt, wie wenig meine Bedürfnisse als Frau mit Behinderung wahrgenommen wurden und wie wenig mir Achtung als Person entgegengebracht wurde. Durch unsere isolierte Stellung wurde uns unsere Benachteiligung sowohl als Behinderte wie auch als Frauen deutlich. Benannten wir die Diskriminierungen, die uns als spezielle Gruppe widerfuhren, so stießen wir auf Unverständnis von zwei Seiten: die behinderten Männer wehrten die frauenspezifischen Benachteiligungen als Nebensache ab und setzten sich nicht mit den Inhalten auseinander, die wahrscheinlich ein Infragestellen der eigenen Rolle zur Folge gehabt hätten - die nichtbehinderten Frauen sahen die Probleme von Krüppelfrauen nicht als Frauendiskriminierung, sondern schoben sie in die Behindertenecke, gemäß dem vorgegebenen Muster, daß behinderte Frauen eben nicht über ihr Geschlecht zu definieren sind. So saßen behinderte Frauen lange Zeit zwischen zwei Stühlen - bis wir lernten, uns einen eigenen Stuhl heranzuziehen und uns selbstbewußt darauf niederzulassen. Es existieren zaghafte Ansätze innerhalb der Krüppelfrauengruppen, der Zeit des Buhlens um die Aufmerksamkeit und die Anerkennung durch die Männerwelt, aber auch des permanenten Abarbeitens an männlich dominierten Strukturen ein Ende zu bereiten.

*"With the Power of each Breath"**

Wie Birgit beschrieben hat, entwickeln wir als Frauen mit Behinderung unsere eigenen Projekte und Räume, bei denen wir zusehends mehr unser Frausein in unterschiedlichster Weise in den Mittelpunkt stellen und die Behinderung als besonderes Merkmal hinzukommt. Mit diesem neuen Selbstbewußtsein treten wir nun an die Öffentlichkeit und beteiligen uns an den unterschiedlichsten Debatten, indem wir detaillierte Forderungen aufstellen. Wir vertreten unsere Interessen, als Einzelpersonen genauso wie als Gruppe.

Krüppelleseben sind überall

in Hamburg, in London, in Helsinki, in Bremen, in Neuwied ... *

Die Redaktion bat mich, etwas aus meiner Sicht als Krüppellesbe zur "Szene" zu schreiben. Das wollte ich ursprünglich nicht allein tun, komme jetzt aber nicht umhin, es mit Unterstützung doch zu tun. Ich stelle kurz einige Aspekte in Thesenform dar, für einen ausführlichen Artikel reicht's grad nicht.

A
Die Krüppel- und Lesbenszene haben nahezu nichts miteinander zu tun.

B
Jede gesellschaftliche Minderheit betrachtet isoliert ihre eigene Unterdrückung.
Lesben analysieren und diskutieren patriarchale Zwangsheterosexualität und Lesbenfeindlichkeit.
Die Krüppelszene diskutiert über Ausgrenzung aufgrund des behindertseins und Hetera-Krüppelfrauen über ihre doppelte Unterdrückung als Frauen mit Behinderung.

C
Die jeweilige Gruppe vollzieht Ausgrenzung gegenüber der anderen Gruppe.
Die Lesben der Dominanzkultur - weiß, nichtbehindert, mittelstandsangehörig, christlich sozialisiert - grenzen Krüppellesben aus.
Die Krüppelbewegung thematisiert ihre in sich vorherrschende Zwangsheterosexualität nicht.
Bei diversen Krüppelfrauentreffen und -gruppen bin ich häufig die einzige Krüppellesbe gewesen.
"Lesbenthemen" werden zu Themen von Lesben gemacht, d.h., in der Krüppelbewegung gibt es keine Diskussion zur Unterdrückung von Krüppellesben.

D
Die Verwobenheit von Unterdrückungsstrukturen wird nicht diskutiert.
Ich stelle als Person einen Schnittpunkt von den verschiedenen, miteinander verwobenen Unterdrückungsmechanismen dar.
Weder in der Krüppelszene noch in der Lesbenszene kann ich ganz selbstverständlich als behinderte Lesbe sein.

E
"Kein Ort nirgends" bestimmt die Wirklichkeit vieler Krüppellesben.
Auf was lege ich wert? Wo will ich mich ausdrücken? Ich bin fast immer gezwungen, Priorität auf ein identitätsbildendes Merkmal zu legen.
Muß Krüppellesbe sich überlegen, ob sie eher behindert oder lesbisch ist.

JOHANNA KRIEGER, HAMBURG

* (Text eines Transparents zum europaweiten Protesttag Behinderter 1993)

Deutlich sichtbar wird dies u. a. bei der Forderung nach gleichgeschlechtlicher persönlicher Assistenz. Ein Schritt zur Durchsetzung wurde hier bereits 1986 von einer einzelnen Frau, einer behinderten Studentin in Marburg, unternommen. Sie zog aus dem Wohnheim in ihre eigene Wohnung und verlangte vom Sozialamt, daß es die Kosten für die Pflege durch ausschließlich weibliche Assistentinnen übernimmt. Dies wurde der Frau verweigert, da der Einsatz von Zivildienstleistenden billiger sei. Darauf reichte die Frau Klage beim Verwaltungsgericht ein. Ihrem Wunsch, sich ausschließlich von Frauen pflegen zu lassen, wurde entsprochen - jedoch blieb die Einschränkung, daß die Kosten für die ambulante Hilfe nicht höher als die Kosten für einen Heimaufenthalt sein dürfen. Dennoch existiert bislang kein Rechtsanspruch auf gleichgeschlechtliche Pflege. Jedoch tritt die gesamte Krüppelfrauenbewegung für diesen Anspruch ein, z.B. im Rahmen der gegenwärtigen Diskussion um ein Antidiskriminierungsgesetz. Frauen mit Behinderung haben sich hier deutlich für die Aufnahme eines Maßnahmenkataloges stark gemacht, der seine Schwerpunkte - neben dem Bereich der persönlichen Assistenz - in den Bereichen Humangenetik/Eugenik, sexuelle Gewalt und Arbeitsmarktpolitik hat. Die Forderungen zielen auf die Änderung bereits bestehender Gesetze, die eine eindeutige Benachteiligung behinderter Frauen darstellen, und auf die stärkere Einbeziehung von Frauen mit Behinderung in Entscheidungsstrukturen.

Macht Differenz die Gleichheit möglich?

Auf der einen Seite findet sich also die pragmatische Herangehensweise an konkrete Mißstände in der Lebenssituation behinderter Frauen. Bei der Forderung nach einer politischen und gesetzlichen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist das Ziel, die "Gleichstellung". Was bedeutet jedoch "Gleichstellung"? Ist "Gleichstellung" unumschränkt als positiv zu beurteilen? Kann "Gleichstellung" nicht auch eine neue Anpassung bedeuten? Menschen sind verschieden, haben ihre eigenen Erfahrungen, ihre eigene Kultur, entwickeln ihre eigenen Ideen und Lebensformen. Diese Eigenheiten erfordern immer wieder neue Formen der Auseinandersetzung, sowohl mit dem Anderen als auch mit der eigenen Lebenssituation, mit sich selbst als Frau und als Behinderte. Auf der anderen Seite besteht also die Notwendigkeit, vom Zeitgeist etwas abzurücken und sich fundiert mit den etwas komplizierteren Dingen menschlichen Zusammenlebens auseinanderzusetzen, wo die Lösungen nicht einfach festzuschreiben sind. Dazu gehört beispielsweise die Reflexion über die eigene Rolle. Über die Gefahr, sich allzuleicht als Opfer zu sehen und sich eigene Machtausübungen nicht bewußt zu machen. In dem Buch "Unbeschreiblich weiblich" ist ein Beitrag betitelt mit "Kein Ort - Nirgends." Er thematisiert die Stellung von Krüppelfrauen gegenüber der Behinderten- und der Frauenbewegung. In diesem Beitrag drückt sich die starke Hierarchisierung aus, die in unser aller Köpfe noch vorherrscht. Auf der einen Seite streben wir die Anerkennung durch die Frauen ohne Behinderung und die Männer an, auf der anderen Seite blicken wir auf Frauen herab, deren Behinderung wir ohne ersichtlichen Grund als gravierender einstufen: "Da sich die Probleme von geistig behinderten Frauen auf der einen und sinnes- bzw. körperbehinderten Frauen auf der anderen Seite grundsätzlich unterscheiden und mir außerdem keine geistig behinderten Frauen- bzw. Behindertenbewegungen bekannt sind, muß ich sie leider ausklammern. Bisher ist die Frage, wie geistig behinderte Menschen ihre Bedürfnisse und Probleme in einer nichtbehinderten Gesellschaft einbringen, kaum zum Thema gemacht worden, da nur wenige geistig behinderte Menschen außerhalb von Heimen leben und sich diese Frage noch nicht sehr lange stellt. Dabei ist wohl eine Sonderpädagogik erforderlich, die geistig behinderten Menschen hilft, ihre Bedürfnisse zu erkennen und sie gegenüber einer nichtbehinderten Gesellschaft durchzusetzen." (S. 23). Frauen mit (körperlicher) Behinderung sind nicht nur Opfer einer patriarchalen Gesellschaft, sie werden genauso zu Mittäterinnen. Wir grenzen wiederum aus, wenn wir nicht reflektiert über die eigene Rolle nachdenken und unseren Platz grundsätzlich neu definieren, den wir nicht auf einer Leiter einnehmen sollten, auf der wenige ganz oben sitzen können und die gesellschaftliche Wertschätzung immer geringer wird, je weiter unten frau einen Platz zugeteilt bekommt.

Das Buch "Unbeschreiblich weiblich" markiert eine neue Entwicklung in der Krüppelfrauenbewegung. Nichtbehinderte und behinderte Frauen führen gemeinsam einen Dialog. Berührungsängste werden abgebaut und Kontroversen deutlich gemacht. Verschiedene Lebensvorstellungen stehen nebeneinander. So ist gegenwärtig in verschiedenen Bereichen der Frauenszene eine Offenheit gegenüber den Bedürfnissen von Frauen mit Behinderung zu beobachten. Auf unsere vielfache Kritik hin wird inzwischen innerhalb der Frauenbewegung häufiger darauf geachtet, Projekte z. B. für Rollstuhlbenutzerinnen, für sinnes- und geistigbehinderte Frauen zugänglich zu machen. Es entstehen Angebote, die sowohl behinderte als auch nichtbehinderte Mädchen und Frauen ansprechen sollen. Gerade in Hessen hat sich in letzter Zeit eine stärkere Zusammenarbeit von behinderten Frauen mit den Frauenbeauftragten entwickelt. Vielleicht kann auch im Rahmen dieser Zusammenarbeit angestrebt werden, daß die Vergabe öffentlicher Gelder für Projekte im Frauenbereich davon abhängig gemacht wird, ob Frauen mit Behinderung an ihnen teilnehmen können. Wie zuvor dargestellt, mischen wir uns mit einem langen Atem in den unterschiedlichsten Bereichen ein und erobern uns somit unseren Teil der Welt.

ANNELIESE MAYER, MARBURG

Literatur:

Mary Jo Deegan/ Nancy A. Brooks: Women and Disability. The Double Handicap. New Brunswick, New Jersey 1985

G. Barwig/ C. Busch: "Unbeschreiblich weiblich!?" - Frauen unterwegs zu einem selbstbewußten Leben mit Behinderung, München 1993

* "Mit der Kraft eines jeden Atemzuges" Titel einer Textsammlung von behinderten Frauen aus den USA. (Susan E. Browne, Debra Connors and Nanci Stern (ed.): With the Power of Each Breath, A Disabled Women's Anthology, Pittsburgh, San Francisco 1985)

Nicht diskutierbar!

EMMA, das "Magazin von Frauen für Menschen", bezieht Stellung zur "Euthanasie"-Debatte - und entdeckt, daß sie sich dabei in "guter" Gesellschaft befindet.

Als die letzte Nummer der randschau schon fertiggestellt war, erreichte uns die Nachricht, daß die EMMA in ihrer neuesten Ausgabe einen Artikel über den australischen Bio-Ehtiker Singer gebracht hatte.
Auf sechs Seiten machte sie sich nicht nur stark für Singers Thesen zur "Euthanasie", sondern sie machte auch Front gegen die bundesdeutsche Anti-Eugenik/Anti-'Euthanasie'-Szene. Dies veranlaßte die randschau-Redaktion zu einer Stellungnahme (s. "Affentheater im Blätterwald", Beilageblatt zur letzten Ausgabe).

Natürlich, gespannt waren wir alle, die wir uns hingesetzt hatten und unsere Enttäuschung, unseren Zorn und unseren Protest formuliert hatten. EMMA muß eine wahre Flut von LeserInnenbriefen bekommen haben. Wie würde die EMMA sich in ihrer nächsten Ausgabe verhalten?
Die Reaktion ist so banal wie vielsagend: Singer ist auf Seite 94 gerutscht. "Erst im Nachhinein", ist dort zu lesen, "entdeckte die EMMA-Redaktion, daß es schon vor vier Jahren den Versuch gegeben hatte, das Denkverbot um Singer zu durchbrechen und in der 'taz' bereits eine heftige Kontroverse getobt hatte." Herzlichen Glückwunsch! Kaum zu glauben, daß der EMMA-Redaktion seit Jahren u.a. die randschau und die einschlägigen Veröffentlichungen des Konkret-Verlages vorlagen (z.B. "Geschätztes Leben" von Oliver Tolmein und "Hauptsache, es ist gesund?" von Theresia Degener und Swantje Köbsell). EMMAs Neuentdeckung ist die "Erklärung Berliner PhilosophInnen", die am 14.12.1989 in der taz erschien. Ihre VerfasserInnen sprechen sich für eine Diskussion der in Singers "Praktischer Ethik" enthaltenen Thesen zur "Euthanasie" behinderter Neugeborener aus, weil sich dieses Buch "in erster Linie mit solchen Problemen beschäftigt, für deren Beurteilung und Entscheidung in unserer Gesellschaft keine allgemein akzeptierten Kriterien (mehr) vorhanden sind". Die EMMA-Redakteurinnen "finden die Erklärung der 31 deutschen PhilosophInnen so interessant, daß wir sie nachfolgend noch einmal ... bringen." Kurz erwähnt wird dagegen nur die von vielen Leuten aus dem Anti-Egenik/Anti-"Euthanasie"-Spektrum unterzeichnete Gegenerklärung "Wider den tödlichen philosophischen Liberalismus", etwas mehr Platz bekam dagegen die Berliner Philosphie-Professorin und Mitunterzeichnerin der Philosophen-Erklärung Ursula Wolf, die damals erläuterte (und heute in der EMMA zitiert wird): "Es geht nicht um das Töten beliebiger hilfloser Menschen, sondern um Euthanasie in Extremfällen." Ja, und das wars dann in der EMMA ... fast! Auf den "Gipfel" stießen wir erst durch den Hinweis einer aufmerksamen Leserin: Auf Seite 33 der aktuellen EMMA-Ausgabe findet sich eine Anzeige des Harald-Fischer-Verlages für die deutsche Übersetzung des "Should the Baby Live?"-Werkes von Kuhse und Singer. In dieser Anzeige wird die EMMA bzw. Cornelia Filter selbst zitiert, und zwar mit ihrem Statement, daß sich das Selbstbestimmungsrecht der Frau und "lebenslänglich für ein behindertes Kind verantwortlich sein" zu sollen, quasi ausschließen. Und dies alles im "Bildzeitungs-Stil" mit der Frage: "Was tun Sie, wenn es Ihr Kind ist?"

Bände sprechen auch die auf knapp zwei Seiten abgedruckten LeserInnenbriefe zum Singer-Artikel:
Neben einigen sehr empörten und kritischen Reationen, wie z.B. aus dem Selbstbestimmt-Leben-Spektrum, von Eltern behinderter Kinder oder der "Tübinger Frauengruppe gegen Bevölkerungspolitik", findet sich dort auch ein Brief des Herrn Hackethal: "Mit diesem Artikel haben Sie mir aus dem Herzen geschrieben. Ein Glück, daß es Emma gibt. ..." "Gratulation zu Ihrem Artikel 'Das Affentheater'!" schreibt auch Helmut F. Kaplan, Präsident der Vegetarischen Gesellschaft Österreichs. Leute aus dem anti-eugenischen Spektrum sind für ihm schlichtweg "chauvinistische Linksfaschisten". O-Ton Kaplan weiter:" Es will den verbohrten Intellektuellenmachos partout nicht in den ideologischen Betonkopf, daß der Ausbeutung und Diskriminierung von (zum Beispiel) Schwarzen, Frauen, Behinderten, Kindern - und Tieren ein und dasselbe Denk- und Handlungsmuster zugrunde liegt." Auch Helga Kuhse bedankt sich bei der EMMA für die Veröffentlichung des Artikels über Peter Singer. Und Singer höchstpersönlich schreibt: "Als ich 1989 zum ersten Mal nach Deutschland eingeladen wurde, um dort zu sprechen, war mir die besondere Situation der Behinderten in Deutschland nicht explizit bewußt. Seither bin ich damit beschäftigt, die Mißverständnisse aufzuklären. Die Auseinandersetzung wurde zu einer Frage der Meinungs- und Gedankenfreiheit. Sie haben jedoch recht: Es sollte möglich sein, auch in einer stringent logischen Argumentation Platz für die Gefühle zu lassen. Ich verspreche, mich in Zukunft stärker darum zu bemühen."

Einer Auseinandersetzung mit behinderten Menschen, insbesondere behinderten Frauen, scheint EMMA sich zu entziehen (vgl. hierzu auch den Antwortbrief der EMMA-Redakteurin Margitta Hösel an Gisela Hermes auf die Presseerklärung von der "Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland", in der behinderte Frauen eine Entschuldigung der EMMA und Platz für die Darstellung ihrer Sichtweise in der nächsten Ausgabe forderten). Ebensowenig nimmt die EMMA Stellung zu ihrem Angriff auf die kritische feministische Szene. EMMA hofft möglicherweise, daß Tabubruch und liberalistisches Outfit die Popularität des Blattes steigern. Andere, wie die ZEIT, die WOCHE oder die taz, haben das bereits vorgemacht. Auf wessen Kosten ein solches Vorgehen geschieht, ist auch der EMMA gleichgültig. Kommentar der o. g. Leserin zu der Anzeige des Harld-Fischer-Verlages: "Ein EMMA-Boykott ist wohl das einzig Konsequente und hoffentlich mit Wirkung!"

Der Aufruf behinderter Frauen zum Boykott der EMMA findet sich auf der Rückseite dieser randschau-Nummer. Erfreulicherweise haben inzwischen sehr viele Menschen ihre Wut und ihr Unbehagen formuliert. Weiter so!

Nachfolgend dokumentieren wir einige kritische Stellungnahmen zum Singer-Artikel in der EMMA, sowie einen Artikel von Ursula Aurien, der leider etwas verändert in der letzten Konkret (Heft 4, April 1994) erschienen ist, in der korrekten Originalfassung.

Einen weiteren aktuellen Bezug bekam die Auseinandersetzung um 'EMMA' durch einen 'Besuch' durch eine mit Affenmasken getarnte Gruppe von Frauen Lesben aus Köln + anderswo am 10.5.94. Sie hinterließen neben farblich veränderten Computern und Sprüchen an den Wänden (Sachschaden ca. 100 - 150.000 DM) einen BekennerInnenbrief den wir Euch ebenfalls nicht vorenthalten wollen. Eine Presseerklärung der 'EMMA', in welcher "die Krüppelbewegung" aufgefordert wird sich von dieser Aktion zu distanzieren dokumentieren wir gleichfalls. Spekulationen darüber, wer diese Aktion durchgeführt haben mag, halten wir für sinnlos.
Erfreulich finden wir es jedoch, daß scheinbar auch andere sich über die EMMA geärgert haben bzw. die kritische Auseinandersetzung mit der 'Bioethik-Diskussion' weitere Kreise gezogen hat bzw. zieht.

Was treibt EMMA, das "Magazin von Frauen für Menschen", um?

In Deutschland "als Menschenfeind gehetzt - in der Welt als Tierfreund geachtet". So ergreift EMMA im Aufriß zu einem sech-Seiten-Artikel mit der Schlagzeile "Das Affentheater" Partei für "Freund Singer", der laut EMMA in Deutschland "regelrecht verfolgt" wird und "für seinen Verstoß gegen deutsche Denktabus ... hierzulande mundtod" gemacht werden soll (EMMA März/ April 94). "Menschenrechte für Menschen und Affen." Das kann doch wohl, in aller Tierrechts-Unschuld, nichts Schlimmes sein, oder?

Angesichts der angekündigten Rehabilitierung von "Freund Singer" fällt es schon etwas schwer, anzunehmen (zu EMMAs Gunsten oder Ungunsten?), sie wüßte nicht, worüber sie schreibt. Stellt sich doch die Frage, wer oder was da eigentlich rehabilitiert werden soll. Anzunehmen ist, daß sowohl die Autorin des Pro-Singer Artikels Cornelia Filter als auch die EMMA-Redaktion sehr genau wissen, worum es geht. Das wird spätestens am Ende der sechs Seiten und anhand der EMMA-Planung deutlich. Jan/Febr. 94: Ein Recht für Tiere; ein herzergreifendes, ans Gemüt gehendes Heft gegen Tierquälerei, das jeder Illustrierten Konkurrenz machen könnte - und mit dem garantierten Igitt-Effekt. Mai/Juni: ein vermutlich ebenso ergreifender Bericht über Tierforscherinnen. "Freund Singer" - offenbar nicht zufällig - dazwischen. Was das mit einem (feministischen?) Verhältnis zwischen Frauen und Tieren zu tun hat, bleibt mir weitgehend verborgen. *Der Mann*, Singer ausgenommen, als gemeinsamer Feind aller Dinge, pardon aller weiblichen und tierischen Lebewesen? *Die Frau*, die wie eine Glucke ihre Liebsten verteidigt? Männliches Machtstreben, Omnipotenzdenken und Zerstörung drücken sich mit Sicherheit auch durch Unterwerfung von Menschen und Tieren aus, aber dieses Strickmuster allein ist mir zu platt.

Wie nebenbei kommt Filter zur Sache. Da wird in altbekannter Medienmanier Franz Christoph zum "Sprecher der Krüppelbewegung" gekürt. (Daß Christoph auch in der Krüppelbewegung umstritten ist, darum soll es hier nicht gehen.) Warum die von Filter ihm zugeschriebene Fragestellung Singers, ob "Schwerstbehinderte" ein Lebensrecht haben, falsch sein soll, begründet sie nicht, schreibt aber später: "Die Tötung von Neugeborenen findet Singer jedoch nur beschränkt legitim, und zwar bei schwerstbehinderten Säuglingen und dann auch nur, 'wenn die dem Kind Nahestehenden nicht wollen, daß es lebt.' Eine These, die durchaus diskutabel ist - aber dazu sollte man sie diskutieren." (S. 71). Die Tötung bestimmter Menschen, so mensch sie nicht will, ist also "durchaus diskutabel"? Oder hat Filter die Singer-Logik schon soweit verinnerlicht, daß sie "schwerstbehinderte Säuglinge" nicht zu "Schwerstbehinderten" (Menschen) zählt? Die unvorbereitete EMMA-Leserin fragt sich spästens an dieser Stelle verblüfft und empört (hoffe ich), was denn Tierrecht mit der Tötung von "schwerstbehinderten Säuglingen" zu tun haben soll und 'riecht hoffentlich den Braten'. Gänzlich verliert Filter ihre (tierrechtliche) Unschuld, wenn sie schreibt: "Wenn aber die Frau das Recht auf eine selbstbestimmte Mutterschaft hat, hat sie dann nicht auch das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie - statt zwanzig Jahre für ein gesundes Kind - lebenslänglich für ein behindertes Kind verantwortlich sein möchte?" (S. 72) Noch immer macht mich ein solcher Zynismus sprachlos. Wie wäre es, vergleichsweise eine indische Frau zu fragen, ob sie nicht lieber statt eines erwünschten und geachteten Jungen ein unerwünschtes und mißachtetes Mädchen zur Welt bringen wolle?

Auch für subtile Anspielungen, die nichts belegen, doch gewisse Schlußfolgerungen nahelegen, ist sich Filter bzw. EMMA nicht zu schade: "Die Wellen der Empörung schlugen vor allem bei der Krüppelbewegung hoch. Schon 1989 war er (Christoph Anstötz. U.A.) für die Einladung Singers scharf angegriffen und bedroht worden. Für die Unterzeichnung des "Great Ape Projekts" im Sommer 93 wurde Anstötz dann erneut angegriffen. Der zunehmend isolierte Professor flüchtete im Herbst in den Tod." (S. 72) Ist das EMMA-Stil? Der "Menschenfeind" Singer erscheint als ein Phantasieprodukt der "Front" seiner Gegner, die soweit gehen, Menschen in den Tod zu treiben. Dieses Bild drängt sich mehr oder weniger auf.

Was von der ersten bis zur letzten Zeile ein Rätsel bleibt: Warum ist es "zum Begreifen eines Tierleids" (Sina Walden, EMMA Jan./ Febr. 94, S. 68) nötig, die Grenze zwischen Mensch und Tier aufzuheben? Warum geht die "Verteidigung der Rechte der Tiere" nach Singer- und EMMA-Logik einher mit der Propagierung der Tötung von Menschen und - eine alte, nichtsdestotrotz immer noch sinnvolle Frage- in wessen Interesse liegt diese, wie bereits Philosophen vor Singer geschrieben haben, Moral des Tötes? Sind gesellschaftliche, politische, historische Zusammenhänge für EMMA schon zu banal oder zu anstrengend? Als Beleg für den Tierrechtler Singer führt Filter u.a. das Buch "Verteidigt die Tiere" an, daß, von ihm herausgegeben, 1986 in Wien auf deutsch erschien. Aufschlußreich ist auch die Unterzeile, die bei EMMA nicht mehr auftaucht: Überlegungen für eine neue Menschlichkeit. Welcher Art ist diese "neue Menschlichkeit"? "Das Problem der Moral bezüglich der Vernichtung von Leben ist äußerst vielschichtig. ... Ich glaube, daß wir in absehbarer Zeit in Bezug auf die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens zu einer völlig anderen Einstellung kommen, einer Einstellung, die die *Qualität* des auf dem Spiel stehendes Lebens berücksichtigt, und nicht die Frage: Gehört das Leben einem Glied der Spezies homo sapiens oder nicht." (Singer 1986, S. 23) "Wer zuende denkt, was Menschen mit Tieren machen, der ahnt, was Menschen mit Menschen tun können. Der Respekt vor dem anderen ist unteilbar. ... auch vor Ratten und Kakerlaken! ..." schreibt Alice Schwarzer im Editorial zur Tierrechtsnummer. Mit Verlaub, mein Respekt vor Ratten und Kakerlaken hat Grenzen, und wir müssen nicht erst Tiere bemühen, um "zu ahnen", was Menschen mit Menschen machen. Wir wissen es bereits. Die simple Gleichsetzung von Tieren mit Menschen suggeriert Gleichheit und Gerechtigkeit. Zu welchem Zweck? Reicht es nicht zu sagen: Ich bin gegen Tierversuche, gegen Tierquälerei, gegen Massentierhaltung? Welche "Rechte" sollen darüber hinaus eingefordert werden? Mit welchen Konsequenzen für wen? Vor allem: Immer dann, wenn Menschen mit Tieren gleichgesetzt werden, hat dies eine individuell-persönliche und/oder kollektiv-politische Herabsetzung und Entwertung menschlichen Lebens zur Folge - bis hin zur planmäßigen Vernichtung. Der Rückgriff auf Darwin wie bei Sina Walden's Artikel "Menschen sind auch Tiere" macht es nicht besser. Schlicht unerträglich wird es, wenn Sonja Bork unwidersprochen schreiben kann: "Sechs Millionen Tierversuche jährlich in der Bundesrepublik. Der Gedanke an sechs Millionen ermordeter Juden war zwingend für mich. Und die äußere Ähnlichkeit der modernen Tiervernichtungsanstalten mit KZs wird niemand bestreiten können. Es gibt alles von der Massenfolter bis zu den Vergasungsöfen und Krematorien, einschließlich der ordentlichen Buchführung. ... Nur ein bischen schicker ist alles geworden, ... Die Opfer sind aber noch immer aus Fleisch und Blut." (EMMA Jan./ Febr. 94, S. 37) Ob Frau Bork auch den Mut hätte, dies den überlebenden Angehörigen der ermordeten Juden ins Gesicht zu sagen?

Mit der Beseitigung der Grenze zwischen Mensch und Tier stelle Singer die Machtfrage schlechthin, das Gleiche mache EMMA mit dem Tierrechts-Dossier, erklärt Filter. Das stimmt, aber auf eine andere Art und Weise. Kein noch so begründetes Tierrecht kann die Infragestellung des Lebensrechts von Menschen rechtfertigen. Wenn EMMA das tut, ignoriert sie *diese* "Machtfrage" wider besseres Wissen. Mehr noch: Sie nimmt sie billigend in Kauf. EMMA macht sich damit auch zur Komplizin einer Wegwerf-Logik, die Menschen zunehmend als austauschbare und zu verbrauchende Ressource betrachtet, nicht zuletzt die Frauen.

URSULA AURIEN, BERLIN

Presseerklärung des Hessischen Koordinationsbüros für behinderte Frauen

Proteste behinderter Frauen gegen "Das Affentheater" in der Emma

In ihrer neuesten Ausgabe macht sich die Zeitschrift EMMA stark für den australischen Bioethiker Peter Singer. Singer, Vorkämpfer des "Animal Liberation Movement" und wohl auch deshalb als Fortsetzung des Tierrechts-Schwerpunktes in der vorangegangenen EMMA-Nummer portraitiert, ist jedoch nicht nur Tierschützer: Seine Thesen, mit denen er die "Euthanasie" behinderter Neugeborener propagiert, werden inzwischen nicht nur in der Bundesrepublik heftig kritisiert. Daß gerade eine Frauenzeitschrift wie EMMA sich für einen Mann wie Singer stark macht, veranlaßt das Hessische Koordinationsbüro für behinderte Frauen und das Hessische Netzwerk behinderter Frauen zu scharfem Protest:

EMMA muß schon sehr verzweifelt auf der Suche nach neuen Abos sein, wenn sie nun ebenfalls dem Weg anderer Zeitungen folgt (Woche, Zeit, taz) und sich im großen Tabubruch in Sachen Lebensrecht versucht. Auch die spöttischen Reaktionen auf den Tierrechtsschwerpunkt der letzten Nummer mögen die EMMA dazu veranlaßt haben, gerade jetzt das Thema in einer neuen "Qualität" breitzutreten. "Freund Singer" kommt da gerade richtig, ist er doch zwar ein Mann, aber Befürworter des Rechtes auf Abtreibung, erklärter Antirassist - und Tierfreund. Für EMMA macht ihn dies allein wohl schon zum guten Menschen, sonst hätte sie vielleicht besser recherchiert. Statt sich ernsthaft mit der Kritik an Singer & Co auseinanderzusetzen, bedient sich EMMA einer Argumentationskette, in der KritikerInnen als rassistisch, LebensschützerInnen im Sinne der AbtreibungsgegnerInnen und TierfeindInnen herabwürdigt werden.

Warum muß auch in der EMMA Tierschutz ausgerechnet auf Kosten von Menschen mit Behinderung diskutiert werden? Singer unterscheidet nicht zwischen Menschen und Tieren, sondern Personen und Nichtpersonen. So gibt es Tiere, die er zu Personen erklärt, z.B. Affen, und Menschen, die seine Kriterien für Personalität nicht erfüllen, wie z.B. Menschen mit bestimmten schwereren Behinderungen. In ihrem Buch "Should the baby live?" diskutieren Singer und die Humangenetikerin Helga Kuhse (die übrigens nicht Singers Ehefrau ist!) das Lebensrecht behinderter Neugeborener. Sie stellen die Frage, ob es nicht humaner wäre, diese Neugeborenen aktiv zu töten. Als Utilitarist gibt Singer vor, neutral Interessen abzuwägen, die Interessen des Kindes, der Eltern bzw. der Frauen. Dieser "Logik" konnte sich EMMA anscheinend nicht entziehen:

So propagiert sie schnell noch einmal die Pränataldiagnostik als Instrument im Dienste des Selbstbestimmungsrechtes der Frau, mit dem sie sich vor der Geburt eines behinderten Kindes schützen kann. Denn EMMA geht zwangsläufig davon aus, daß ein behindertes Kind für die Frau bedeutet, lebenslang dafür verantwortlich sein zu müssen. Viele behinderte Männer und Frauen (die bisher kaum ein Thema in der EMMA waren) beweisen tagtäglich, daß dies nicht der Fall sein muß. Das ist EMMA offensichtlich nicht bekannt, denn sie fordert nicht eine Unterstützung der Mütter behinderter Kinder und die Abschaffung von Diskriminierungen gegenüber behinderten Menschen, sondern das Recht auf ein nichtbehindertes Kind im Interesse der Mutter. Ein Leben mit Behinderung soll von vorneherein ausgeschlossen werden können.

Was EMMA verschweigt: Die Monash-Universität in Clayton/Australien, an der Singer und Kuhse in "Center for Human Bioethics" arbeiten, ist eines der führenden Zentren in der Entwicklung der In-vitro-Fertilisation. Ihr Bestreben ist es, ethisch-moralische Bedenken gegen eine unbegrenzte Vernutzung von Leben zu Forschungszwecken abzubauen und Kriterien für ökonomische Kosten-Nutzen-Abwägungen zu entwickeln. Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Frau hat all dies wohl wenig zu tun.

Der anti-eugenische Widerstand, bestehend aus behinderten Frauen und Männern (die übrigens Franz Christoph keineswegs als "ihren Sprecher" akzeptieren), Frauen gegen Gen und Repro u.v.a. hat in seinen Aktionen und Stellungnahmen immer versucht, auf diesen Hintergrund und den vieler anderer VertreterInnen dieser "neuen Ethik" aufmerksam zu machen, und sich dabei bewußt von den "Lebensschützern" distanziert. So haben insbesondere behinderte Frauen darauf hingewiesen, daß es nicht darum geht, Frauen, die aufgrund einer vermeintlich voraussehbaren Schädigung des Embryos abtreiben, anzuklagen. Es soll vielmehr aufmerksam

gemacht werden auf die Interessen an der Verhinderung behinderten Lebens und auf die gesellschaftlichen Bedingungen von Leben mit Behinderung. Wird dagegen die Unterdrückung, Diskriminierung und Aussonderung behinderter Menschen (und ihrer Angehörigen) mit der "unabänderlichen" Tatsache der Behinderung selbst erklärt, wie es die Darstellung in der EMMA impliziert, so kann hier - bestenfalls - nur selbstherrliche Ignoranz angenommen werden.

Daß EMMA mit ihrer Position zu Singer & Co sich in eine Reihe stellt mit Sozialplanern, die vermitteln, Krankheit und Behinderung wie die damit verbundenen Probleme seien individuell zu tragendes Lebens-"Schicksal", und sich dabei für eine Technologie starkmacht, die Frauen zum "fetalen Umfeld" degradiert, sollte allen Frauen zu denken geben. Wenn EMMA in ihrem Artikel behinderte Menschen, die gegen eine Diskussion über ihr Lebensrecht protestieren, als "dünnhäutig" bezeichet, muß sie sich fragen lassen, wie dick das Fell ist, das sie sich mit ihrem eigenen Zynismus umgehängt hat.

Wir Frauen mit Behinderung fordern die Redaktion der EMMA auf

- sich von ihrem Artikel "Das Affentheater" zu distanzieren,
- auch über die bisher verschwiegenen Machenschaften von Singer & Co und den Widerstand dagegen in einer ernstzunehmenden Form zu berichten,
- sich Gedanken zu ihrem Begriff von Selbstbestimmung zu machen
- endlich zu zeigen, daß Frauen mit Behinderungen ein Thema für eine Frauenzeitschrift sind.

GEZ. BIRGIT SCHOPMANS UND ULRIKE LUX

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt -Nr. 10 - 11. März 1994

Falsche Freunde

Die Zeitschrift "Emma" und die Menschenrechte

Es reicht. Wir finden es zwar nicht besonders witzig, auf einem Nischenblatt wie Alice Schwarzers Zeitschrift "Emma" herumzuprügeln. Aber langsam kriegen wir das Gruseln. Da war erst das von rassistischen Tönen durchsetzte Heft über den Islam. Es folgte ein kurioses Dossier über die Unteilbarkeit von Frauen- und Tierrechten. Diese Marotte haben wir Katzenfreundin Alice noch gegönnt und eher belustigt geblättert. ("Wir Miezen müssen zusammenhalten", spottete "Emma"-Preisträgerin Christiane Grefe in der "Wochenpost".)

Was in der jüngsten Ausgabe der "Emma" steht, ist nicht mehr lustig. Da wird ein Mann rehabilitiert, der dafür plädiert, unter bestimmten Umständen behinderte Säuglinge zu töten. "Freund Singer" nennt "Emma"-Redakteurin Cornelia Filter liebevoll den australischen Bioethiker und Euthanasiebefürworter Peter Singer. Denn ihr gefällt, daß Singer einer der führenden Köpfe der Tierbefreiungsbewegung ist. In der Tat: Menschenaffen will der Australier Menschenrechte zugestehen - und spricht sie gleichzeitg schwerstbehinderten Neugeborenen ab. Singers Maßstab für das Recht auf Leben ist, was er für Bewußtsein und Leidensfähigkeit hält. Wer die "Grenze zwischen Tier und Mensch" beseitige, stelle "die Machtfrage schlechthin", jubelt Filter. "Das tat auch Emma mit dem Tierrechts-Dossier." Ach so. Ist's der "Emma" wirklich entgangen? Hier maßt ein Mensch sich an, zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben zu unterscheiden. Und das soll nichts mit einer Rangordnung zu tun haben? Keine männliche Allmachtsphantasie sein? Es ist ja wahr, daß eine patriarchale Gesellschaft Natur und Frauen gleichgesetzt, abgewertet und unterdrückt hat. Und darüber den Blick auf eine ökologische Ganzheitlichkeit des Lebens verlor. Nur: Singer hat gerade das nicht begriffen. Er steht in einer Tradition der Ausgrenzung und Hierarchisierung des Lebens.

Zurück bleibt der Eindruck: "Emma", geschätzt als provokatives, machtbewußtes, furchtloses Blatt, beginnt überzuschnappen. Schade.

FRIEDERIKE HERRMANN

Leserinnenbriefe zu "Das Affentheater" von Cornelia Filter, Emma Nr. 2/94

Werte Kolleginnen,

offensichtlich wißt Ihr nicht,
- daß jede zehnte Frau behindert ist;
- daß behinderte Frauen sich fachkompetent mit den Singer-Thesen auseinandergesetzt haben;
- daß nach den Behinderten (zur Hälfte Frauen) auch die nichtbehinderten Frauen "dran" sind, wenn man angeblich "minderwertiges" Leben zur Tötung freigibt.

Als feministische Journalistin im Rollstuhl bin ich erschüttert über soviel Unkenntnis, über eine so schlechte Recherche, über soviel Naivität! Warum fand Frau es nicht einmal nötig, die Stellungnahme einer behinderten Fachfrau einzuholen? Stattdessen wird Franz Christoph mit Thesen aus dem Jahr 1989 (sehr aktuell!) zitiert, der übrigens innerhalb der Krüppelbewegung recht isoliert und sicherlich nicht deren Sprecher ist. Muß denn die Emma-Redaktion schon an den Telefonkosten für eine halbwegs seriöse Recherche sparen?

Bitte nehmt zur Kenntnis, daß die vier Millionen behinderten Frauen in der Bundesrepublik primär weiblich sind und verlangen, endlich von den verschiedenen Organen der Frauenbewegung, also auch von Euch, als Frauen wahrgnommen zu werden!

Ich erwarte Eure Antwort
Sigrid Arnade

•

Es ist die reinste Diffamierung, den seit Jahren bestehenden Widerstand gerade auch von behinderten Feministinnen gegen die Thesen des Euthanasie-Befürworters Peter Singer als "Affentheater" zu betiteln. Wenn Cornelia Filter zudem noch, in ihrem peinlich schlecht (da einseitg) recherchierten Beitrag, die Forderung Singers nach der Tötung behinderter Neugeborener als "durchaus diskutabel" bezeichnet, dann regt sich in uns mehr als nur ein Unbehagen.
Als jahrelange Abonnentinnen und treue Emma-Leserinnen bleibt uns nunmehr nur noch die Konsequenz, die Abos zu kündigen.
Wir tun dies nicht ohne Wehmut, aber mit um so mehr Entschiedenheit und appellieren an die jetztige Emma-Redaktion, sich auf ihre verschüttgehende feministische Tradition zu besinnen: nämlich in allen Bereichen an der dort jeweils bestehenden feministischen Auseinandersetzung anzuknüpfen.
Für Cornelia Filter und ihre so deplazierte "Rehabilitation" Peter Singers hätte das heißen können, gerade hier Krüppelfrauen und ihre Standpunkte aufzuführen, und nicht einfach, wie geschehen, zu ignorieren als gäbe es sie gar nicht.

Nora Szász, Ildiko Szász, Rita Brucker

Das Flugblatt das in der EMMA-Redaktion hinterlassen wurde, vorher jedoch durch die Szene zirkulierte:

EMMA: ES REICHT!

EMMA greift das Lebensrecht behinderter Menschen an. Das "Magazin von Frauen für Menschen" bejubelt Euthanasie-Propagandist Peter Singer

In der Ausgabe März/April 94 des Magazins EMMA erschien ein sechsseitiger Artikel von Cornelia Filter, der dem prominentesten Vertreter der neuen Euthanasie-Debatte, Peter Singer, gewidmet ist. EMMA stellt Singer dort als geachteten Tierrechtler und Frauenfreund vor und ergreift Partei für seine 'moralphilosophischen' Thesen, die in der Forderung münden, die Tötung schwerstbehinderter Neugeborener auf Wunsch der Eltern zu erlauben.
Die Empörung über die Thesen von *"Freund Singer"* hält EMMA für *"Affentheater"*. Aufgrund *"deutscher Denktabus"* wolle man ihn *"hierzulande mundtot machen"*. Krüppelinitiativen würden aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands *"dünnhäutig auf eine Diskussion um Lebensrechte"* reagieren.

Uns erschreckt nicht, daß sich EMMA für Tiere einsetzt. Uns entsetzt aber, daß sie damit ein anderes Thema diskutierbar mach: das der (tödlichen) Selektion von menschlichem Leben in 'wertes' und 'unwertes'.

Dabei stützt sie sich auf die 'Ethik' Peter Singers, die durch die Verbindung von Tierschutz und Angriffen gegen ein Lebensrecht von Menschen gekennzeichnet ist.
Als 'Tierfreund' fordert er, die Grenzziehung zwischen der Spezies Mensch und der Spezies Tier aufzuheben. Diese Grenze sei willkürlich, priviligiere den Menschen und rechtfertige die Tötung von Tieren.
EMMA folgt dieser Logik, läßt aber die Frage offen, warum es "zum Begreifen des Tierleids" nötig sein muß, die Grenze zwischen Tier und Mensch aufzuheben. Warum sollte es nicht ausreichen, gegen die Unterwerfung, Instrumentalisierung und Ausbeutung der Natur (dazu gehören auch die Menschen) zu sein?

Die Gleichsetzung von Tieren und Menschen hatte bis heute immer eine individuelle oder kollektive Herabsetzung und Entwertung menschlichen Lebens zur Folge. In dieser Tradition bleiben auch Singer und EMMA, indem sie fragen: Warum sollen denn alle Menschen ein gleiches Recht auf Leben haben?
"Das Problem der Moral bezüglich der Vernichtung von Leben ist äußerst vielschichtig (...) Ich glaube, daß wir in absehbarer Zeit in Bezug auf die Unantastbarkeit menschlichen Lebens zu einer völlig neuen Einstellung kommen, einer Einstellung, die die ***Qualität*** *des auf dem Spiel stehenden Lebens berücksichtigt und nicht die Frage: Gehört das Leben einem Glied der Spezies homo sapiens an oder nicht."* (Singer 1986)

So verwandelt sich Singers Ethik für Tierschützer in eine Ethik für Euthanasie-Täter. Unter dem Mantel des Tierschutzes wird menschliches Leben wieder in 'wertes' und 'unwertes' eingeteilt - eine Argumentation, die in einer Gesellschaft, die auf Leistungsfähigkeit und Verwertbarkeit aufbaut, auf fruchtbaren Boden fällt.

EMMA meint, es müsse wieder *"diskutabel"* werden, ein schwerstbehindertes Neugeborenes zu töten, wenn die Angehörigen es wollen. Zur Rechtfertigung scheut Filter sich nicht, das weibliche Selbstbestimmungsrecht anzuführen. *"Wenn aber eine Frau das Recht auf eine selbstbestimmte Mutterschaft hat, hat*

Antwort
der EMMA-Redaktion auf die Presseerklärung "Behinderte Frauen sind sauer auf EMMA" an Gisela Hermes von der "Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland - ISL e.V.":

Liebe Gisela Hermes,
ja, wir haben offensichtlich in ein Wespennest gestochen. Und auch, wenn die Diskussion zwischen uns nicht einfach ist, bleiben wir dabei, daß es sich lohnt. Wir zitieren euch und andere in der nächsten EMMA und werden weiterhin am Thema bleiben. Übrigens: Selbstverständlich sind Behinderte und speziell behinderte Frauen schon sehr häufig in der EMMA vorgekommen, im Mai 1981 hatten wir einen Schwerpunkt dazu (wie Du siehst, sehr früh). Beiliegend das Heft zu eurer Information.

Wenn ihr etwas schreiben wollt für EMMA, tut das. Ich denke, ihr versteht, daß für euren Text wie für alle gilt, daß die Redaktion erst nach Vorlage entscheidet, ob er kommt oder nicht.

Wir verstehen eure Irritation ein Stück, wir verstehen aber nicht, daß jede Diskussion so total abgeblockt wird. Uns muß niemand etwas über die humane und politische Dimension der Behindertenfrage sagen, wie ihr den vergangenen 17 Jahren EMMA entnehmt. Und so wird es auch bleiben. Und natürlich waren sind wir an der direkten Mitarbeit behinderter Frauen sehr interessiert.

In diesem Sinne
mit solidarischen Grüßen
Margitta Hösel

Presseerklärung der EMMA-Redaktion v. 11.5.94

Vandalismus bei EMMA

Frauen stürmen Redaktion und zerstörten Computer

Gestern, am 10. Mai, gegen 17.15 Uhr stürmte ein Dutzend 20 bis 30jähriger Frauen die EMMA-Redaktion. Sie zerschnitten Telefonkabel, besprühten Wände mit meterbreiten Sprüchen, verstreuten in allen Räumen riesige Haufen von Düngermist und zerstörten alle Computer durch gezieltes Besprayen aller Bildschirme und Tastaturen. Der Sachschaden der gerade neu bezogenen, frisch renovierten Räume mit der drei Wochen alten Computeranlage beläuft sich auf 100-150.000 DM. Die Täterinnen hinterließen Sprüche wie 'EMMA selektiert' und 'Euthanasie ist Gewalt' sowie ein Bekennerinnen-Schreiben, das unterzeichnet war mit: FRAUEN LESBEN GRUPPEN AUS KÖLN + ANDERSWO. Die zu dieser Zeit einzige anwesende Frau, die 31jährige Layouterin Isis Fries, die mit Gewalt festgehalten worden war, stand stundenlang unter Schock. Sie hatte das ganze zunächst für "einen Spaß", eine "Überraschung" gehalten. Der Spuk war innerhalb von fünf Minuten vorbei. Während des ganzen Treibens sah von der Straße aus eine Frau im Rollstuhl zu, die Tatzeugen sehr genau beschreiben: Mitte zwanzig, roter Anorak, schicker schwarzer Kurzhaarschnitt, große Metallbrille mit Schwarz. Die Frau im Rollstuhl wurde von den davonlaufenden Frauen mitgenommen.

In dem Schreiben berufen die "Feministinnen" sich auf drei Artikel in EMMA: den über den Moralphilosophen Peter Singer in der März/April-Ausgabe (über die Reaktionen darauf berichten wir in der neuen EMMA); ein Interview mit den "Böhsen Onkelz" in der Januar/Februar-Ausgabe 93; und ein EMMA-Dossier über Fundamentalismus in Deutschland, in der Juli/August-Ausgabe 93 (Reaktionen in der September/Oktober-Ausgabe 93). In allen drei Artikeln ging es um Tabus und Denkverbote aus den Reihen der "linken" Szene.

Es ist das erste mal in ihrer 17jährigen Geschichte, daß EMMA, die immer meinungsfreudig war (und bleiben wird!) und oft verbal angegriffen wurde, auch tätlich attackiert wird. Es überrascht EMMA nicht, daß dies ausgerechnet Frauen taten: Eines der Probleme von Frauen ist eben ihr Selbsthaß und ihre übereifrige Anbiederung an ihre Vordenker. Auch ist es vermutlich kein Zufall, daß Intoleranz gerade in Deutschland solche Formen annimmt. Zu den angegriffenen Artikeln:

Das Gespräch mit den "Böhsen Onkelz" war Teil eines EMMA-Dossiers über alte und neue rechte Männerbünde. Bandleader Stephan Weidner hatte in diesem Gespräch zum ersten mal Gelegenheit, seie Selbstkritik in bezug auf seine früheren Texte differenziert darzulegen. Es ging EMMA dabei darum, nicht alle Jugendlichen in denselben rechten Topf zu werfen und damit abzustempeln und auszugrenzen, sondern zu differenzieren zwischen rechten Ideologen und schlagbereiten Tätern einerseits und großmäuligen verblendeten Jugendlichen andererseits.

In dem EMMA-Dossier über Fundamentalismus ging es unter anderem um die Verharmlosung des Frauen- und Intellektuellenfeindlichen Fundamentalismus durch selbsternannte "Anti-Rassisten". Während in Ländern wie Iran, Ägypten und Algerien immer mehr Menschen vertrieben oder ermordet werden, kann sich der Fundamentalismus mit dem Wohlwollen eines Teils der "Multi-Kulti-Szene" auch in Deutschland ungehindert verbreiten und Zwangsverschleierung und Entrechtung von Frauen propagieren.

In dem Artikel über Peter Singer ging es um das Diskussionsverbot, dem der international anerkannte Philosoph (und selbst Kind emigrierter deutscher Juden) ausgerechnet in Deutschland seit Jahren ausgesetzt ist. Der Rowohlt-Verlag, der vor einigen Jahren zum ersten mal eine Schrift von Singer auf Deutsch veröffentlichen wollte, schreckte nach Gewaltandrohungen aus derselben Szene davor zurück. Diese Szene argumentiert vorwiegend im Namen des "Feminismus", des "Antirassismus" und der "Krüppelbewegung" (die sich hoffentlich rasch von solchen Taten distanzieren wird). Wie wenig diese Szene auch vor der Gewalt mit Worten, die ja immer der Gewalt gegen Menschen vorausgeht, zurückschreckt, zeigt ein Beispiel aus dem Bekennerinnen-Schreiben.

In dem EMMA-Artikel geht es zentral um die ethische Frage, ob Ärzte weiterhin im rechtsfreien Raum handeln und ohne Kriterien oder Gesetze entscheiden sollen, welche schwerstbehinderten Neugeborenen sie nicht am Leben lassen und welche sie mit Hilfe der modernen Apparatemedizin am Leben halten - oder ob wir endlich anfangen, datrüber zu reden. Im Zusammenhang mit der Frühdiagnostik bei Schwangeren auf Behinderung des Fötus stellte EMMA unter anderem die Frage: Ist es nicht das Recht der Schwangeren, selbst zu bestimmen, ob sie austrägt oder nicht? Daraus macht das Bekennerinnen-Flugblatt die Behauptung, bei EMMA sei es "wieder diskutabel, ein schwerstbehindertes Neugeborenes zu töten."

Die Flugblätter und Artikel, die im Herbst in einer konzentriert wirkenden Aktion (ebenso in "wissenschaftlichen" Publikationen wie in Szeneblättern) gegen die Fundamentalismus-Kritik von EMMA erschienen waren, sind im selben Geiste verfaßt. Sie arbeiten mit falschen Tatsachenbehauptungen und demagogischen Unterstellungen. Das zurückgelassene Bekennerinnen-Schreiben war die Kopie eines Flugblattes, das EMMA seit Wochen in identischem und ähnlichem Wortlaut mehrfach vorliegt und von diversen Gruppen unterzeichnet wurde.

EMMA erstattete Anzeige. Die Vandalistinnen hinterließen nicht nur einen Sachschaden in sechsstelliger Höhe, sondern nahmen neben Heften auch eine Handkasse mit. Die Polizei, die zahlreiche Spuren sichern konnte, ist zuversichtlich, die Täterinnen zu fassen. EMMA wird sich selbstverständlich auch in Zukunft das Recht auf freies Denken und Diskussion nehmen.

Sollten Sie noch Fragen haben, Alice Schwarzer ist ab sofort in der Redaktion erreichbar.

Köln, 11. Mai 1994

EMMA, Alteburger Str. 2, 50678 Köln, Tel.: 0221/31 60 71, Fax: 0221/31 60 75

sie dann nicht auch das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie - statt 20 Jahre für ein gesundes Kind - lebenslänglich für ein behindertes Kind verantwortlich sein möchte." Sie benutzt den Gedanken der Selbstbestimmung entpolitisiert und individualisiert. Selbstbestimmung ist für sie so auch das Recht auf ein bestimmtes Kind - eine "'Qualitätskontrolle'.

Als Feministinnen weigern wir uns, im Namen der Selbstbestimmung das Lebensrecht von Menschen anzugreifen.

Mit der Beseitigung der Grenze zwischen Mensch und Tier habe Singer die Machtfrage schlechthin gestellt und das tue nun auch EMMA, schreibt Filter. Kein Tierrecht kann die Infragestellung des Lebensrecht von Menschen rechtfertigen. Wo EMMA dies tut, beantwortet sie DIESE Machtfrage im Sinne einer Selektionslogik, die Menschen als austauschbare und zu verbrauchende Ressource betrachtet - nicht zuletzt die Frauen.

Die Aufwertung Peter Singers iund seiner Thesen in der letzten Ausgabe von EMMA sind kein einmaliger Ausrutscher einer einzelnen Redakteurin.

EMMA scheint zu wissen, was sie will. Das hat sie bereits mit dem einfühlenden Artikel über die 'Böhsen Onkelz' und dem zum Teil offenen Rassismus des 'Fundamentalismus-Dossiers' im letzten Jahr gezeigt. Und im Namen des Tierrechts (Jan. 94) relativierte EMMA den Holocaust.

"6 Millionen Tierversuche jährlich in der Bundesrepublik. Der Gedanke an 6 Millionen ermordeter Juden war zwingend für mich. Und die äußere Ähnlichkeit der modernen Tiervernichtungsanstalten mit KZs wird niemand bestreiten können. Es gibt alles von der

Massenfolter bis zu den Vergasungsöfen und Krematorien, einschließlich der modernen Buchführung. (...) Nur ein bißchen schicker ist alles geworden. (...) Die Opfer sind immer noch aus Fleisch und Blut."

Mit der Begründung, 'deutsche Denktabus' aufbrechen zu wollen und sich einer geforderten 'political correctness' zu verweigern, hat EMMA eine Rechtswende vollzogen, dievor offen menschenverachtenden Positionen nicht halt macht. Was EMMA ihren LeserInnen als Feminismus, als mutigen Akt gegen die Männergesellschaft und kritischen Journalismus verkauft, ist bloße Anpassung an den gesellschaftlichen 'mainstream'.

Bereits angesichts des Fundamentalismus-Dossiers riefen MigrantInnengruppen zum Boykott von EMMA auf. Diesen Aufruf unterstützen wir und

- **rufen anläßlich der letzten Ausgabe von EMMA erneut alle feministischen Gruppen und Projekte sowie auch einzelne Frauen/ Lesben zum Boykott von EMMA auf!**
- **Kauft EMMA nicht mehr un teilt dies der Zeitschrift mit!**
- **Kündigt Eure Abos!**

10.5.94
P.S. Soeben erreichte uns die Nachricht, daß einige zornige FrauenLesben mit Affenmasken der EMMA-Redaktion einen Überraschungs-Besuch abstatteten. Verschiedene Substanzen wie Sprühfarbe, Kompost, Sekundenkleber verzierten in Blitzesschnelle die Computer, Telefone, Tastaturen, Druckmaschinen etc. Die Äffinnen hinterließen außerdem einige Sprüche an Wänden, Schaufenstern und Türen.

Ihr sprecht uns aus dem Herzen, herzlichen Glückwunsch! Es wurde mal Zeit, EMMA hat das schon lange verdient!

FrauenLesbenzusammenhänge aus Köln und aneren NRW-Städten

»Wie weiter? Gegen den Tötungsdiskurs«

Berichte und Diskussionspapiere vom Treffen eines Teils des anti-eugenischen Widerstands am 26.2.94. in Dortmund

Unter diesem Titel trafen sich am 26. Februar etwa 50 Menschen in Dortmund, um sich - jenseits von tagespolitischen Aktionsanlässen - über unterschiedliche Positionen in den »eigenen Reihen« zu verständigen. Über den eher formalen Streit, ob die Verhinderung von öffentlichen Veranstaltungen mit SelektionsdiagnostikerInnen/ TötungsbefürworterInnen oder ob umgekehrt die kritische Teilnahme an diesen der (einzig) richtige Weg sei, wurde in der Vergangenheit eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung über inhaltliche Punkte sorgsam vermieden. Anzeichen für eine zunehmende Individualisierung bis hin zu Spaltungstendenzen waren dadurch nahezu vorprogrammiert. Insbesondere wenn, wie im Vorfeld geschehen, nicht mehr der direkte Dialog untereinander gesucht wurde, sondern »Kommunikation« nur noch via Medien stattfand.
Angesichts dieser Rahmenbedingungen wurde von seiten der VeranstalterInnen nicht mit handfesten Arbeitsergebnissen gerechnet. Dennoch zeichneten sich im Verlauf der Diskussion, besonders in den beiden umstrittenen Punkten »Abtreibung und Selbstbestimmung« und »Diskussion mit »Euthanasie«-BefürworterInnen«, differenzierende Positionen ab:

- Der Kern der Auseinandersetzung um die Selektionsdiagnostik ist in der Qualitätskontrolle menschlichen Lebens zu suchen. Darauf sollten sich vor allem diejenigen - Männer - konzentrieren, die »Schwierigkeiten« mit dem feministischen Selbstbestimmungsbegriff haben.

- Veranstaltungen, auf denen es um eine Infragestellung des Lebensrechts geht, werden auch zukünftig nicht akzeptiert. Geht es aber um Funktion und Gefährlichkeit der »Euthanasie«-Debatte, kann eine Beteiligung sinnvoll sein, auch wenn BefürworterInnen teilnehmen.

Darüber hinaus sind von diesem Treffen eine ganze Reihe von Fragestellungen festzuhalten, an deren Beantwortung ein gemeinsamer Widerstand gegen die Qualitätskontrolle von Leben und Tod künftig wachsen könnte:

- Ist die Humangenetik/ Pränataldiagnostik tatsächlich etabliert? Welche Ansätze für eine Opposition (z.B. Boykottforderung) gibt es bzw. lassen sich entwickeln?

- Wie kann einer Normalisierung des Tötungsdiskurses entgegengewirkt werden?

- Wie können wir die »Inszenierung der Öffentlichkeit« durch die Medien für uns nutzen/ wie entgehen wir einer Benutzung durch die Medien? Wie schaffen wir eine Gegenöffentlichkeit?

- Wie erreichen wir eine Internationalisierung bzw. Vernetzung des Widerstandes?

- Auf welche Diskussionen (z.B. Risikobegriff) lassen wir uns überhaupt ein?

- Wie läßt sich ein Gegen-Diskurs entwikkeln?

- Welchen Anteil haben politische Forderungen bzw. materielle Rahmenbedingungen an der Bewußtseinsbildung? Wie sind bewußtseinsmäßige Verankerungen zu knacken?

- Wie kommen die technischen Angebote der Reproduktionsmedizin/ Sterbehilfe den »rationalen/ emanzipativen Lebenskonzepten« der Einzelnen entgegen?

- Wie vermeiden die »nichtbetroffenen Nichtbehinderten« fürsorgliche Stellvertretungsdiskussion für die »betroffenen Behinderten«?

» Den inhaltlichen Dialog untereinander fortsetzen« kann auch weiterhin als Antwort auf das »Wie weiter?« formuliert werden.

HANS-JÜRGEN JONAS, KÖLN

Der Einstieg in die Diskussion erfolgte über drei Statements zu den Themen Humangenetik/Pränatale Diagnostik und "Euthanasie", die als Pro- und Kontra-Positionen vorgesehen waren (vgl. Humangenetik). Der angefragte Ko-Beitrag zur "Euthanasie" kam aus Termingründen nicht zustande. Diese Diskussion blieb weitgehend widerspruchsfrei. Insgesamt lösten sich viele vermeintliche Widersprüche bei näherem Hinsehen mehr oder weniger auf, wobei allgemein die Kontroversen am ehesten in der Form des Miteinander-umgehens, im *wie* liegen. Zu hoffen ist, daß die Auseinandersetzung in dieser konstruktiven Form weitergeführt wird. Nachfolgend dokumentieren wir die Statements von Eva Schindele, Ursula Aurien und Gusti Steiner.

Lebensrecht für ALLE
Gegen Bevölkerungspolitik

Foto: Ursula Aurien, Berlin

Wie weiter?

Um über zukünftige Strategien des Widerstandes reden zu können, muß erstmal die heutige Situation reflektiert werden. Ich will das für den Bereich pränataler Diagnostik thesenartig versuchen, um im zweiten Teil meines Statements daraus Folgerungen für eine politische Strategie zu ziehen.

Zur heutigen Situation der pränatalen Diagnostik

1. Pränatale Diagnostik ist zu einer Regelleistung der Schwangerenvorsorge geworden. 1992 haben rund 80 000 Frauen ihren Nachwuchs genetisch durchchecken lassen. In der Hauptsache aus Altersgründen oder weil sie Angst vor einem behinderten Kind angaben. Bei einem verschwindend kleinen Teil der Frauen war eine Erbkrankheit in der Familie der Anlaß.

2. Die Pränatale Diagnostik paßt in das Risikokonzept der Schwangerenvorsorge, die neun Monate lang die schwangere Frau medizinisch durchcheckt, ob alles "normal" verläuft. Dabei klaffen die angebotene Diagnostik und die vorhandenen Therapiemöglichkeiten inzwischen weit auseinander.

3. Die niedergelassenen Gynäkologen bringen das in Anwendung, was von Humangenetikern entwickelt wurde. Sie tragen diese Untersuchungen an die Frauen heran, stehen dabei für Alltäglichkeit, Routine. Eine humangenetische Beratung findet in den meisten Fällen nicht mehr statt. Viele Frauen bringen die Fruchtwasseruntersuchung auch gar nicht mit der Humangenetik in Verbindung. Im übrigen werden viele Frauen von ihrem Gynäkologen nicht über Konsequenzen dieser Untersuchungen für die Schwangerschaft, über Risiken (z.B. Fehlgeburten, Komplikationen) etc. aufgeklärt. Daß das Ziel der Diagnostik nicht ein gesundes Kind ist, sondern das Herausfiltern von möglicherweise kranken, ist vielen Frauen nicht klar - die mögliche Konsequenz eines späten Schwangerschaftsabbruches ist in den meisten Fällen im Sprechzimmer ein Tabu.

4. Eine kleine Umfrage unter Schwangeren, durchgeführt von "CARA", einer unabhängigen Beratungsstelle zur vorgeburtlichen Diagnostik in Bremen, hat ergeben, daß sich Schwangere in 60 % der Fälle von ihrem Gynäkologen unter Druck gesetzt fühlen, diese genetischen Untersuchungen durchführen zu lassen. Mögliche Entscheidungskonflikte der Schwangeren werden vom Gynäkologen nur wenig ernst genommen.

5. Humangenetiker und Gynäkologen stehen gewissermaßen in Konkurrenz zueinander. Niedergelassene Gynäkologen als freie Unternehmer stehen vielfach unter einem Marktdruck, während Humangenetiker, die an Universitäten etc. arbeiten, eher marktunabhängig agieren können. Humangenetiker versuchen dann immer, noch einen Diskurs über Verfahrensfragen zu entfachen, werden z.T. aber von Gynäkologen gar nicht mehr ernst genommen. (Beispiel: Moratorium für den Triple-Test, das unwirksam war.) Andererseits liefern Humangenetiker auch die ethische Absegnung für Verfahren, die Gynäkologen entwickeln. (Jüngstes Beispiel: der Bluttest, den Prof. Holzgreve in Münster entwickelt hat.)

6. Frauen als die Konsumentinnen dieser Technik sind keinesfalls immer nur die armen Opfer, sondern sie selbst fordern oft diese Technik ein. Sie paßt zum Konzept einer rationalen Lebensplanung. Manche verheddern sich darin, viel zu spät merken sie, wie diese Diagnostik ihren Schwangerschaftsprozeß beeinflußt und wie sich die Apparatur zwischen sie und ihrem Kind im Leib drängt. Und viele Frauen merken nicht das Gespinst von Kontrolle und Schuld, das sich um sie legt.

7. Mehr und mehr verknüpfen Frauen mit dem Angebot der Medizin so etwas wie eine Bringschuld:
"Schließlich kann ich der Gesellschaft kein krankes Kind aufbürden!". Aber Frauen haben auch mit großen Schuldgefühlen zu kämpfen, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch machen oder eine Fehlgeburt haben. Und sie fühlen sich schuldig, wenn sie ein Down-Syndrom-Kind gebären. Das heißt, egal wie sich die Frau verhält, sie bekommt kulturell die Schuld zugeschrieben (und schreibt sie sich natürlich auch selbst zu). Dadurch geraten Frauen in neue Zwänge.

8. Das Angebot pränataler Diagnostik führte zu einer Umwertung der sozialen Verantwortung. Der vorgeburtliche Check-up gilt zunehmend als Elternpflicht; er wird als eine Möglichkeit gehandelt, die Startbedingungen im Lebenskampf zu verbessern.

Folgerungen für politische Strategien

1. Dialog bedeutet auch immer Annäherung der Positionen. Da sich prinzipiell die Positionen zwischen Kritikern pränataler Diagnostik und Humangenetikern ausschließen, kann es keinen Dialog mit Humangenetikern geben. Deshalb halte ich nichts davon, daß man an Tagungen teilnimmt, die ein Konsensuspapier anstreben. Also d.h., der Hoffnung auf den Dialog muß die Enttäuschung folgen, auch die Erkenntnis sich nicht zu verstehen, eine andere Sprache zu sprechen.

2. Wenn einige Kritiker mit Vertretern von Humangenetik oder Medizin Standpunkte austauschen, ist das noch lange kein Dialog. Vielmehr ist es wichtig, das Ziel einer Veranstaltung im Auge zu haben.
Der Kölner Kongreß war für mich keine Veranstaltung, die den Dialog mit Humangenetikern im Sinn hatte, vielmehr ging es um die Darstellung unterschiedlicher Positionen zur Pränatalen Diagnostik und um die Anregung eines öffentlichen Diskurses zum Thema vorgeburtlicher Diagnostik. Ich halte es für sehr wichtig, daß dieser Diskurs auch in die Behindertenverbände hineingetragen wird.

3. Nicht Verbote, sondern Bewußtwerdung ist die Basis von Veränderung.
Ich halte einen öffentlichen Diskurs über vorgeburtliche Diagnostik, über deren individuelle und gesellschaftliche (Aus-)Wirkung für unbedingt notwendig! Wie schafft man in der heutigen Zeit eine solche Debatte? Durch das Dogma, nicht mit Humangenetikern auf einem Podium zu diskutieren etc., schränkt man seinen eigenen Handlungsspielraum ein und geht auch an der Realität vorbei. Vielmehr muß die Entscheidung, ob ich z.B. bei einer Veranstaltung/Talkshow auftrete, davon abhängig gemacht werden, welche Chancen ich mir ausrechne, in meiner kritischen Position gehört zu werden, und welchen Effekt ich dadurch erzielen kann. Es geht auch um die Inszenierung der Auseinandersetzung mit dem wesentlichen Ziel, seine eigene Position klarzumachen und zwar nicht dem Humangenetiker, sondern dem Publikum.

4. Ich halte es für notwendig, in Diskussionen das Denken von Humangentikern, aber auch Teilen der Mediziner zu entkleiden. Meine Erfahrung ist, daß sich Humangenetiker immer sehr schnell in eine Ecke gedrängt fühlen, beleidigt zurückziehen, daß sie alle Angriffe auf ihre berufliche Position sofort auf sich selbst beziehen, d.h., obwohl sie in einer gesellschaftlich mächtigeren Position sind als wir, wollen sie immer noch gestreichelt werden.
Viele sind nicht in der Lage, ihre Positionen in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Darum sind sie auch so auf die Ethiker angewiesen, die ihr Tun legitimieren.
Immerhin, und das müssen wir einfach akzeptieren, repräsentieren sie den Zeitgeist, während wir mit unserer kritischen Haltung zur pränatalen Diagnostik scheinbar gegen "jede Vernunft" argumentieren.

5. Mehr als bisher müssen Verbündete gesucht werden. Zum Beispiel Hebammen, die meist auch an einer anderen Form von Schwangerenvorsorge interessiert sind und die unbedingt als Berufsgruppe gestützt werden müssen.

6. Neben der Kritik halte ich es für wichtig, alternative Strukturen aufzubauen bzw. zu unterstützen, zum Beispiel von der Humangenetik unabhängige Beratungsangebote. Dies setzt voraus, schwangere Frauen mit ihren Zweifeln und Ängsten ernst zu nehmen. Etliche Frauen stehen in einem Entscheidungskonflikt und sie brauchen einen Ort der

Reflektion, ohne moralisch unter Druck gesetzt zu werden. Die Beratungsstelle "CARA" in Bremen bietet seit vier Jahren eine solche Beratung an. Sie wird bundesweit von schwangeren Frauen, aber auch ihren Partnern in Anspruch genommen. Vor allem die Machbarkeit des Lebens, das Risikokonzept der Medizin, das vorgibt, alle Lebensrisiken eliminieren zu können, die Individualisierung von Krankheit und Behinderung - das sind Gesprächsthemen, die bei jeder Beratung eine wichtige Rolle spielen.

EVA SCHINDELE, BREMEN

(Ausführlicher zum aktuellen Stand pränataler Diagnostik und mehr über "CARA" in: Eva Schindele: Die kontrollierte Schwangere. in: T. Neuer-Miebach, R. Tareden: Anfragen an pränatale Diagnostik und humangenetische Beratung. Erscheint im Mai 94)

Foto: Ursula Aurien, Berlin

Überlegungen zu unserem Umgang mit Humangenetik und ihren Betreibern

"Humangenetiker und Vertreter der genetischen Beratungsstellen lehnen wie die Vertreter und Vertreterinnen von Selbsthilfegruppen und Verbänden der Behindertenbewegung jegliche Bewertung von Leben als "lebensunwertes Leben" ab. Sie verurteilen alle Angriffe gegen behindertes Leben, wie diese in verschiedenen Ausformungen in letzter Zeit stattfanden.
Unbeschadet davon steht die Erfüllung ihres Auftrages, Ratsuchenden objektive Informationen über eventuelle Behinderungen zu geben. Zu einer solchen Information gehört auch das Aufzeigen von Möglichkeiten zum Leben mit einem behinderten Kind. Die Humangenetiker und Humangenetikerinnen und die Vertreter und Vertreterinnen der genetischen Beratungsstellen verstehen sich nicht als instrumentalisierte Fachkräfte zur Verhinderung der Geburt von behindertem Leben. Gemeinsam mit den Selbsthilfegruppen und Verbänden werden sie sich vehement derartigen Versuchen entgegenstellen.
Die Selbsthilfegruppen, die an dieser Tagung beteiligt waren, nehmen zur Kenntnis, daß die hier anwesenden Humangenetiker und Humangenetikerinnen sich von der unseligen deutschen Vergangenheit distanziert haben. Auf dieser Basis sehen sie die Möglichkeit der Fortsetzung des begonnenen Dialogs."
Bonn, den 1. Dezember 1991 (Resolution anl. der Tagung "Dialog zwischen Selbsthilfegruppen und Humangenetikern")

Dieser Text, so belanglos er auf den ersten Blick scheinen mang, kann sicher als ein Meilenstein in der bundesrepublikanischen Geschichte der Humangenetik gelten; signalisiert er doch etwas, was angesichts der "unseligen deutschen Vergangenheit" bis dahin mehr oder weniger schmerzlich vermißt wurde: die öffentliche und pauschale Zustimmung bestimmter Personengruppen zu ihrer eigenen Entsorgung. Der Text wird auch nicht besser, wenn man weiß, daß er von den an der Tagung in Bonn beteiligten Selbsthilfegruppen entworfen wurde und die versammelten Humangenetiker dem lediglich zustimmten. Gerade weil das Selbstverständnis der Humangenetik den Blick auf die vermeintliche "individuelle Notlage" reduziert, mußte die fehlende Zustimmung behinderter Menschen bzw. gar ihr vehementer Protest ein zumindest lästiger Stachel sein.

Wo das Angebot die Nachfrage regelt und umgekehrt, scheint sich alles weitere zu erübrigen. Walther Vogel, Vorsitzender des Berufsverbandes Medizinische Genetik e.V., konstatiert, die jetzige Generation der Humangenetiker wolle mit den altbekannten Vorwürfen - eugenisches Gedankengut, Kosten-Nutzen-Denken, Lebenswertdiskussion usw. - "nicht mehr länger konfrontiert werden".' Vogel macht sich Gedanken darüber, daß viele Humangenetiker angesichts der eingangs zitierten Resolution befremdet sein werden, und ob man durch die Distanzierung nicht erst einen Zusammenhang herstelle, der nie bestanden habe. "Es ist gar keine Frage" meint er, "daß die große Mehrzahl der heute in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Humangenetiker weder an der Erstellung von Kosten-Nutzen-Analysen beteiligt war, noch die Verhinderung Behinderter als Ziel gesehen hat, noch in solchen oder ähnlichen Gedanken die Motivation für seine Arbeit sieht oder sah. ... Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß es Vertreter deutscher Humangenetik gab, die sich zumindest in einer sehr bedenklichen Nähe zu eugenischem Gedankengut bewegt haben." Die Behindertengruppen hätten eine explizite Stellungnahme der "Profession", sprich der Humangenetik, angemahnt, das habe letztlich zu der Resolution geführt. Die Resolution habe auch dann ihre Berechtigung, "wenn jeder einzelne sich frei weiß von einer Beteiligung an den damaligen Argumentationen und deshalb eine Distanzierung formal gar nicht möglich scheint. Das Risiko, daß aufgrund der Resolution ein Zusammenhang von außen erst hergestellt wird, der individuell nie bestanden hat, erscheint mir klein gegenüber dem potentiellen Gewinn, der in einem gegenseitigen Abbau von heute nicht mehr berechtigtem Mißtrauen begründet liegt."

Anlaß für die Bonner Tagung gab eine von P. Liese am dortigen Institut für Humangenetik durchgeführte Befragung von 25 Selbsthilfegruppen. Ein Teil der Befragten hätte unklare Vorstellungen von den Inhalten humangenetischer Beratung. Es werde auch immer wieder der Vorwurf gemacht, die Humangenetiker würden Behinderung nicht ganzheitlich betrachten; deshalb sollte nun durch gegenseitige Information eine "Versachlichung der Diskussion" herbeigeführt werden. Aufschlußreich dabei ist das methodische Vorgehen während der Tagung. Nachdem z.B. Anne Vetter von der Lebenshilfe Bremen genetische Beratung und pränatale Diagnostik "im Sinn einer vorgeburtlichen Auslese" kritisiert hatte und einige Vertreter von Selbsthilfegruppen diese Auffassung teilten, sahen sich die Tagungsveranstalter dazu veranlaßt, eine erneute, ungeplante Diskussionsrunde zu diesem Punkt zu eröffnen, denn es sollten ja festverwurzelte Vorurteile gegenüber der Profession "Humangenetik" abgebaut werden. Christine Scholz schreibt dazu in ihrem Tagungsbericht: "Die dann intensiv geführte Auseinandersetzung machte es möglich, die in starker Abgrenzung zur Humangenetik formulierten Positionen aufzubrechen und zu relativieren. Nicht nur die explizit von den anwesenden Humangenetikern geäußerte Ablehnung direktiver Beratung, auch ihre Distanzierung von jeglichen Kosten-Nutzen-Berechnungen im Zusammenhang mit der Bereitstellung pränataler Diagnostik sowie die Schilderung persönlicher Betroffenheit einiger behinderter Teilnehmer bzw. Angehöriger entschärften die aufgebauten Fronten zwischen den Vertretern einzelner Selbsthilfegruppen und den anwesenden Humangenetikern." Da kann es auch nicht mehr verwundern, wenn einer "verstärkten Aufklärung über genetisch bedingte Behinderungen auf der Basis einer grundlegenden Achtung und Wertschätzung des behinderten Menschen" von allen Tagungsteilnehmern große Bedeutung beigemessen wurde. Von einem tatsächlichen Nachdenken über den Vorwurf der "vorgeburtlichen Auslese" ist bezeichnenderweise an keiner Stelle die Rede. Was mich dabei wundert, ist nicht die Haltung der Humangenetiker, sondern die Leichtgläubigkeit der Vertreter der Selbsthilfegruppen, Angehörigen bzw. Verbände.

Soweit die Vorgeschichte. Die Fortsetzung des Dialogs sollte im April 93 in Köln stattfinden. Selbst wenn der genaue Vorlauf nicht bekannt war oder ist: Wenn behinderte Menschen bzw. deren Vertreter oder Angehörige und Humangenetiker sich, symbolisch gese-

Stellenausschreibung

Ambulante Dienste e.V.
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Die Ambulanten Dienste unterstützen chronisch kranke und behinderte Menschen bei der Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens im eigenen Haushalt.

Wir suchen eine/n: GESCHÄFTSFÜHRER/IN

Sie sind ein konflikt- und durchsetzungsfähiger behinderter Mensch, der die Idee des selbstbestimmten Lebens von Menschen mit Behinderungen kreativ in die Tat umsetzen will!

SOLLTEN SIE UNSER/E NEUE/R GESCHÄFTSFÜHRER/IN SEIN?!
Dann würden Sie in Zusammenarbeit mit dem Leitungsgremium für die Qualitäts- und Zukunftssicherung sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung der Ambulanten Dienste e.V. tätig werden. Sie würden unseren Verein nach außen vertreten und eng mit unserem Vorstand und Beirat zusammenarbeiten.
Im betriebswirtschaftlichen Bereich wären Sie zuständig für die Finanz- und Budgetplanung, Kostenkalkulationen, sowie die Beschaffung von Mitteln.

Sie bieten uns:

- Erfahrungen im Bereich der Selbsthilfe, Kenntnisse in der Behindertenpolitik und der ambulanten Versorgung
- betriebswirtschaftliche Kenntnisse (betriebswirtschaftliches Fachhochschulstudium bzw. gleichwertige berufliche Erfahrung) oder Kenntnisse im Sozialmanagement mit dem Schwerpunkt Betriebswirtschaft
- Kenntnisse im öffentlichen Zuwendungsbereich
- Erfahrungen in Personalführung und in einer Leitungsposition
- Aufgeschlossenheit gegenüber der Umsetzung einer neuen Organisationsstruktur
- Fähigkeit zur Selbstreflektion, Belastbarkeit

Wir bieten Ihnen:

- eine angemessene Bezahlung in Anlehnung an BAT
- gute Rahmenbedingungen für behinderte MitarbeiterInnen
- etwas Chaos, nette KollegInnen und ein freundliches Arbeitsklima
- Fortbildung und die Möglichkeit zur Leitungssupervision

Wir wissen, daß wir viel fordern. Deshalb besteht u.U. auch die Möglichkeit, die geplante Stelle nach Ihren Qualifikationen zu teilen und auf zwei Stellen á 30 Stunden aufzustocken.
Wir möchten die Stelle/n zum 1.11.94 besetzen und freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Gehaltsvorstellungen bis zum 30.7.94.

Beilage zum Postvertriebsstück 1P 4356 F • Ausgabe 2 / 1994 • Entgelt bezahlt • 'krüppeltopia' e.V.

hen, an einen Tisch setzen, ist allemal ein grundsätzliches Mißtrauen über Sinn und Zweck angebracht. Auch wenn es jetzt bei den Veranstaltern, der Lebenshilfe und dem Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte, nicht Dialog hieß, sondern kritische Auseinandersetzung. Ich will nicht behaupten zu wissen, welche Form der Auseinandersetzung richtig oder falsch ist, doch ich halte es für fatal, sich in einem solchen Kontext, auf einem solchen Hintergrund, mit den Humangenetikern auf eine wie immer auch gemeinsame Ebene zu begeben und sowohl uns selbst wie auch andere Teilnehmer in die illusionäre Hoffnung zu setzen, wir könnten uns auf diese Art und Weise, worüber auch immer, streiten. Ein Streit setzt gleiche Machtverhältnisse voraus. Ob Angriff oder Verteidigung: Es ist ein verzweifelter Kampf mit gänzlich ungleichen Bedingungen.

Im Rahmen einer solchen Tagung hatte die Instrumentalisierung des Dialogs erste Priorität, und da kommen kritische Behinderte gerade recht; kann einem doch später niemand einen Vorwurf machen, man hätte den oder die oder die nicht mit einbezogen. Ich denke, wir tun den Humangenetikern kaum einen größeren Gefallen, als wenn wir uns mit ihnen an den besagten gemeinsamen Tisch setzen. Das mag mit einzelnen Vertretern in einem anderen organisatorischen Umfeld anders sein und dann auch durchaus vertretbar oder gar notwendig. Im Rahmen dieser Tagung - dazu noch mit dieser Vorgeschichte und gegen die Humangenetikerzunft als solche, als Profession - geben wir schlichtweg nur das passende i-Tüpfelchen, das bisher noch fehlende Alibi ab, sowohl für die Humangenetiker als auch für die Verbände als Veranstalter. Beide können sich brüsten, für Kritik offen zu sein, doch an keiner Stelle bestand wirklich die Gefahr, mit massiver Kritik konfrontiert zu werden. Für Störungen aus dem Publikum - beispielsweise in Richtung Holzgreve - waren wir zu wenige. Das einzige, was Holzgreve zu einem Kommentar veranlaßte, war die öffentliche und plakative Verweigerung des Dialogs von behinderten Menschen und anderen Kritikern. Und der mit Abstand am meisten fundierte Beitrag eines kritischen Referenten wurde entsprechend am meisten ignoriert. Es ist erstaunlich, daß die Humangenetiker sich bereits in diesem überwiegend immer noch sehr entgegenkommenden, weil auf Ausgleich bedachtem, Klima irritiert und angegriffen fühlten; bestätigt darüberhinaus aber auch meine Behauptung, daß diese an einer inhaltlichen Auseinandersetzung, wie wir sie verstehen, nämlich über die gesellschaftlichen und politischen Hintergründe und Motive - gar nicht interessiert sind. - Was das Argument der Überzeugungsarbeit in Richtung anderer Tagungs-Teilnehmer angeht, meine ich, es würde Reibungsflächen genug geben, sich - intern oder extern - mit Mitgliedern bzw. Vertretern der Verbände zu streiten. Die Fragen liegen auf der Hand: Wenn die Verbände sich gegen eine vorgeburtliche Auslese stellen, wenn sie die Tendenzen der pränatalen Diagnostik kritisieren, wenn sie strikt gegen Kriterien von "lebenswert" und "lebensunwert" sind - warum dann nicht die offensive Auseinandersetzung innerhalb der Verbände, warum der öffentliche Schulterschluß mit den Humangenetikern? Und nebenbei gefragt: warum eine solche Tagung, thematisch gesehen - genau wie die Bonner Tagung der BAGH im Juli 93 (mit dem Bundespräsidenten als Zugpferd) - erst vier Jahre nach den Auseinandersetzungen um Singer, vier Jahre nach der spektakulären Einladung durch die Lebenshilfe?

Noch eine Abschlußbemerkung: Michael Wunder und Franz Christoph z.B. vertreten die Position, unser Widerstand sei gescheitert. Was meinen sie damit und wie kommen sie zu dieser Aussage? Humangenetik und Bioethik seien inzwischen etabliert. Stimmt. Aber war Humangenetik vor fünf Jahren weniger etabliert? Oder so wenig, daß wir auf der realpolitischen Ebene Hoffnung haben konnten, wir könnten diese Technik in absehbarer Zeit abschaffen? Was hat sich also tatsächlich verändert? Bedeutet unsere Forderung nach Abschaffung dieser Technik - genauso wie die nach Abschaffung der Atomkraftwerke - nicht eine fundamentale politische Kritik? Die sich nicht dadurch erledigt, daß es das eine wie das andere mit Sicherheit noch eine ganze Weile geben wird? Oder wird unsere Forderung nach einer bedarfsdeckenden und einkommensunbahängigen Sicherung von Assistenz dadurch hinfällig, daß in dieser und in der nächsten Zeit der politische Wille fehlt, Geld dafür bereitzustellen und wir mit den allerbilligsten Floskeln abgespeist werden?

Natürlich sollten wir durchaus die Frage stellen, *welche* Form von Widerstand *was* bringen kann und *welche* Energien wir *wofür* einsetzen wollen, können oder müssen. Wenn wir allerdings unsere Hoffnungen auf eine rein pragmatische und realpolitische Ebene begrenzen, dann erübrigt sich auch eine fundamentale politische Kritik. Aber dann frage ich mich: wofür oder wogegen will ich überhaupt Widerstand leisten?

Ursula Aurien, Berlin

* vgl. Christine Scholz: Dialog zwischen Selbsthilfegruppen und Humangenetikern "Erwartungen und Befürchtungen". Bonn 29.11. - 1.12.91. Tagungsbericht in: Med. Genetik 1/92. S. 55 - 58.

Wie kann es mit der Anti-Eugenik/Euthanasie-Arbeit weitergehen?

1. Wir kämpfen seit Jahren für Selbstbestimmung unterschiedlicher Gruppen und gegen Fremdbestimmung und Entziehung des Lebensrechts von Menschen mittels Tötungsideologien.

2. Der Rahnmen dieses Kampfes "für/ gegen" ist augenblicklich durch den Machtkomplex sogenannter (vermeintlich) "leerer Kassen" bestimmt.

3. Wir können kaum noch über das Wort, über Ratio oder Aktion auf die gesetzte Machtposition Einfluß nehmen.

4. Die Macht "der leeren Kassen" wird höchstwahrscheinlich zu Durchsetzungen gegen unseren Willen führen, die uns widerstreben und die wir nicht akzeptieren können und werden.

5. Unsere Ausgangslage ist augenblicklich schlecht: unsere Teilhabe an dieser Gesellschaft ist abhängig vom Interesse an unserer Arbeitskraft; dieses Interesse sinkt; die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter wächst; damit sinkt auch die Chance unserer Teilhabe.

6. Wir werden in Zukunft ohne große Erfolge, bei wahrscheinlich erheblichen Verschlechterungen großen Frust erfahren.

7. Die Bedrohung des Lebensrechts Behinderter wird wachsen: "Liegenlassen"; Humangenetik; Pränataldiagnostik; Bioethik-Etablierung beispielsweise.

8. Wir müssen weiterhin diesen Bedrohungen Gegenmacht und Gegenöffentlichkeit entgegensetzen.

9. Dazu benötigen wir minimale, funktionierende "Organisationsstrukturen" (z.B. Treffen, Informationsaustauch u.a.).

10. Wir müssen viele unterschiedliche Dinge tun, haben in den zurückliegenden Jahren mit dem Erfolg einer kritischen öffentlichen Auseinandersetzung in unserem Sinne viel getan und einiges erreicht.

11. Ich finde es nicht so wichtig, was wir in den vor uns liegenden Jahren machen. Wichtiger ist mir, daß wir etwas tun und wie wir es tun.

12. Wir müssen
- unsere Selbstorganisation aufrecht erhalten und stärken
- präsent sein
- uns einmischen
- Handlungsbündnisse ohne Vollkonsens mit gemeinsamer Handlungsebene eingehen.

13. Jeder muß überlegen, was er mit wem wie macht.

14. Niemand kann niemandem vorschreiben wollen, was mit wem wie zu tun ist: Ich habe beispielsweise mit Meggle, Merkel, Niehörster diskutiert, ich habe nicht mit Singer und Anstötz diskutiert. Dazu stehe ich. Ich habe nie das Lebensrecht Behinderter diskutiert. Ich habe immer versucht, die Gefahren der Tötungsideologien vor deren historischem und gesellschaftlichem Hintergrund aufzuzeigen. Daraus kann ich keine allgemeinen Grundsätze für andere ableiten, geschweige denn, anderen auferlegen wollen.

15. Wichtig wäre mir, uns offen gegenseitig zu kritisieren, uns aber nicht zu zerfleischen oder uns in persönliche Eitelkeiten zu verstricken (Wer hält die Fahne hoch!).

16. Wir dürfen uns der Macht nicht anbiedern oder uns gegenseitig ausspielen lassen. Damit gewinnen wir nichts und verlieren alle.

Gusti Steiner, Dortmund

"Wahl"freiheit, "Person" und "Informed Consent"

Entscheidungsangebote aus der Zustimmungsfabrik

Auf Beschluß der Europäischen Ministerkonferenz in 1985 in Wien und der Europäischen Justizminister in Edinburgh wurde im September 1990 ein "Ad hoc Committee on Bioethics" damit beauftragt, "gemeinsame allgemeine Standards zum Schutz der menschlichen Person im Kontext der Entwicklungen der biomedizinischen Wissenschaften" zu erarbeiten. Eine aus acht Mitgliedern bestehende Arbeitsgruppe - seit Nov. 92 unter dem Namen "Steering Committee" - präsentiert nun einen Vorentwurf für eine *"Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Würde des Menschen in Bezug auf die Anwendung von Biologie und Medizin: Bioethik-Konvention"*. Diese "gemeinsamen Standards" sollen offenbar ohne großes Aufsehen festgeklopft werden, allerdings mit weitreichenden Folgen. Im Namen von Menschenrechten und Schutz der Menschenwürde geht es - wie nebenbei - um die Begrenzung von Ressourcen, die angeblich nicht mehr für alle reichen, einem möglichst ungehinderten Zugriff auf den Menschen bzw. auf menschliches "Material" (Embryonen, Organe, Gewebe) zum Zweck der Forschung und den möglichst freien Fluß der Daten, wenn nicht im persönlichen, dann in einem nicht näher definierten "übergeordneten Interesse".

Eine *Gegenerklärung* unter dem Titel *"Das Ethos der Wissenschaft: Wo steht die Bioethik in Europa?"* (AutorInnen: Erika Feyerabend, Ursel Fuchs, Wilma Kobusch, Jobst Paul) wurde inzwischen von zahlreichen Persönlichkeiten unterzeichnet. Sie kann bei Thomas Schmidt in München (Adresse vgl. Impressum) angefordert werden. Im folgenden dokumentieren wir ein Thesenpapier von Petra Gehring vom Genarchiv Essen sowie - in Auszügen - einige Artikel der geplanten Konvention im Wortlaut.

Prof. Dr. Qualitätsbaby empfiehlt*:

Behinderten - Ex

Foto: Ursula Aurien, Berlin

Die Biomedizin wahrt ihr demokratisches Gesicht: Sie geht als Anbieterin von Leistungen auf den Markt. Der Gesellschaft bietet sie sich an als Problemlösungs"angebot", und den Einzelnen macht man - sobald sie zu "Betroffenen" werden - ein individuelles Entscheidungs"angebot". Mit Hilfe der Ethik läßt sich nicht weniger als eine neue Wirklichkeitsfassung vermitteln. Man richtet in uns den "vernünftigen Entscheidungsprozeß" ein. Der dazugehörigen Logik gelingt es, lauter scheinbar freie/freiwillige Schritte so hintereinanderzuschalten, daß "vernunftnotwendige" Entscheidungen dabei herauskommen. Unter dem Strich verbindet sie ein Maximum von Zwangsläufigkeit mit einem Maximum von "Freiheit". Zustimmung wird auf diese Weise - demokratisch - fabriziert. Spezialisten verschiedenster Fächer stellen in einer vorgebahnten Sprache das her, was man im Ergebnis "gesellschaftlichen Konsens" und "freie Entscheidung" nennt. Die Wörter "Freiheit", "Person" und "Informierte Zustimmung" sind dabei wie Joker, sie sind mehrdeutige Karten in einem Doppelspiel.

1. Die Diagnose. Sie schafft eine Ausgangssituation, die vorgibt, was "objektiv" der Fall ist, wenn wir uns krank fühlen, wenn wir Beschwerden haben (oder nicht einmal dies). Die Diagnose ist Beschreibung in einer einseitig definierten Sprache, in einer Sprache, die der medizinischen Selbstverständigung dient und in die Leiden jeweils hineinübersetzt werden muß. Die Patientinnen, "Betroffenen" haben hierbei keine Beschreibungskompetenz. Die Medizin, das Gerät, die Wissenschaft beschreiben "richtig", und unsere Sprache wird angehört. Sie ist Teil des Symptoms. Zumeist ist es heute in letzter Instanz ein Apparat (eine Meßzahl), die uns (und den Ärzt(inn)en) sagt, wie es sich "eigentlich" verhält.

2. Auf Diagnosen folgen Prognosen und Therapieangebot. Es scheint, als erhalten die Betroffenen nun ihre Freiheit zurück. Die Freiheit ist nun aber zur "Wahl"freiheit zwischen mehreren, von Experten erläuterten "Alternativen" geworden. Medizinethiker sind Experten für die Vernunft in dieser Wahl. Man empfiehlt rationale Abwägung von Vor- und Nachteilen (die gute Kaufentscheidung...). Solange wir in der Lage sind, einen Willen "vernünftig" (sprich: rechtswirksam) zu artikulieren, dürfen wir die Behandlungsangebote tatsächlich auch ausschlagen. "Nein" zu sagen, ist eine der vorgesehen Alternativen. Man läßt uns die Freiheit zur "Unvernunft". Die biomedizinische/-ethische Deutung steht dann allerdings vorab fest: Ein Irrationales Motiv. Das "Nein" heißt nichts. Sagt jemand "Nein", kann dies nur "gefühlsmäßige" Gründe haben.

3. Institutionalisierte Angebote beanspruchen stets ein Vernunftmonopol. Deshalb können sie auch nur zum Schein "dialogfähig" sein. Therapieangebote auszuschlagen, die "da" sind? Das kann nie als vernünftig gelten. Ethisches "Für und Wider" stellt nie das Entscheidungsszenario selbst zur Diskussion. Man redet, um "Einsicht" zu erzeugen. Man legt uns eine Glücksspiellogik nahe. "Entscheide unter vorgegebenen Bedingungen und: Sofort!" - Als schlüge man, ließe man (beispielsweise) alles, wie es ist - für nichts! - eine Chance aus oder einen entgangenen Gewinn in den Wind. Diejenigen, die daran interessiert sind, daß wir uns entscheiden, heben gern das "Freie" dieser Vernunftwahl heraus. Demokraten klopfen sich auf die Schultern: Man toleriert "Irrationales", der/die Betroffene hätte auch anders gekonnt... Auch die Öffentlichkeit soll sich entscheiden. Zögert sie, kritisch, behandelt man sie als "zu sehr" emotional betroffen. Die Öffentlichkeit erscheint wie ein uneinsichtiger Patient. Im Zweifel spricht man von Dummheit. Oder Angst. Zumeist eine Mischung bon beidem: Unbegründete Ängste in der Bevölkerung.

4. Der Wahlfreiheit wird nachgeholfen, während es zur Entscheidung kommt. Biomedizin und Belehrung gehören zusammen. Oder: Biomedizin und Marketing. Wie im Supermarkt helfen sich die Anbieter mittels Werbung und "Information". "Information": das klingt neutral und ist ein nach Wahrheit klingendes Wort. Etwas pädagogischer lautet das Stichwort: "Aufklärung" . Auch die Gesundheitsberatung, eine Branche, in die Millionen fließen, operiert in diesem Gelände: "objektive" Sprache, "objektive" Entscheidungshilfe einzubringen in unsere "freie" Wahl. Die Zerstreuung unbegründeter Befürchtungen ist geboten - ökonomisch und im Dienste der

Bioethik-Konvention

Vorentwurf eines Übereinkommens zum Schutz der Rechte und Würde der Menschen bei der Anwendung von Biologie und Medizin
Auszüge (Alternativtext jeweils in Klammern):

Gerechter Zugang (Art. 4)
Der gerechte Zugang zu den Errungenschaften von Biologie und Medizin zur Gesundheitsfürsorge unter angemessener Berücksichtigung der medizinischen Bedürfnisse und der zur Verfügung stehenden Ressourcen wird von den Vertragsparteien anerkannt. (Die Vertragsparteien verpflichten sich, jedem Menschen die gerechte Teilhabe an den Errungenschaften von Biologie und Medizin zur Gesundheitsfürsorge unter angemessener Berücksichtigung seiner Bedürfnisse und der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu ermöglichen.)

Einverständnis (Art. 5)
Medizinische Eingriffe sind nur mit dem freiwillig abgegebenen und informierten Einverständnis der Person erlaubt, an der der Eingriff vorgenommen wird. Sie hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zurückzuziehen.

Nicht/beschränkt urteilsfähige Personen (Art. 6)
Eingriffe an einer geschäftsunfähigen/entmündigten (incapacity) Person oder geschäftsfähigen Person mit verminderter Urteilsfähigkeit sind nur erlaubt, wenn sie dem unmittelbaren therapeutischen Nutzen dieser Person dienen und unter Einhaltung der in den innerstaatlichen Gesetzen vorgesehen Schutzvorschriften durchgeführt werden.
Bei Vorliegen übergeordneter Interessen können die innerstaatlichen Gesetze in Ausnahmefällen zum Zweck der medizinischen Forschung in Bereichen mit minimalem Risiko und minimaler Belastung für den Probanden oder zum Zweck der Übertragung von regenerierbarem Gewebe zwischen Personen mit enger persönlicher oder familiärer Beziehung auch Eingriffe ohne therapeutischen Wert an Personen (incapacitated person) erlauben, die durch Geisteskrankheit, Geistesschwäche, körperliche Krankheit oder Behinderung, hohes Alter, Rauschgiftsucht, chronische Trunksucht oder aus einem anderen Grunde (mit Ausnahme von Minderjährigen) nicht ausreichend in der Lage sind, ihre Situation zu beurteilen und verantwortliche Entscheidungen über ihre Person zu treffen oder mitzuteilen, sofern ein ausreichender Schutz des Versuchsobjektes gewährleistet ist und keine andere geeignete Person (oder Personengruppe) (im Besitz der vollen Geschäftsfähigkeit) oder gleichermaßen wirksame Alternativmethoden zur Verfügung steht.

Vertraulichkeit und informeller Zugang (Art. 12)
Jeder hat das Recht auf Information über alle im Zusammenhang mit seinem Gesundheitszustand gesammelten Daten.
Wenn eine Person jedoch nicht über ihren Zustand informiert zu werden wünscht, sollte dieser Wunsch respektiert werden.

Wissenschaftliche Forschung (Art. 14)
In Biologie und Medizin darf frei und ungehindert unter Achtung der Würde, Individualität und Integrität des Menschen und Einhaltung der seinen Schutz gewährleistenden gesetzlichen Bestimmungen geforscht werden.

Das menschliche Genom (Art. 16)
Eingriffe in das menschliche Genom werden nur aus therapeutischen oder diagnostischen Gründen und nur insoweit durchgeführt, als kein Eingriff in die Keimbahn erfolgt (sie nicht mit dem Ziel der Keimbahnmanipulation erfolgen).

Gentests (Art. 17)
Gentests zur Prognose genetischer Erkrankungen werden nur aus medizinischen Gründen oder zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung durchgeführt.

Mitteilung von Testergebnissen (Art. 18)
Die Weitergabe von genetischen Testergebnissen an Stellen außerhalb des Gesundheitssektors ist nur (möglich*), wenn sie nach () Recht erlaubt ist und übergeordnete Interessen vorliegen.

* hier fehlt in der engl. Vorlage das entsprechende Wort

Menschheit. Die Stunde der Problemlöser schlägt. Neben staatlichen Gesundheitsaufklärern, Pädagogen, Psychologen betätigt sich hier neuerdings auch - die Unterhaltungsindustrie. "Probleme" werden als Vergnügen und Nervenkitzel (z.B. im Fernsehen) für den "Zuschauer" inszeniert. Wir lernen, was ein Dilemma ist. "Problembewußtsein" ist Fortschritt frei Haus. Wer nicht hören will... muß sich spätestens den Vorschriften beugen. Nicht umsonst geht die Biomedizin mit einer Normenflut einher. Es steht der sanfte Zwang hinter der freien Entscheidung: Vorsorgeuntersuchungen, Mütterpässe, Gutachtenpflicht, Zwangstests, etc.

5. Wo Biomedizin und Strategen des Bio-Marktes öffentliche "Konsense" brauchen, da greifen sie zu "vernünftigen" Moderatoren. Sie sind nicht technische Problemlöser, sondern vertreten die Vernunft gleichsam im Hauptberuf. Wissenschaftliche Berater suggerieren die "ethische" Lösbarkeit anfallender Fragen. "Angewandte Ethik" ist eine neue Branche in Europa. Die Biomedizin schätzt ihren Beruhigungseffekt, der weniger darauf beruht, was sie sagt, als darauf, daß geredet wird und daß es sie gibt. Ethikangebote lösen das "Akzeptanzproblem". Wissenschaftler helfen Wissenschaftlern: Spezialisten des Allgemeinen verfertigen Kriterien. Die Bioethik zeugt von einer neuen Überlappung zwischen Wissenschaft, Politik und Forschungsmedizin. Die Wissenschaft führt Klassenkampf durch sie - in eigener Sache. Und im Zeitalter der Ethik moderieren Wissenschaftler alle diejenigen Debatten selbst, in denen als Partei die Wissenschaft sitzt.

6. Die individuelle, die "persönliche" Wahl muß getroffen werden. Das heißt: Du kannst nicht *nicht* entscheiden. Ohne rechtzeitigen und vehementen (schriftlichen, rechtswirksamen) Protest nimmt das Geschehen nach "rationalem" Muster seinen Lauf. Die Wahl gilt als getroffen. Juristisch reicht für die "informierte Zustimmung" im Zweifel ein Indizienbeweis. Hier werden nicht nur "Unpersonen" geschaffen und - weil entscheidungsunfähig - zum Spielmaterial gemacht. Hier werden erbarmungslos Angehörige gegeneinander ausgespielt, statistische Durchschnittswerte, "Normalitäten" ins Feld geführt.

7. Eine "Person" hatte die freie Wahl und war informiert: Die Feststellung ist zugleich ein moralischer Freibrief für die Institution. Denn es geht nicht zuletzt um Verantwortungszuteilung, um die Verantwortungsentlastung der handelnden Institution. Für Juristen und Ethiker ist "Informed consent", informierte Zustimmung, hier gleichermaßen ein Zauberwort: Du verantwortest alles, was im Namen desjenigen Angebots geschieht, für das Du Dich "entschieden" hast. Das heißt, daß auf seiten der Biomedizin man sich in das passive Mäntelchen des "bloßen" Anbieters, des "bloß" Ausführungsorgans hüllt. In der "Information" scheinen keine Entscheidungen zu liegen und in der Behandlung auch kein Handeln. Technologen sind Anwender, sie arbeiten auf Bestellung, sie führen immer nur unseren Willen aus.

8. Wille und Körper sind getrennt: Stimmte der Wille zu, ist es nicht aus fremder Gewalt, was dem Körper geschieht. Ist kein Wille mehr vorhanden, erlischt die "Person" - lang bevor der Körper stirbt. Das eröffnet mehr Spielräume als der am Körper(!) festzustellende Hirntod selbst. Mensch zu sein, heißt noch lange nicht, "Person" zu sein. Wie ist es zu deuten, daß die Biomedizin seit kurzem nur noch der "Person" und nicht mehr dem "Menschen" dienen will?

9. Das Konstrukt der "informierten Zustimmung" stiftet die ideale Verbindung von Sachzwang und Freiheit/Menschenwürde bzw. Würde der "Person". Ideal ist die Verbindung freilich vor allem für einen: für die Zukunftsbranche der Biowissenschaft. "Freiheit" herrscht, während "Zustimmung" zugleich systematisch fabriziert werden kann. Die neuen Zentralbegriffe der Bio-Meinungsmacher setzen auf individuelle Entscheidungsfreiheit und hoffen auf eine manipulierbare Entscheidungsmoral. Man arbeitet gezielt auf eine Moralisierung des Entscheidungsverhaltens hin. Endziel ist die jeweils marktkonforme "Freiwilligkeit". Lerne, "vernünftig" und sozialverträglich zu entscheiden. Kalkuliere verantwortlich und angesichts der sozialen Kosten, die Du verursachst. Entscheide "frei", wann Du zu teuer wirst, spende freiwillig Körperstücke. Schließlich: Bedenke, daß es angebracht sein kann, "freiwillig" zu sterben.

PETRA GEHRING, ESSEN

SPD in bester Verfassung?!

Am 15.4.94 lud die SPD zu einem Workshop nach Bonn. Thema: Antidiskriminierungsgesetz

Am 15. April 1994 fand im Erich-Ollenhauer-Haus Bonn ein Workshop zum Thema *Deutschland in bessere Verfassung - Benachteiligungsverbot für Behinderte in das Grundgesetz* statt. Der Einladung gefolgt waren ca. 150 Leute.

Auf der Suche nach verlorengegangenen Wählern scheint die SPD auf die Gruppe der behinderten Menschen gestoßen zu sein. Nur so ist es zu erklären, daß die Partei kürzlich in einer ganztägigen Veranstaltung eine mögliche Änderung bzw. Ergänzung von Artikel 3 GG in Hinblick auf eine Einbeziehung behinderter Menschen thematisierte und so auf den Zug derer aufsprang, welche seit Jahren für eine Änderung dieses Grundgesetzartikels als ersten Schritt hin zu einem umfassenden Anti-Diskriminierungsgesetz eintreten. Vor dem Hintergrund des gerade mit Zustimmung der SPD im Bundesrat verabschiedeten Pflegeversicherungsgesetzes, das behinderte Menschen diskriminiert und ihre Autonomie im höchsten Maße gefährdet, muß die Durchführung einer solchen Veranstaltung verlogen erscheinen. Da dieser Zusammenhang von den TeilnehmerInnen leider nicht angesprochen wurde, gelang es der SPD, ihr neu entdecktes vermeintliches behindertenpolitisches Bewußtsein unwidersprochen zur Schau stellen zu können.

Kurz zum Ablauf der Veranstaltung:
Zu Beginn des Workshops stellte Günther Verheugen, MdB und Bundesgeschäftsführer der SPD, in seiner Eröffnungsrede die Abstimmungsniederlage im Juni letzten Jahres bezüglich der Aufnahme von Behinderten als eine nicht zu diskriminierende Gruppe in Artikel 3 des Grundgesetzes als 'eine der schmerzlichsten Erfahrungen in der Verfassungskommision' dar. Pikanterweise bemerkte er ein paar Sätze später, daß behinderte Menschen nicht im vorläufigen Regierungsprogramm der SPD vorkommen; sie seien vergessen worden - ein Defizit, das selbstverständlich schnellstmöglich korrigiert werde. Auch würde das Thema Behinderung in Zukunft verstärkt im 'vorwärts' (der Zeitschrift der SPD) behandelt, schließlich sei ja die SPD traditionell die Partei, welche Benachteiligte unterstützt. Ohne lautstarken Protest zu ernten, konnte er die Pflegeversicherung als einen Erfolg preisen.

Trotz dieser, wie ich finde, höchst blamablen, Begrüßungsrede folgte eine relativ anspruchsvolle 'Podiumsdiskussion', in der zunächst Ulrike Mascher, MdB und Berichterstatterin der gemeinsamen Verfassungskomission von Bundestag und Bundesrat in Sachen Benachteiligungsverbote, sehr engagiert für eine Aufnahme Behinderter in Artikel 3 GG eintrat (ein Argument, daß mir persönlich neu war, mich zunächst fasziniert hat, einer näheren Betrachtung aber nicht standhält, ist, daß Behinderte die einzige in der NS-Zeit verfolgte Gruppe seien, welche nicht in Art. 3 erwähnt würde) und Argumente von GegnerInnen einer solchen Ergänzung kompetent entkräftete: Sie wies beispielsweise auf die Widersprüchlichkeit der Argumentation der CDU hin, die bei verschiedenen Landesverfassungen, zuletzt im Saarland, einem Passus zustimmte, der eine Diskriminierung behinderter Menschen gesetzlich verbietet, sich aber auf Bundesebene strikt verweigert.

Aus jeweils unterschiedlichen Blickwinkeln äußerten sich Ulrich Hellmann (Bundesverband Lebenshilfe), Sigrid Arnade, Friedel Rinn (BAGH), Achim Backendorf (VdK) und Horst Frehe zu der Notwendigkeit eines gesetzlichen Diskriminierungsverbots, über die Einigkeit herrschte. Wie ein roter Faden zog sich durch die Statements das Argument des Perspektivenwechsels, der endlich vollzogen werden muß: nämlich, daß Behinderte in den Augen der Öffentlichkeit von bemitleideten Objekten zu selbstbewußten Subjekten werden müssen; Eine Erwähnung behinderter Menschen in Art. 3 GG würde hierzu Wesentliches beitragen, da diese eine Leit- bzw. Signalfunktion für die Bevölkerung hätte.
Aus dem Rahmen fallend und alarmierend fand ich lediglich eine Bemerkung von Backendorf, der 'nicht so weit' gehen würde zu behaupten, daß das Lebensrecht Behinderter infrage gestellt wird; eine Aussage, die so stehen bleiben konnte, ohne daß es zu nennenswerten Protesten kam.

Heute für Dich,
morgen für mich:
Pflegeversicherung
für uns alle.
SPD

Pflegeversicherungswerbung a la SPD

Auch bei dem nachfolgenden Frage-Antwort-Spiel von VeranstaltungsbesucherInnen und PodiumsteilnehmerInnen wurden in den meisten Wortbeiträgen eher Zustimmung zu den Statements geäußert bzw. diese um weitere Beispiele der Diskriminierung ergänzt, als daß es zu einer pro und contra-Auseinandersetzung kam. Besonders erwähnenswert bzw. wichtig fand ich u. a. den Redebeitrag von Andrea Schatz, die auf die unterschiedlichen Formulierungen im SPD-Entwurf einerseits und den Vorschlag des Initiativkreises zur Gleichstellung Behinderter andererseits hinwies; Während die SPD an Art. 3, Abs. 3 den Satz 'Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.' anfügen will, schlägt der Initiativkreis die Formulierung 'körperliche, geistige oder seelische Beeinträchtigung' vor, welche für eine weitaus größere Personengruppe zutrifft. Statt daß dies eine Diskussion auslöste, hieß es lapidar, die SPD klammere sich nicht an eine bestimmte Formulierung.

Es wurde unter anderem erwähnt, daß es doch bestimmte Signale aus der CDU gäbe, der gewünschten Änderung von Art. 3 zuzustimmen. In dem Zusammenhang sehr blamabel fand ich einen Redebeitrag eines Mitarbeiters von Otto Regenspurger (dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung), der um Verständnis warb, daß einige Leute (wie Regenspurger?) länger brauchen, um Richtigkeit/Notwendigkeit der Forderung nach einer Änderung bzw. Ergänzung von Art. 3 GG einzusehen ...

Am Nachmittag, dem ich nicht mehr folgen konnte, stellte Prof. Dr. Matthias Herdegen, Ordinarius an der Universität Konstanz, das von ihm erstellte Gutachten vor, in dem er eine Aufnahme von Behinderten zu den nicht zu benachteiligten Gruppen in Art. 3 klar befürwortet.

Fazit: Andere TeilnehmerInnen werden es wohl anders sehen, aber für mich hat sich die Fahrt nach Bonn nicht gelohnt!

MARTIN SEIDLER, MANNHEIM

Urheberrecht erschwert die Umsetzung von Studienliteratur

Adäqat aufbereiteter Literatur für sehgeschädigte StudentInnen steht Urheberrecht entgegen

Seit ein paar Jahren wird an einigen (wenigen) bundesdeutschen Hochschulbibliotheken im Rahmen von Modellversuchen oder kleineren Projekten wissenschaftliche Literatur in sehgeschädigtengerechte Medienformen umgesetzt, auf Tonkassette aufgesprochen, EDV-gestützt in Brailleschrift oder Großdruck übertragen, für die Ausgabe am sehgeschädigtengerechten PC-Arbeitsplatz auf Diskette aufbereitet. Zwar sind die Kapazitäten dieser Umsetzungsprojekte so gering, daß von flächen- und bedarfsdeckender Literaturversorgung sehgeschädigter Studierender noch keine Rede sein kann, jedoch stellt jedes dieser Projekte für sehgeschädigte Studierende einen ersten wichtigen Schritt im Hinblick auf mehr Chancengleichheit, insbesondere bezogen auf das Studium der Fachliteratur, dar. Die von den Projekten in sehgeschädigtengerechten Medienformen erstellten Bücher werden in den örtlichen Hochschulbibliotheken archiviert und in dem an der Universitätsbibliothek Dortmund geführten "Zentralkatalog der Medien für Sehgeschädigte" katalogisiert. Auf diese Weise werden die Bücher dem üblichen Fernleihverkehr der wissenschaftlichen Bibliotheken angeschlossen und können unabhängig vom jeweiligen Hochschulort von jedem sehgeschädigten Studierenden über die örtliche Hochschulbibliothek entliehen werden.

Für die Ausleihe sehgeschädigengerecht aufbereiteter Literatur an sehgeschädigte BibliotheksbenutzerInnen reicht jedoch der übliche Ankauf der Werke nicht aus. Bevor das beschriebene Produktions- und Ausleihverfahren beginnen kann, muß die produzierende Hochschulbibliothek zusätzlich die nach § 16 und 17 des derzeit geltenden Urheberrechts zur Verbreitung bzw. Vervielfältigung erforderliche urheberrechtliche Genehmigung bei den Verlagen einholen. Hierbei verpflichten sich die Hochschulbibliotheken außerdem ausdrücklich, die umgesetzte Literatur ausschließlich an blinde und sehbehinderte BibliotheksbenutzerInnen auszuleihen. Da die Finanzmittel dieser Umsetzungseinrichtungen sehr begrenzt sind, sind diese im Regelfall auf eine kostenlose Lizenzerteilung durch die Verlage angewiesen. Dies gilt ebenfalls für die professionellen Literaturumsetzungsdienste, welche die umgesetzte wissenschaftliche sowie belletristische Literatur zwar nicht unentgeldlich an sehgeschädigte InteressentInnen abgeben, jedoch deckt diese Schutzgebühr aufgrund der hohen Produktionskosten und der geringen Auflage keineswegs die entstehenden Kosten.

Der NutzerInnenkreis, der in den Genuß der in die beschriebenen Medienformen umgesetzten Literatur kommt, ist sehr begrenzt. Er kommt für die Verlage als potentielle LeserInnen und somit KäuferInnen von Schwarzschriftliteratur nicht in Betracht. Eigentlich ist somit zu erwarten, daß die kostenlose Lizenzerteilung seitens der Verlage auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen dürfte.

Entgegen dieser Erwartungen hatten in den vergangenen Jahren die Umsetzungsdienste und (Modell-)Projekte bei der Einholung der Lizenzen jedoch immer wieder Probleme bei der Lizenzeinholung. Um einen genaueren Überblick über Ausmaß und Folgen dieser Problematik zu bekommen, hat die "Bundesarbeitsgemeinschaft zur Literaturbeschaffung für sehgeschädigte Studierende" (BAG-L) im Oktober 1992 bei den betreffenden Projekten, Modellversuchen und Umsetzungsdiensten eine Erhebung durchgeführt. Die hierbei gewonnenen Ergebnisse sollen im Folgenden wiedergegeben und interpretiert werden. Zwar beziehen sich die erhobenen Daten ausschließlich auf die Lizenzbeantragung zur wissenschaftlichen Umsetzung wissenschaftlicher Literatur, jedoch dürfte die im folgenden aufgezeigte Problematik auf dem Gebiet der Belletristik wohl kaum anders gelagert sein.

Foto: Ursula Aurien, Berlin

Ergebnisse der Untersuchung

Von den 11 angeschriebenen Umsetzungsdiensten und (Modell-)Projekten haben sieben den Fragebogen beantwortet. Die Liste der Verlage, mit denen die Umsetzungsdienste und (Modell-)Projekte bei der Lizenzeinholung nach eigenen Angaben schlechte Erfahrungen gesammelt haben, ist sehr lang. Drei Institutionen wurde die Lizenzerteilung durch insgesamt vier (namentlich benannte) Verlagen verweigert bzw. nur gegen Zahlung einer Lizenzgebühr in Aussicht gestellt. Dies gilt sowohl für die Aufsprache auf Tonkassette, als auch für die Umsetzung in Brailleschrift bzw. die Aufbereitung auf Diskette.

Daß die Großdruckumsetzung in diesem Zusammenhang nicht aufgeführt ist, ist sicherlich nicht auf ein besonderes Wohlwollen der Verlage bezüglich der Erteilung von "Großdrucklizenzen" zurückzuführen. Vielmehr dürfte diese Tatsache auf der bislang bedauerlicherweise geringen Anzahl von Großdruckumsetzungen beruhen.

Die Höhe der für die Erteilung der Lizenzen geforderten Gebühr variierte sehr stark. Sie lag zum einen zwischen 10 und 75 % des Verkaufs- oder Ladenpreises und zum anderen bei ein bis zwei Kassettenbelegexemplaren.

Unterschiedlich war auch die Reaktion der Umsetzungsdienste auf diese finanziellen Forderungen der Verlage. Ein Teil der Umsetzungsdienste hat durch langwierige Überzeugunsarbeit mit Verlagen eine kostenlose Lizenzerteilung erreicht; ein anderer Teil zahlte die geforderte Gebühr. Ein weiterer Teil mußte von der Umsetzung der Literatur zum Nachteil der sehgeschädigten StudentInnen absehen - die Studierenden bekamen also die benötigte Literatur nicht.

Als Begründung für die Nichterteilung der Lizenzen wurde als Argument angeführt, daß der Verlag Lizenzen bereits an die AG der Blindenhörbüchereien erteilt hat bzw. ausschließlich an diese erteilt. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, daß die AG der Blindenhörbüchereien den Fragebogen nicht beantwortet hat.

Die Zeitspanne von der Lizenzbeantragung bis zur Genehmigung durch die Verlage liegt schnellstenfalls bei etwa vier Wochen und maximal bei mehreren Monaten. Erst nach dieser Zeit kann die ohnehin zeitaufwendige Buchumsetzung beginnen.

Konsequenzen für die Umsetzung von Studienliteratur

Die Ergebnisse zeigen, daß die Vermutung, die kostenlose Lizenzerteilung stoße bei den Verlagen auf keinerlei Schwierigkeiten, keineswegs zutrifft. Vielmehr werden von verschiedenen Verlagen für die Umsetzung Lizenzen verweigert bzw. Lizenzgebühren erhoben.

Dies birgt für das Studium Sehgeschädigter immense Gefahren, denn es gibt Verlage, in denen die Veröffentlichung von Fachliteratur einer bestimmten Fachrichtung weitgehend konzentriert ist. Weigert sich ein solcher, die Lizenzen für die Literaturumsetzung kostenlos abzugeben bzw. lehnt er eine Erteilung grundsätzlich ab, so kann dies bedeuten, daß sehgeschädigte Studierende dieses Studienfach nicht oder nur unter zusätzlichen gravierenden Erschwernissen ihrer ohnehin durch Benachteiligungen gekennzeichneten Studiensituation studieren können. In diesem Zusammenhang sind vier ablehnende Verlage ein großes Gegengewicht zum chancengleicheren Studium Sehgeschädigter. Den zum Teil noch

sehr jungen Umsetzungsprojekten sind außerdem derzeit sicherlich noch nicht alle Verlage bekannt, die zukünftig Schwierigkeiten mit der Lizenzvergabe bereiten werden.
Die scheinbar logische Argumentation einiger Verlage, die Lizenz zur Aufsprache zu verweigern, da sie bereits der AG der Blindenhörbüchereien erteilt worden sei, beruht vermutlich auf der völligen Unkenntnis der Studiensituation Sehgeschädigter.
Damit sehgeschädigte Studierende mit einem Kassettenbuch wissenschaftlich arbeiten können, muß es nach wissenschaftlichen Kriterien aufgelesen sein d. h. beispielsweise, Seitenwechsel müssen gekennzeichnet und benannt, Eigennamen buchstabiert, Zitate angesagt werden. Die Hörbücher der Hörbüchereien entsprechen diesen Standards in der Regel nicht und sind somit für das wissenschaftliche Studium Sehgeschädigter nicht geeignet. Darüber hinaus übersieht diese Argumentation, daß die Tonkassette nicht für alle bzw. nur für die wenigsten sehgeschädigten Studierenden das geeignetste Medium zur Aneignung und Bearbeitung von Texten ist. Die Arbeitstechniken sehgeschädigter Studierender wirken sich z. B. aufgrund der eingeschränkten Übersicht bzw. der gegenüber sehenden KommilitonInnen verlangsamten Lesegeschwindigkeit ohnehin erschwerend auf das Studium aus. Daher ist es besonders notwendig, die benötigte Literatur jedem/jeder sehgeschädigten Studierenden in der von ihm/ihr zur Optimierung der eigenen Arbeitstechniken benötigten Medienform zur Verfügung zu stellen. Die Verwirklichung dieser begründeten Forderung sehgeschädigter Studierender wird jedoch auf diese Weise selbst bei ausreichenden Produktionskapazitäten der produzierenden Einrichtungen durch das Verhalten der Verlage unmöglich gemacht. Auf diese Weise wird das Studium für sehgeschädigte Studierende unnötig erschwert.

Eine gravierende Benachteiligung sehgeschädigter Studierender gegenüber ihren sehenden KommilitonInnen besteht darüber hinaus in den langen Produktions- bzw. Umsetzungszeiten der benötigten Literatur. Diese sind jedoch so lange notwendigerweise gegeben, wie an den Hochschulbibliotheken nicht ein ausreichend großer Bestand an sehgeschädigtengerecht aufbereiteter Literatur ausleihbar vorliegt, sondern die benötigte Literatur zunächst produziert werden muß. Demgegenüber ist die Zeitspanne, die verstreicht, bis die Lizenz beantragt und die Genehmigung zur Umsetzung - sofern sie erteilt wird - vorliegt und die Buchumsetzung beginnen kann, durch entsprechende gesetzliche Änderungen durchaus vermeidbar.
Jede unnötige Verlängerung der Wartezeit auf benötigte Studienliteratur stellt eine nicht zu verantwortende Erschwerung des Studiums Sehgeschädigter dar.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Ausführungen haben gezeigt, daß sich die gesetzliche Verpflichtung zur Einholung der Lizenzen benachteiligend auf das Studium Sehgeschädigter auswirkt. Dies gilt nicht nur für den Fall, daß Lizenzen verweigert oder nur gegen Bezahlung gewährt werden. Vielmehr stellt bereits die Tatsache, daß überhaupt eine Genehmigung zur Umsetzung eingeholt werden muß, aufgrund der damit verbundenen Wartezeit ein erhebliches Problem dar.
Abhilfe kann hier nur durch eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen - also des Urheberrechts - geschaffen werden.
Ziel und Inhalt einer solchen Urheberrechtsänderung muß es sein, daß die Buchproduktion ohne vorangegangene Lizenzeinholung durchgeführt werden kann, sobald der Bedarf nach Umsetzung eines Buches bekannt wird. Die Umsetzung von Schwarzschriftliteratur in sehgeschädigtengerechte Medienformen darf zukünftig keiner Lizenzeinholung bedürfen. Nur dann fallen unnötige Wartezeiten für die betroffenen Studierenden weg, die Zeitspanne bis zum Erhalt des benötigten Buches wird auf das notwendige Maß reduziert. Darüber hinaus ist nur dann sichergestellt, daß den Studierenden abhängig von bestehenden Produktionskapazitäten jedes von ihnen für ihr Studium benötigte Buch in möglichst kurzer Zeit bereitgestellt werden kann, wenn Restriktionen durch Verlags"monopole" in bestimmten Studiengängen entfallen.
Für die Verlage ergeben sich hieraus keinerlei negative Konsequenzen.
Anstatt froh darüber zu sein, daß die Umsetzungsdienste bzw. die Hochschulbibliotheken, die im Sinne der Gleichberechtigung oder Antidiskriminierung notwendige Literaturumsetzung übernehmen, verunmöglichen oder erschweren die Verlage durch Lizenzverweigerung - z.Zt sogar legal - dieses Entgegenkommen. Es ist Zeit für eine Gesetzesänderung.

Diese wird es jedoch in nächster Zukunft nicht geben. So einigten sich Vertreter des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels sowie der Selbsthilfe- und Interessenverbände Sehgeschädigter im Februar diesen Jahres auf einem Abstimmungsgespräch im Bundesjustizministerium darauf, die derzeit bestehenden urheberrechtlichen Probleme durch die Schaffung von Rahmenvereinbarungen anzugehen. Auch die BAG-L wird hieran mitarbeiten. Inwieweit sie den benötigten Erfolg bringen, wird die Zukunft zeigen. Wir sind diesbezüglich skeptisch.

BIRGIT DROLSHAGEN, DORTMUND

Groll und die Niederflurbusse.

Eine Verkehrsszene

von Erwin Riess, Wien

Personen:
Groll: Rollstuhlfahrer und Berufsunfähigkeitspensionist aus Wien-Floridsdorf
Tritt: Dozent für Sozilogie aus Wien-Hietzing

Ein naßkalter Herbsttag in Wien. Groll steht auf dem Fußgängersteg über der Nordbrückenabfahrt. Er reißt Seiten aus einem Buch, faltet sie zu Papierfliegern und läßt diese auf die unter der Brücke fahrenden Autos flattern. Groll ist so sehr in die Arbeit vertieft, daß er Tritt, der auf ihn zukommt, nicht bemerkt.

TRITT: Was machen Sie da, Freund Groll? Ich habe Sie aus dem Floridsdorfer Heimatmuseum beobachtet, Sie gefährden mit ihren Papierfliegern den Verkehr!
Groll beugt sich einem Flieger nach und droht vom Rollstuhl zu rutschen. Sofort ist Tritt bei ihm.
TRITT: Kann ich Ihnen behilflich sein?
GROLL: Zieht sich auf den Stuhl hoch. Helfen Sie mir beim Falten. Es ist kalt, und ich habe noch das halbe Buch vor mir.
TRITT: Warum zerreißen Sie das Buch?
GROLL: Weil es nichts taugt, es ist überholt.
TRITT: Wie hieß das Buch, als es noch ganz war?
GROLL: Behindertenführer der Stadt Wien.
TRITT: Erschienen 1981, im Jahr der Behinderten. Ich erinnere mich. Eine Pionierarbeit.
GROLL: Nach der kein Hahn mehr kräht. Nahezu alle Angaben sind veraltet. Ich habe dem Bürgermeister vor zwei Jahren in einem Brief angedroht, daß ich den Behindertenführer öffentlich schänden werde, wenn er nicht in einer aktualisierten Neuauflage herausgegeben wird und zwar als Ringblatt-Sammlung, die jährlich ergänzt wird. Gestern ist die Frist abgelaufen, und heute morgen las ich in der Zeitung, daß der lange geplante verbesserte Stadtführer aus Geldmangel nicht erscheinen wird, obwohl die Experten des Instituts für Soziales Design schon zwei Jahre daran arbeiten.
TRITT: Ja, das ist schmerzlich. Die Finanzlage der Stadt ist prekär. Auch das Floridsdorfer Heimatmuseum in dem ich seit einigen Wochen eine Untersuchung durchführe, muß sich einschränken.
Groll reißt weiter Blätter aus dem Buch, die Tritt faltet.
GROLL: Was untersuchen Sie?
TRITT: Ich führe eine Meinungsumfrage unter ausgestopften Fischen durch, ich erforsche Ihre Meinung über das Entlastungsgerinne der Donau.
GROLL: Gibt es schon Ergebnisse?
TRITT: Wenig. Die Präperate sind sehr schweigsam. Ich muß ihnen jedes Wort aus dem Maul ziehen. Außerdem ist die Studie unterdotiert. Wir sind zu fünft und bekommen für drei Monate nur siebenhunderttausend Schilling. Damit kann man nicht weit springen.
GROLL: Wer ist der Auftraggeber Ihrer Studie?
TRITT: Die Stadt Wien.
GROLL: Ich werde das cisdanubische Wien ab heute boykottieren. Nie wieder sollen die Geschäftsleute der Innenstadt sich an meiner kärglichen Invalidenrente mästen. Ein Rollstuhlfahrer ist schließlich keine Konjunkturlokomotive.
TRITT: Seien Sie doch nicht so streng. Die Wiener Wirtschaft braucht Sie!
GROLL: Das hätte sie sich früher überlegen sollen. Die Donau soll uns scheiden und zwar für immer. Wenn ich nicht weiß, wo es in der Stadt Behindertentoiletten gibt; wenn ich keine Ahnung habe, in welche Lokale, Kinos, Theater ich mit dem Rollstuhl hineinkann, dann bleibe ich eben in Jedlerdorf und widme mich dort den Produkten der Hochkultur.
TRITT: Ich wußte gar nicht, daß Sie der Hochkultur anhängen. Gibt es neue kulturelle Aktivitäten im Bezirk?
GROLL: So ist es. Der junge Wein ist fertig und er gibt zu schönen Hoffnungen Anlaß.
TRITT: Was hat das mit der Hochkultur zu tun?
GROLL: Viel. Die Trauben werden in Hochkultur gezogen. Der Begriff stammt aus der Önologie, der Wissenschaft vom Weinbau. Daß herabgekommene Schauspieldirektoren sich den Begriff aneigneten, zeigt nur von der Krise des zeitgenössischen Theaters. Im Wein ist die Gnade der Kultur: In vitro caritas, wie Bacchus sagen würde.
TRITT: Manchmal glaube ich fast, Sie meinen was Sie sagen.
GROLL: Manchmal werden auch Sie von der Erkenntnis gestreift.
TRITT: Ihre anzüglichen Bemerkungen werde ich, wie stets, ignorieren.
GROLL: Das ist zweifellos das Beste, was Sie machen können. Sie ersparen sich nicht nur die Widerrede, sondern auch die darauf folgende Blamage. *Er betrachtet eingehend einen Autobus moderner Bauart, der langsam zur Ampel vorfährt.*
TRITT: Sehen Sie diesen Autobus des belgischen Busherstellers Vanttool?
GROLL: Was ist mit ihm?
TRITT: Das ist ein Niederflurbus. Die neueste Errungenschaft in der Verkehrstechnologie. Auch die Wiener Verkehrsbetriebe experimentieren mit diesen Bussen, sie entwickeln mit Omnibuserzeugern sogenannte Kneeling-Fahrzeuge; der Bus kniet sich gleichsam nieder, wenn er Rollstuhlfahrer oder Kinderwägen aufnehmen will.
GROLL: Das ist ja entsetzlich!
TRITT: Was soll daran entsetzlich sein?
GROLL: Wenn sich ein Bus vor mir niederkniet, bekommt mein Rollstuhl einen Lagerinfarkt. Er würde glauben, der Bus bricht zusammen und fällt auf ihn. Aber das paßt in das Bild, das ich von der Wiener Stadtverwaltung habe. Sie gibt Stadtführer für Radfahrer, Konferenzteilnehmer, Hochseesegler und Gebrauchshunde heraus. Für einen Behinderten-Stadtführer aber hat sie kein Geld. Dafür wendet sie Unsummen dafür auf, daß Autobusse vor den leidgeprüften Passagieren zusammenbrechen.
TRITT: Sie irren sich, lieber Groll! Die Niederflur-Technologie erlaubt es behinderten Menschen am öffentlichen Verkehr teilzunehmen!
GROLL: Ich werde das Äußerste tun, um die Niederflur-Busse zu bekämpfen! Ich dehne den Boykott über die Innenstadt auf die Niederflurbusse aus.
TRITT: Aber Sie wollen doch auch die öffentlichen Verkehrsmittel benützen?
GROLL: Selbstverständlich. Schließlich zahle ich Getränkesteuer. Ich fordere aber Stockbusse nach dem Vorbild Londons, Stockbusse mit eingebautem Lift und zwei Rollstuhlplätzen auf dem Hochdeck über dem Fahrer. Ich möchte über dem Fahrer sitzen, nicht unter dem Auspuff!
TRITT: Das ist unmöglich! Sie können nicht in jeden Bus einen Lift einbauen!
GROLL: Doch. Außerdem sind Niederflurbusse diskriminierend.
TRITT: Inwiefern?
GROLL: Niederflurbusse zeugen von der niedrigen Gesinnung ihrer Erbauer. Sie werfen die Menschen dem Verkehr zum Fraß vor, jeder Lieferwagenfahrer schaut einem bei Verkehrsstillstand in die Zeitung. Der Niederflurpassagier sitzt in der Auslage, ist allgemein begafftes Objekt. Er ist so tief gestellt, daß er unweigerlich seine Menschenwürde einbüßt. Aus diesem Grund heißt der Passagier bei den Verkehrsbetrieben auch nicht "Fahrgast", sondern "Beförderungsfall".
Hochdeckerbusse hingegen erheben den Menschen über den Trubel der Stadt, sie machen ihn zum Beobachter, zum Kontrolleur, zum Schiedsrichter. Haben Sie schon einen Tennisumpire gesehen, der seinen Dienst unter der Netzkante versieht?
TRITT: Aber...
GROLL: Kein Aber! Behinderte zählen zum gesellschaftlichen Niederwild, sie wohnen in niedrigen Wohnungen, sie beziehen niedrige Einkommen, sie leiden unter einem niedrigen Sozialprestige. Und da kommen Sie und wollen mich, einen Vertreter der niederen Stände weiter erniedrigen, indem Sie mich in einem Niederflurbus den niedrigen Gelüsten der Wiener aussetzen? Diesen niederträchtigen Anschlag werde ich zu vereiteln wissen!
TRITT: Es gibt kein Argument, das Ihre Phantastereien stützen kann.
GROLL: Doch. Eines: Wer klein ist, den muß man erhöhen, nicht erniedrigen. So steht es schon im Koran, Einhundertundvierzehnte Sure: Die Menschen.
TRITT: Sie mit Ihrem Koran...
GROLL: Lästern Sie nicht, Ungläubiger! Allah kann Sie mit einem Blitz niederstrecken!
Reißt die letzte Seite aus dem Buch, faltet sie und läßt sie auf die von Papier übersäte Straße segeln.
GROLL: Wir sind fertig. Ich friere. Lassen Sie uns ins Museum gehen, in der Gesellschaft präperierter Fische wird mir schnell warm.

Beide ab.

VOR schau

Die nächste Ausgabe (Nr. 3/94)
erscheint mit dem Schwerpunkt
»KIDS«
Anfang/Mitte September 1994
Redaktionsschluß: 15.7.1994

Postvertriebsstück * Entgelt bezahlt
Hg.: krüppeltopia e.V., Mombachstr. 17, 34127 Kassel
Versand: 'die randschau', Mombachstr. 17, 34127 Kassel
1P 4356 F

Falsche Schwestern

Boykottiert EMMA!

Wir Frauen mit Behinderungen sind wütend und schockiert über die Haltung der sogenannten Frauenzeitschrift EMMA gegenüber Menschen mit Behinderungen und ihrem Lebensrecht!

Indem EMMA (Nr. 2/94) den Philosophen Peter Singer im Rahmen ihrer Tierschutzkampagne zum Märtyrer und Feministen aufbaut, beteiligt sie sich offen und schamlos an der Diskussion, in der Menschen mit Behinderungen das Lebensrecht abgesprochen wird. Doch als sei dies noch nicht genug, maßt sich EMMA an, die vorgeburtliche Selektion von Behinderten als Teil des Selbstbestimmungsrechtes der Frau zu verkaufen. Daß es seit über 10 Jahren innerhalb der Frauenbewegung eine kritische, feministische Diskussion des Selbstbestimmungsbegriffes sowie eine ebensolche zu Gen- und Repoduktionstechniken gibt, ist EMMA offensichtlich entgangen.

EMMA geht sogar soweit, Behinderung als rein individuelles Schicksal und lebenslange Belastung für die Mütter darzustellen. Daß Behinderung ein gesellschaftspolitisches Problem ist, scheint EMMA genausowenig bekannt zu sein, wie Bestrebungen von z.B. Behinderteninitiativen, die Lebensbedingungen für Familien mit behinderten Kindern zu verbessern.

EMMA hat seit 13 Jahren kaum eine Zeile zur Lebenssituation behinderter Frauen veröffentlicht! Die Redaktion brüstet sich mit einem Dossier von 1981 zu diesem Thema. Das ist nicht nur peinlich, sondern auch zynisch. Wir fordern eine Namensänderung in "Magazin von Frauen für nichtbehinderte Menschen", denn Menschen mit Behinderungen dürften kaum an einer Zeitung interessiert sein, die ihr Lebensrecht offen in Frage stellt.

Unser Lebensrecht ist nicht diskutierbar!

Wir protestieren aufs Schärfste gegen diesen menschenverachtenden und diskriminierenden Stil und rufen zum Boykott der EMMA auf!

Schreibt EMMA Leserinnenbriefe und kündigt Eure Abos!

Erstunterzeichnerinnen:
- Frauen des Seminars: Forderungen behinderter Frauen an ein Antidiskriminierungsgesetz (St. Andreasberg/Harz, April 1994)
- Hessisches Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Kassel
- Projekt "Peer Support für behinderte Frauen", Köln
- ISL (Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben) Erlangen, - Arbeitskreis behinderte Frauen
- bifos (Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter), Kassel
- Anne Waldschmidt, Sozialwissenschaftlerin, Bonn
- Theresia Degener, Juristin, Frankfurt
- Hessisches Netzwerk behinderter Frauen, Marburg

EMMA
Boykott